

**Gutachten für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der
Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und
des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land
Brandenburg“ des Landes Brandenburg**

Themenfeld IV: „Bildungspolitik – Lehrer, Lernende und Lehren
sowie Sport.“

„Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen“

Autor: Dr. Jens Hüttmann – Wrangelstr. 91 – 10997 Berlin
(unter Mitarbeit von Vanessa Ganz, Mihaela Petkovic und Christin Pinzer).

Erstellungsdatum 7.10.2011 (überarbeitet am 18.12.2011)

Gliederung

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

1. Problemstellung: Der Beitrag von Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte in Brandenburg seit 1990, S. 1

- 1.1. Vorbemerkung zum Stand der DDR-Forschung: Deutungen der SED-Diktatur, S. 1
- 1.2. „Gelehrte DDR“, S. 2

2. Methodisches Vorgehen und Projektdesign, S. 8

- 2.1. Allgemeine Überlegungen, S. 8
- 2.2. Untersuchungsgang, S. 9

3. Zum Transformationsprozess des ostdeutschen Hochschulwesens nach 1989, S. 14

4. Untersuchungsergebnisse I: Grunddaten, S. 24

- 4.1. Anzahl der Lehrveranstaltungen an Brandenburgs Hochschulen am Beispiel der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), S. 24
 - 4.1.1. Zwei Zugänge: Ostdeutschland und Osteuropa, S. 24
 - 4.1.2. Tieferenerhebung: Gesamtanzahl der DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen an der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina von 2002 bis 2010, S. 25
 - 4.1.3. Quantitative Entwicklung im Zeitverlauf bundesweit 1990-2010, S. 27
- 4.2. Verteilung, S. 29
 - 4.2.1. Quantitative Entwicklung im Zeitverlauf der Hochschulen des Landes Brandenburg 2002-2010, S. 29
 - 4.2.2. Die bundesweite Totalerhebung 2000/01 im Vergleich mit den Hochschulen Brandenburgs 2002 bis 2010 (exemplarische Entwicklung), S. 31

5. Untersuchungsergebnisse II: Inhaltliche Daten

Das DDR-Angebot in den Curricula der Hochschulen, S. 34

- 5.1. Auswertung nach Fächerzugehörigkeit, S. 34
- 5.2. Auswertung nach systematischen, chronologischen und methodischen Kriterien, S. 39
 - 5.2.1. Die DDR im Vergleich, S. 39
 - 5.2.2. DDR-Geschichte bis 1989 und Geschichte Ostdeutschlands nach 1990, S. 41

5.2.3. DDR-Geschichte im zeitlichen Kontext, S. 42

5.3. Auswertung nach thematischen Kriterien: Häufigkeitsauswertung der Hauptschlagworte, S. 44

6. Untersuchungsergebnisse III: Die universitäre Erneuerung unter dem Aspekt der personellen Situation der Lehrerbildung und den Lehrerfortbildungsangeboten des Landes Brandenburg, S. 48

6.1. Evaluierung der Lehrkräfte nach 1990, S. 48

6.2. Lehrer-Personalüberprüfungen, das Potsdamer Modell für Lehrerbildung und Abbau der Fachdidaktiken nach 1990, S. 54

6.3. Lehrerfortbildungseinrichtungen und Angebote für Lehrkräfte im Land Brandenburg, S. 59

7. Zusammenfassung, S. 64

8. Handlungsempfehlungen, S. 69

Literaturverzeichnis, S. 70

Anhang, S. 82

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

- Abb. 1: Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot: Anzahl der Lehrveranstaltungen ermittelt für 12 exemplarische Universitäten (Tiefenprüfung), S. 10
- Tab. 1: Gesamtzahl recherchierter Lehrveranstaltungen in Bezug auf zwei thematische Zugänge: DDR und MOE, S. 25
- Abb. 2: Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot 1990-2010: Anzahl der Lehrveranstaltungen ermittelt für 12 exemplarische Universitäten (Themenkarriere, Tiefenprüfung), S. 28
- Abb. 3: Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot der Europa-Universität Viadrina 2002-2010 (Themenkarriere, Tiefenprüfung), S. 30
- Tab. 2: Recherchierte Lehrveranstaltungen für die Universität Potsdam und die Europa-Universität Viadrina 2002 bis 2010, S. 31
- Abb. 4: Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot beider Universitäten 2002-2010 (Themenkarriere, Tiefenprüfung), S. 33
- Abb. 5: Fächerhäufigkeit Tiefenprüfung 2000-2010, S. 33
- Tab. 3: Fächerhäufigkeit Universität Potsdam: 446 LV, S. 36
- Tab. 4: Fächerhäufigkeit Europa-Universität Viadrina: 145 LV, S. 38
- Abb. 6: Recherche DDR-bezogener Lehrveranstaltungen vor und nach 1989 im Vergleich, S. 42
- Tab. 5: Häufigkeitsauswertung der Hauptschlagworte, S. 47
- Anlage 1: Fachzugehörigkeit, S. 82
- Anlage 2: Schlagwortliste, S. 83
- Anlage 3: Angebote des Fortbildungsnetzes im Jahr 2011 mit Schwerpunkt DDR-Geschichte, S. 84
- Anlage 4: Übersicht zu den vom LISUM erstellten didaktischen Materialien für die Jahre 2009 bis 2011, S. 86
- Anlage 5: Initiativen des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) zur Aufarbeitung der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte, S. 89
- Anlage 6: Übersicht der Studiengänge an der Universität Potsdam und Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, S. 95

1. Problemstellung: Der Beitrag von Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte in Brandenburg seit 1990

1.1. Vorbemerkung zum Stand der DDR-Forschung: Deutungen der SED-Diktatur

Die DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen, die in dem vorliegenden Gutachten untersucht werden, speisen sich vor allem aus Forschungsaktivitäten. Gleichzeitig können Ideen und Thesen, die in Seminaren und Vorlesungen diskutiert werden, umgekehrt auch produktiv in Forschungskontexten wirken. Deshalb erscheint es sinnvoll, einige kurze Bemerkungen zum Stand der wissenschaftlichen Forschung über die DDR seit 1990 voranzuschicken:

Generell gilt, dass es sich bei der Geschichte der DDR um eine sehr gut erforschte Geschichte handelt, was allein die 27.000 Druckseiten zeigen, die infolge der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages in den 1990er Jahren entstanden sind (Deutscher Bundestag 1995 und 1999; vgl. exemplarisch auch den Sammelband mit Forschungsüberblicken zu mehr als vierzig Themen: Eppelmann/Faulenbach/Mählert 2003; sowie Schroeder 2000; Hüttmann 2008).

Bereits vor 1989 hatte sich in der Bundesrepublik eine wissenschaftliche DDR-Forschung etabliert. Somit existieren heutzutage kaum Themenbereiche, denen sich Wissenschaftler noch nicht zugewendet hätten. Einer begründeten Schätzung zufolge sind allein seit 1990 mindestens 1.600 Forschungsprojekte zur DDR auf den Weg gebracht oder abgeschlossen worden (Hüttmann 2004a, S. 22; Hüttmann 2008, S. 13 ff.).

Zunehmend werden in letzter Zeit Forschungsperspektiven verfolgt, die die Geschichte des geteilten Deutschlands in integrierter Perspektive – jenseits einer ostdeutschen auf der einen, und einer westdeutschen Geschichte auf der anderen Seite – in den Blick nehmen (vgl. exemplarisch Jarausch 2004; für die Anwendung auf den schulischen Kontext bislang ein Solitär: Kleßmann/Lautzas 2004). Jedoch hat der entsprechende Appell Jürgen Kockas, die DDR-Forschung möge den „Blick über den Tellerrand wagen“, nichts an Aktualität eingebüßt (Kocka 2004). Kocka argumentierte in einem vielbeachteten Vortrag im Jahr 2003, dass über den Vergleich mit anderen kommunistischen Diktaturen wie auch mit westeuropäischen Demokratien, autoritären Staaten und Diktaturen der Nachkriegszeit, die Forschung mit neuen Frage- und Problemstellungen neue Potentiale erschließen könnte.

Gleichzeitig ist die DDR wissenschaftlich ein heiß umkämpftes Feld. Generell gilt Zeitgeschichte als Streitgeschichte (vgl. Große-Kracht/Jessen/Sabrow 2003). Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der zentralen Frage der DDR-Forschung weitgehend Einigkeit zu beobachten ist: Es existiert innerhalb der fachwissenschaftlichen Forschung im vereinigten Deutschland ein inhaltlicher Konsens darüber, dass es sich bei der DDR um eine Diktatur gehandelt hat. Dies war vor 1989 in der alten Bundesrepublik nicht der Fall (vgl. Hüttmann 2008, 45 ff.).

Jedoch ist zu konstatieren, dass immer dann, wenn genauer erklärt wird, um was für eine Diktatur es sich gehandelt hat, unterschiedliche Begriffe diskutiert werden. Festzuhalten ist aber, dass sich die Deutungskonkurrenz innerhalb der wissenschaftlichen DDR-Forschung auf dieser sekundären Ebene bewegt. Dies hat seit Mitte der 1990er Jahre dazu geführt, dass ein „Jahrmarkt der Begriffe“ entstanden ist, der zahlreiche unterschiedliche Varianten von DDR-Deutungen repräsentiert:

Manche Forscher sprechen von einem totalitären oder posttotalitären Staat, von einem vormundschaftlichen Staat, von moderner Diktatur oder Erziehungsdiktatur, von parteibürokratischer Herrschaft oder von einer Patrimonialbürokratie neuen Typs; es existieren Deutungen wie durchherrschte Gesellschaft, Organisationsgesellschaft, Klassengesellschaft, Konsensdiktatur oder Nischengesellschaft, tragische Gesellschaft oder Land der kleinen Leute und die roten Preußen (vgl. Hüttmann 2004b; ders. 2008, S. 345 ff, bes. S. 350).

Entscheidend ist an dieser Stelle, dass die Frage, ob die DDR eine Diktatur war oder nicht, aus Forschungssicht – in anderen Teilen der Gesellschaft ist das nicht so – klar beantwortet ist.

1.2. „Gelehrte DDR“

Gemäß der Überlegungen der beiden Berichterstatter Linda Teuteberg und Prof. Dr. Jochen Franzke wurden die beiden Aufgabestellungen für das von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebene Gutachten wie folgt beschrieben:

„1. Hier soll das in den Curricula der entsprechenden universitären Studiengänge im Land Brandenburg vermittelte DDR-Geschichtsbild untersucht werden. Dabei sollen die Beiträge der Hochschulen des Landes zur Aufklärung und Wissensvermittlung über die DDR-Diktatur analysiert werden. Dabei sollen bestehende Potenziale/Ansatzpunkte zur Verringerung der Wissensdefizite herausgearbeitet werden.

2. Dies gilt insbesondere für die Lehramtsstudiengänge an der Universität Potsdam. Hier ist zu untersuchen, welchen Einfluss die Erneuerung der Hochschulen auf die personelle Situation in der Lehrerbildung hatte. Gab es eine Evaluierung der Lehrkräfte der PH Potsdam? Warum wurden die Fachdidaktiken rapide abgebaut?“

Die Analyse von Lehrveranstaltungen wurde als Operationalisierung des Gutachtenauftrags verstanden, Curricula zu untersuchen (vgl. auch den Zwischenbericht zum Recherchestand des Gutachtens, der den Berichterstatlern Linda Teuteberg und Prof. Jochen Franzke im August 2011 vorgelegt sowie mit ihnen abgestimmt wurde). Die Analyse von Lehrveranstaltungen verspricht grundsätzlich aussagekräftigere Ergebnisse als eine Auswertung von Curricula, die sich in der Regel auf allgemeine Ziele der Studiumsorganisation, Rahmenbedingungen und Regelungen für ein ordnungsgemäßes Studium beziehen. Weiterführende inhaltliche Hinweise sind darin nur wenige zu finden. So taucht etwa in der exemplarisch herangezogenen "Fachspezifischen Ordnung für den Masterstudiengang Zeitgeschichte an der Universität Potsdam" vom 25.2.2010 der Begriff DDR gar nicht auf.¹

Bei näherer Betrachtung zeigen sich für den ersten Teilbereich zwei Ungenauigkeiten, die kurz diskutiert werden sollen, um somit zur Klärung dessen beizutragen, was tatsächlich Gegenstand des vorliegenden Gutachtens sein kann und was nicht:

a) Zum Begriff des Geschichtsbildes:

Untersucht wird das quantitative Angebot von Lehrveranstaltungen an der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina seit 2002. Auf der Grundlage des gewählten methodischen Verfahrens ist es unmöglich, mithilfe der Untersuchungsergebnisse

¹ Alle im folgenden nach der Enquete-Kommissions-Sitzung vom 4.11.2011 eingefügten Änderungen und Korrekturen sind wie der obige Einschub kursiv gesetzt.

Geschichtsbilder oder gar ein einheitliches Geschichtsbild zu identifizieren.

Hierzu müsste erstens über einen wesentlich längeren Zeitraum eine qualitative empirische Untersuchung durchgeführt werden, die den konkreten Ablauf beziehungsweise die Praxis von Vorlesungen und Seminaren wenigstens exemplarisch in den Blick nimmt, etwa über das Verfahren der teilnehmenden Beobachtung oder über mündliche beziehungsweise schriftliche Befragungen.

Neben den Gründen, die in dem gewählten Verfahren der Untersuchung selbst liegen, existieren zweitens Gründe, die sich auf den Stand erinnerungskultureller Forschung beziehen. Denn die universitäre Geschichtsdidaktik hat in den letzten Jahren herausgearbeitet und kritisiert, dass der Geschichtsbild-Begriff zu eindimensionalen und hermetisch-abgeschlossenen Argumentationen einladen kann. Da in der Gesellschaft sowohl in sozialer als auch in generationeller Hinsicht eine Vielzahl unterschiedlicher Vorstellungen und Deutungen der Vergangenheit existieren, werden in der Forschung in den letzten Jahren offenere Begriffe wie „Geschichtsbewusstsein“ und „Erinnerungskultur“ bevorzugt (Rüsen 1994; Sauer 2001, S. 9 ff.; Demantowsky 2009, S. 82 ff.).²

b) Zum Begriff der Wissensdefizite:

Massive Wissensdefizite wurden in den letzten Jahren in verschiedenen breit angelegten empirischen Untersuchungen bei Schülerinnen und Schülern dargestellt (vgl. Arnswald 2004; Deutz-Schroeder/ Schroeder 2008). Ähnliche Umfragen zu Studierenden und ihrem Wissen zur deutschen Nachkriegsgeschichte existieren nicht.

² Siehe dazu auch meine Bemerkungen in der Sitzung der Enquete-Kommission am 4.11.2011 im Potsdamer Landtag. Für die Analyse von Geschichtsbildern wäre es notwendig gewesen, ein umfassenderes Forschungsdesign zu entwickeln, das methodisch auch teilnehmende Beobachtungen und mündliche und schriftliche Befragungen einschließen würde. Dies war in der Kürze der Zeit nicht zu leisten. Für die Kritik am Geschichtsbildbegriff siehe neben den zitierten Autoren aus dem Feld der Geschichtsdidaktik auch die Pressemitteilung zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsbeschwerde von Prof. Konrad Löw vom 28.9.2010, das ich in der Sitzung am 4.11.2011 erwähnte: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-087.html> sowie den Artikel von Sven-Felix Kellerhoff "Bundeszentrale muss antisemitischen Unfug dulden" in der Welt vom 22.10.2010: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article9959631/Bundeszentrale-muss-antisemitischen-Unfug-dulden.html> Begriffe wie "Geschichtsbewusstsein" oder "Erinnerungskultur" sind deshalb analytisch besser geeignet, weil sie die Deutungskonflikte um unterschiedliche Interpretationen der Zeitgeschichte stärker in den Vordergrund rücken als der monolithische Begriff des Geschichtsbildes. Insgesamt ist festzuhalten, dass auf der Grundlage der Rechercheergebnisse kein Grund dafür besteht, anzunehmen, in der Brandenburger Hochschullandschaft werde in irgendeiner Weise "ein kleines Stück DDR gepflegt". Vgl. das Protokoll der Sitzung der Enquete-Kommission am 4.11.2011 im Hinblick auf die Frage des SPD-Abgeordneten Günther an mich (S. 32).

Was und wie zum Gegenstand im Schulunterricht wird, und wie Wissensdefizite bei jungen Menschen verringert werden können, hängt jedoch von vielen weiteren Faktoren ab, von denen die Ausbildung an Hochschulen lediglich ein Faktor unter vielen ist. Zu den weiteren zählen etwa Rahmenlehrpläne, Schulbücher, didaktische Materialien und Fortbildungsangebote. Auch das individuelle biografische Verhältnis der jeweiligen Lehrkraft zum Thema DDR beeinflusst die konkrete Unterrichtspraxis (vgl. Juchler 2011).

All dies soll und kann in dem vorliegenden Gutachten nicht zusätzlich untersucht werden.

Gegenstand der Untersuchung im Rahmen des ersten Teilbereichs ist vielmehr die Frage, in welchem Ausmaß und mit welchen disziplinären und inhaltlichen Schwerpunkten Studierende, darunter zukünftige Lehrer, die heute an der Universität Potsdam ausgebildet werden, mit dem Thema DDR konfrontiert werden. Sie sind es, die den oben erwähnten Wissensdefiziten im Unterricht etwas entgegensetzen können, vorausgesetzt, die deutsche Nachkriegsgeschichte ist überhaupt ein wichtiges Thema in den unterschiedlichen Fächern. Was heute nicht im Studium angeboten wird, ist später tendenziell kaum ein wichtiges Unterrichtsthema (Vgl. Pasternack 2001, S. 21).

Die wichtigste Frage lautet deshalb: Inwiefern war die DDR im letzten Jahrzehnt ein Lehrgegenstand an der Universität Potsdam und der Viadrina? Welche Inhalte stehen in welchen Fächern im Zentrum der Vorlesungen und Seminare? Stimmt etwa weiterhin die bereits frühzeitig von Kowalczyk (1999, S. 113; vgl. auch Pasternack 2001, S. 53) geäußerte und vor zehn Jahren empirisch bestätigte Beobachtung, dass die Themen Repression, Opposition und Widerstand nur selten ein Lehrgegenstand an deutschen Universitäten sind? Lassen sich zeitliche Präferenzen bestimmen? Schließlich: Ist die DDR auch nach über zwanzig Jahren weiterhin ein eher isolierter Lehrgegenstand, oder wird sie als Teil einer gesamtdeutschen beziehungsweise integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte interpretiert?

Für gesellschaftliche Bereiche außerhalb der schulischen Bildung kommt es darauf an, dass es neben Geschichts-, Politik-, Sozialkunde-, Deutsch- und Religionslehrern zahlreiche Soziologen, Politikwissenschaftler, Sozialarbeiter, Journalisten gibt, die während des Studiums mit DDR-bezogenen Lehrinhalten überhaupt in Kontakt kommen.

Für die Abschnitte des Gutachtens, die sich mit den Curricula an Brandenburger Hochschulen und mit der Frage der Lehrerbildung befassen, ist es wichtig, immer dort, wo dies möglich und sinnvoll erscheint, eine bundesweite Vergleichsperspektive beziehungsweise einen Vergleich mit der Transformation in anderen ostdeutschen Ländern zugrunde zu legen. Erst auf diese Weise ist es möglich, Kriterien zu entwickeln, anhand derer man die Brandenburger Situation bewerten kann.

Beide Fragestellungen werden aus der unmittelbaren engen Brandenburger Perspektive herausgelöst und im bundesweiten Vergleich kontextualisiert. Denn erst im Vergleich mit Hochschulen in anderen Bundesländern können Bewertungsmaßstäbe gewonnen werden, die einschätzen helfen, ob etwa Themen wie Repression und politische Verfolgung oder auch Opposition und Widerstand ein „Schattendasein“ an den Brandenburger Hochschulen fristen (Thönelt 2011, S. 18).

Hier bietet sich eine intensivere Prüfung an (etwa mithilfe von Vorlesungs- und Seminarankündigungen), da auch in germanistischen oder literaturwissenschaftlichen Lehrkontexten SED-Herrschaftsinstrumente thematisiert werden können (siehe etwa das Germanistik-Seminar im Sommersemester 2010 an der Universität Potsdam zum Thema „Parteikritik von innen – Die Diktatur der SED im dichterischen Spiegel Stefan Heyms“).

Gegenstand des Gutachtens im Rahmen des zweiten Teilbereichs ist ein Rückblick auf die personelle Erneuerung im Bereich der Lehrerbildung sowie auf die Evaluierungen und den Abbau der Fachdidaktiken im Land Brandenburg seit 1990. Ferner sind die Ausbildung künftiger Lehrerinnen und Lehrer sowie die Fortbildung bereits aktiver Lehrkräfte beziehungsweise ein Rückblick auf die entsprechenden Aktivitäten Gegenstand des zweiten Teilbereichs. Auch hier angestrebt, wenigstens in Ansätzen die Entwicklungsprozesse in den anderen ostdeutschen Ländern nach zu verfolgen, um dort, wo sich Vergleichsmöglichkeiten bieten, diese auch zu nutzen.

Die konkreten Bedingungen des Schulunterrichts in Brandenburg und die Wissensdefizite von Schülerinnen und Schülern, die nach 1990 geboren sind, werden davon – wie oben dargestellt – nur mittelbar berührt.

In dem Gutachten werden die einzelnen Themen- und Teilbereiche der Auseinandersetzung

mit der SED-Diktatur und der deutschen Teilung in den Lehrprogrammen der Brandenburger Hochschulen systematisch und ausführlich dargestellt. Es werden zahlenmäßige Übersichten erstellt, die eine Bewertung überhaupt erst ermöglichen. All dies findet in einem zu einem früheren Zeitpunkt der Enquete-Kommission vorgelegten Gutachten nur punktuell Raum (Thönelt 2011).

Im Vergleich zum Gutachten von Thönelt ergibt sich ein neuer Erkenntnisstand allein durch die sekundäre Auswertung von Ergebnissen aus den Vorgängerstudien zum Thema (vgl. Pasternack 2001; Hüttmann 2004a; Hüttmann 2010), die in dem Gutachten von Thönelt zum Teil zwar kurz erwähnt, aber nicht systematisch für die Interpretation herangezogen werden. Außerdem hat die Recherche ergeben, dass das hier gewählte methodische Verfahren in der Lage war, deutlich mehr DDR-bezogene Lehrveranstaltungen zu identifizieren. Außerdem wird in der Darstellung der Ergebnisse des Gutachtens Wert darauf gelegt, dass der deskriptive Teil wo möglich von der Interpretation der Ergebnisse getrennt dargestellt wird (als Orientierung siehe das Gutachten von Juchler 2011).

2. Methodisches Vorgehen und Projektdesign

2.1. Allgemeine Überlegungen

Aufgrund der Tatsache, dass in Brandenburg immerhin zwei Universitäten mit einer Vielzahl von gutachtenrelevanten Studiengängen existieren (vgl. die beigelegte Übersicht der Studiengänge an der Universität Potsdam und Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Anlage 6) sind günstige Voraussetzungen gegeben (vgl. die Universitätsportraits in Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg 1994, 70 ff, 156 ff.). Ebenso die enge Anbindung und die personellen Überschneidungen mit wichtigen zeithistorischen Forschungsinstituten – etwa dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam – können die Lehrbedingungen insbesondere an der Universität Potsdam fördern.

Führen diese vergleichsweise günstigen Voraussetzungen auch zu einer Vielzahl von fundierten Lehrangeboten zur DDR-Geschichte? Und: Welche Inhalte dominieren in diesen Lehrveranstaltungen? Wie verteilen sich die Aufmerksamkeiten auf bestimmte Themen, wie auf die einzelnen Entwicklungsabschnitte der DDR? Wird die DDR eher noch als isolierter Gegenstand behandelt – Stichwort ostdeutsche Regionalgeschichte – oder bereits in einem relevanten Umfang in die gesamtdeutsche, europäische oder gar globale Nachkriegsgeschichte integriert?

Das Vorgehen im Rahmen beider Fragestellungen zielt auf dreierlei:

Erstens wurden die DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen an den genannten Universitäten sowie deren über das Internet verfügbare Kommentare erfasst, um diese als Grundlage einer Analyse zu nutzen, die vorrangig auf ablesbare Trends, quantitative Veränderungen im Zeitverlauf und Themenkonjunkturen abzielt.

Zweitens wurden Beschreibungen, Analysen, Interviews und Kommentare zum Erneuerungsprozess an der Universität Potsdam im Hinblick auf die personelle Situation in der Lehrerbildung, inklusive der Überprüfungen, und die Evaluation sowie den Abbau der Fachdidaktiken nach 1990 gesichtet und ausgewertet. Ein kommentierender Literaturbericht, in dem Wert darauf gelegt wurde, die Beschreibungs- und Bewertungsebene zu trennen, ist

das Ergebnis. Für zukünftige Forschungen sind mündliche Auskünfte beziehungsweise Interviews mit den damaligen Beteiligten dieses Prozesses wichtig, da die Leistungen und Defizite der personellen Erneuerung bis heute kontrovers beurteilt werden (vgl. beispielsweise Haase 2011).

Drittens wurden aus dem so gewonnenen Analysebild diesbezüglicher Handlungsbedarf bestimmt und Möglichkeiten für die zukünftige Auseinandersetzung formuliert.

Während die Grundlage für die empirische Recherche und Analyse im Rahmen der ersten Fragestellung als gut bewertet werden kann, konzentriert sich die Beantwortung der zweiten Fragestellung vor allem auf die Sichtung vorhandener Literatur und die Identifizierung von Wissenslücken.

2.2. Untersuchungsgang

Von April 2011 bis September 2011 wurde im Rahmen beider Fragestellungen eine systematisierte Erfassung der DDR-bezogenen Lehraktivitäten an der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina im Zeitraum 2002 bis 2010 unternommen, wobei für das Jahr 2010 nur das Sommersemester recherchiert wurde. Die Konzentration auf die genannten Universitäten liegt zum einen daran, dass ein bereits vorliegendes Gutachten (Thönelt 2011) gezeigt hat, dass vor allem dort entsprechende Angebote zu finden sind. Zum anderen wird somit die Mehrheit der Studierenden des Landes erfasst: Von etwa 20.000 Studierenden an der Universität Potsdam belegen rund 6.000 Seminare und Vorlesungen an der Philosophischen Fakultät, von den etwa 6.000 Studierenden an der Viadrina studieren rund 2.000 an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät (vgl. Hechler/Pasternack 2001, S. 26).

Methodisch wurde hierzu an die Vorgängerstudien mit ähnlichen Fragestellungen angeknüpft, die jeweils eine bundesweite Reichweite besitzen (Pasternack 2001; Hüttmann 2004a; Hüttmann 2010). Hinzugezogen und abgeglichen wurden auch die Lehrveranstaltungen, die in dem Gutachten von Christian Thönelt zum Thema „Die DDR als Gegenstand in Lehre, Forschung und politischer Bildung. Eine Analyse für das Land Brandenburg“ recherchiert wurden.

Zwei Recherchen wurden in der ersten Studie von Peer Pasternack (2001) durchgeführt: eine

Tiefenprüfung analysierte die Lehrprogramme von 12 ausgewählten Universitäten für die Jahre 1990-2000, eine Totalerhebung bezog alle 88 deutschen Universitäten ein (inklusive der Pädagogischen Hochschulen, Technischen Universitäten und anderen) und analysierte an jeder dieser Hochschulen je ein Semester aus den Jahren 2000 oder 2001. Das zentrale Untersuchungsergebnis lautete:

„Die Anzahl der Lehrveranstaltungen in den 11 Jahren zwischen 1990 und 2001 streut in unserer Tiefenprüfung (12 exemplarische Universitäten) zwischen 79 (2000/01) und 203 (1994/95). Die Zeitverlaufskurve ... zeigt eine fast lineare Aufwärtsbewegung vom Anfang bis zur Mitte der 90er Jahre und eine fast ebenso lineare Abwärtsbewegung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre bis heute. Dabei befindet sich der 2000/01 erreichte Stand wieder auf dem Ausgangsniveau von 1990/91 (und weist seit 1998 kontinuierlich nach unten).“ (Pasternack 2001, S. 32; vgl. Abb. 1).³

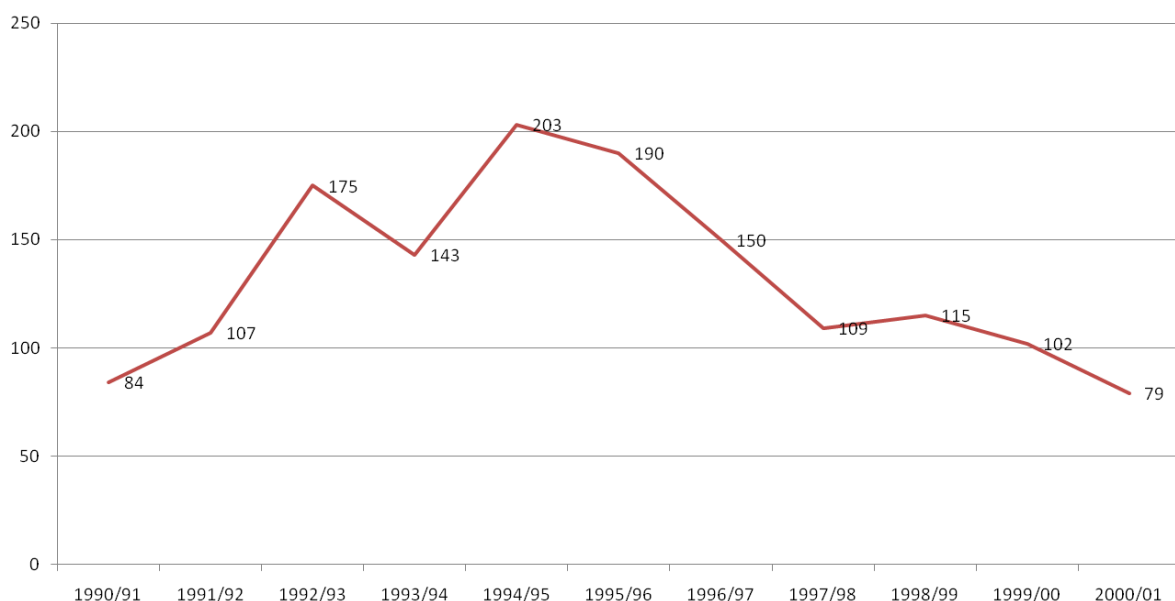


Abb. 1: Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot
(Anzahl der Lehrveranstaltungen ermittelt für 12 exemplarische Universitäten [Tiefenprüfung])

Der systematische Vergleich der für das Land Brandenburg generierten Ergebnisse mit den Ergebnissen der Vorgängerstudien eröffnet die Vergleichsmöglichkeit mit den bundesweit

³ Wenn nicht – wie hier im Text (Pasternack 2001, S. 32) – anders angegeben, handelt es sich bei allen Abbildungen und Tabellen um eigens für das Gutachten auf Grundlage der recherchierten Daten erstellte Darstellungen.

erhobenen Daten aus vorigen Jahren, die Thönelt an verschiedenen Stellen zwar zitiert, aber nur exemplarisch nutzt. Erst durch den direkten Vergleich der bundesweiten mit den brandenburgspezifischen Ergebnissen wird es möglich sein, sowohl die quantitativen als auch qualitativen Dimensionen der erhobenen Curricula angemessen zu beurteilen.

Das methodische Design der Untersuchung im Rahmen der ersten Fragestellung umfasst die Recherche nach DDR/Ostdeutschland-bezogenen Lehrveranstaltungen im Kontext Osteuropas sowie Fragen und Problemen der Transformation seit 1990. Hierzu wurden mittels einer Online-Recherche eine Tiefenprüfung der beiden für das Thema wichtigsten Universitäten – die Universität Potsdam und die Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder – durchgeführt. Dabei wurden alle DDR-geschichtlichen Lehraktivitäten der Jahre 2002 bis 2010 erfasst. Genutzt wurden auch die in dem Gutachten von Thönelt erhobenen Daten zu den Universitäten und Fachhochschulen im Land Brandenburg, die auf Anfrage von den jeweiligen Instituten und Fakultäten an Thönelt übermittelt wurden.

Außerdem wurden Vorlesungs- und Seminarankündigungen beziehungsweise Kommentare erfasst und ausgewertet, sofern diese vorhanden waren. Auf diese Weise ließ sich näher bestimmen, was konkret Gegenstand der jeweiligen Lehrveranstaltungen war. Der Punkt ist für die vorliegende Analyse insofern relevant, da im Rahmen der für die Europa-Universität Viadrina durchgeführten Analyse durchweg auf die online verfügbaren kommentierten Vorlesungsverzeichnisse zurückgegriffen werden konnte, was die Reichweite der Analyse erweitert. Für die Universität Potsdam waren nur die nicht kommentierten Online-Vorlesungsverzeichnisse verfügbar.

Die derart recherchierten Veranstaltungen wurden mithilfe von Excel-Tabellen mit folgenden Daten erfasst: Hochschule, Fakultät, Institut, Fach/Bereich/Modul, Jahr, Semester, Vorlesung/Seminar, Titel der Lehrveranstaltung, Semester, Hochschule, Fachbereich/Institut, Dozent, und, soweit vorhanden, Lehrveranstaltungskommentar.

Anschließend wurden die Lehrveranstaltungen verschlagwortet (siehe zum Verfahren Pasternack 2001, S. 122 f.; Hüttmann 2004a). Damit wurde die Voraussetzung für eine statistische Auswertung geschaffen. Auf diese Weise konnte über Häufigkeitsauszählungen und Korrelationsanalysen die empirische Grundlage für inhaltliche Interpretationen geschaffen werden, wie etwa für die Themenkarriere oder die Frage, was wann in welchem

Fach mit welchen thematischen Bezügen gelehrt wird.

Die im Rahmen der recherchierten, verschlagworteten und statistisch ausgewerteten Lehrveranstaltungen und Materialien wurden in einem abschließenden Analyseschritt im Hinblick auf die Leistungen und Defizite in den Curricula und weiteren Beiträgen der Brandenburger Hochschulen interpretiert. Diese münden in der Formulierung von Handlungsoptionen, die darauf ausgerichtet sind – vor dem Hintergrund der jeweiligen Reichweite, die das gewählte methodische Vorgehen bietet – Vorschläge für die zukünftige Befassung mit dem Thema anzuregen.

Für das Vorgehen im Rahmen der zweiten Fragestellung wurde vor allem die vorhandene Literatur (zentral sind Fahlbusch 1997; Fuhrmann 1997a und b; Universität Potsdam 1995; von Roenne 1999 in Bezug auf die Überprüfung von Lehrkräften; Pädagogisches Landesinstitut 1992 und 1997; von Plato 1999) sowie diesbezügliche Materialien des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin/Brandenburg (LISUM) recherchiert und ausgewertet. Auch die Recherchen in der Universitätszeitung der Universität Potsdam, des früheren Journals des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg „hochschule ost“ sowie weitere Veröffentlichungen der Universität Potsdam waren ertragreich.

Um die quantitative Gestalt der Lehrveranstaltungen in Brandenburg qualitativ einzuschätzen, wurden die Vorgängerstudien, die bundesweit Daten erhoben hatten, vergleichend herangezogen (Pasternack 2001, Hüttmann 2004a, Hüttmann 2010). So werden etwa im Zweifelsfall zu identifizierende Versäumnisse dadurch nicht besser; jedoch werden vor dem Hintergrund übergreifender Prozesse Bewertungen möglich, die differenzierter sind als der alleinige Bezug auf den Status Quo in Brandenburg.

Für den ersten Teilbereich des Gutachtens ist schließlich ein Quellenproblem zu nennen: So sind bei manchen Fachbereichen nur die studienordnungsrelevanten Lehrbereichsbezeichnungen anstatt der konkreten Veranstaltungstitel notiert (also z.B.: „Soziologie, HS, Prof. Meier“ statt „Herrschaft und Gesellschaft in der SED-Diktatur, Bereich Politische Soziologie, HS, Prof. Meier“). Mit diesem Problem wurde wie in den vorherigen Studien so verfahren:

„Wenn immerhin die Titel, aber keine Kommentare zu den einzelnen Lehrangeboten

verfügbar waren, mussten allein die Titel der Veranstaltungen zur Grundlage der Entscheidung gemacht werden, ob es sich um ein DDR/Ostdeutschland-bezogenes Thema handelt oder nicht. Bei vielen Titeln war dies unproblematisch, bei anderen blieben Zweifel, so dass die entsprechenden Veranstaltungen nicht in das Rechercheset aufgenommen wurden. Am eindeutigsten waren die Entscheidungen dort zu treffen, wo auf den Homepages einzelner Fachbereiche bzw. Institute kommentierte Lehrveranstaltungsanzeigen verfügbar waren.“ (Pasternack 2001, S. 25 f.).

Insgesamt jedoch sind durch die Angebote im Internet für die erste Fragestellung vergleichsweise gute Recherchevoraussetzungen gegeben, obwohl jeder empirische Versuch, einen beliebigen Gegenstand vollständig zu erfassen, grundsätzlich scheitert. Das Verfahren ist aber weniger selektiv und verspricht validere Ergebnisse als das von Thönelt gewählte Rücklaufverfahren.

Die Erhebung zielte auf verdichtete Informationen, die Schwerpunkte und Trends zu identifizieren ermöglichen. Auf diesem Weg gelang es – so viel sei vorweggenommen –, Schwerpunkte und Entwicklungen von beachtlicher Deutlichkeit zu identifizieren. Selbst fünfzehnprozentige Abweichungen nach unten oder oben würden keine Änderungen der daraus gewonnenen Einschätzungen erzwingen.

Ursprünglich war zusätzlich geplant, Experteninterviews mit Protagonisten der jeweiligen Problembereiche durchzuführen. Aufgrund der Auswertung der Fülle von Daten zu den DDR-bezogenen Lehrangeboten an der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina konnte dies nicht umgesetzt werden, weil es den zeitlichen Rahmen, der für die Erstellung des Gutachtens zur Verfügung stand, gesprengt hätte. Es wurden aber Gespräche geführt, unter anderem mit Dr. Günter Kolende, Vorsitzender des Geschichtslehrerverbandes, Dieter Starke, Vorsitzender des DVPB-Verbandes in Brandenburg und Dr. Christoph Hamann, LISUM Berlin-Brandenburg, die im Abschnitt über die Lehrerfortbildungsangebote in Brandenburg seit 1990 und im Anhang Eingang in die Untersuchung gefunden haben.

3. Zum Transformationsprozess des ostdeutschen Hochschulwesens nach 1989

Einige Autoren betonen, dass der Transformationsprozess im ostdeutschen Bildungssystem schon vor der friedlichen Revolution im Herbst 1989 und dem anschließenden Einheitsprozess einsetzte, nämlich bereits durch die Reformvorschläge der Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung der DDR zum Ende der 1980er Jahre und anderen (vgl. Eckstein 1997). Darüber hinaus forderten einige Wissenschaftler der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) eine Entideologisierung der Wissenschaft und Lehre, das Streichen der obligatorischen vormilitärischen Erziehung an Schulen sowie mehr pädagogische Freiheit in der Lehrerbildung (Fuchs/Reuter 1995, S. 12ff.). Darauf kann an dieser Stelle jedoch nicht weiter eingegangen werden.

Bereits im Herbst 1989 kam es zur Abschaffung des Wehrkundeunterrichts und der Verbindlichkeit des Unterrichtsfachs Staatsbürgerkunde in den Schulen für das folgende Halbjahr (Fuchs/Reuter 1995, S. 18). Zu einer Umstrukturierung des Hochschulsystems der DDR sollte es aber erst nach der Vereinigung beider deutscher Staaten auf der Basis des Einigungsvertrages und entsprechend der Bestimmungen der demokratisch neu gewählten Landesparlamente kommen.

Der Transformationsprozess des ostdeutschen Bildungswesens ist aufgrund des zeitlichen Rahmens und der Vielfalt unterschiedlichster Interessen und Akteure bis zur Konsolidierung kein widerspruchsfreier und klar strukturierter Akt gewesen. Es lassen sich regionale Unterschiede und widersprüchliche Zuständigkeitsbereiche, Verunsicherungen und Verzögerungen der handelnden Akteure identifizieren.

Im Einzelnen: Am 12. Januar 1990 beschlossen die Bildungsminister der DDR und der Bundesrepublik die Konstituierung einer deutsch-deutschen Bildungskommission, die die Zusammenarbeit beider Länder sichern sollte (Fuchs/Reuter 1995, S. 16). Die wichtigste Rolle im Transformationsprozess oblag den jeweiligen Landesregierungen, die sich bis zum November 1990 zu konstituieren hatten. Zwei wesentliche Ziele für die neue Hochschulpolitik wurden formuliert:

Erstens sollte eine neue ostdeutsche Hochschullandschaft durch Neugründung und Schließung von Hochschulen sowie durch den Umbau des bisherigen DDR-Hochschulsystems geschaffen

werden. Zweitens sollte eine personelle Erneuerung und Evaluierung des Lehrpersonals an allen Hochschulen herbeigeführt werden (Mayntz 1994, S. 287).

Zeitlich unterteilen lässt sich der nach der Revolution in der DDR folgende Transformationsprozess in drei Abschnitte (Hall 1994, S. 170 f.):

Vom 18. September 1990 bis zum 30. Juni 1991 war der erste Abschnitt durch die sogenannte Meyerische Hochschulverordnung geprägt – einer Art Übergangsregelung des letzten DDR-Ministers für Wissenschaft und Forschung. Diese hatte sich für alle Bundesländer die Entideologisierung von Forschung und Lehre sowie die geplante Umlegung der Forschung von den Akademien in die Hochschulen zum Ziel gesetzt. Für die konkrete Umgestaltung der Fachbereiche und die personelle Erneuerung wurden keine expliziten Regelungen geschaffen. Die ersten Hochschulerneuerungsgesetze sollten laut Einigungsvertrag bis zum 30. Juni 1991 von den jeweiligen Ländern verabschiedet werden. Dies prägte den zweiten Abschnitt der Hochschultransformation.

Der dritte Schritt waren die abschließenden Hochschulgesetze, die bis zum 3. Oktober 1993 vorliegen sollten. Neben der straffen zeitlichen Regelung schrieb der Einigungsvertrag vor, dass aufgrund des großen Personalüberhangs in der DDR die Personalausgaben im öffentlichen Dienst gesenkt werden sollten. So mussten auch an Schulen und Hochschulen viele Mitarbeiter entlassen oder frühverrentet werden.

Der Einigungsvertrag vom 31.8.1990 war die höchste überregionale Regelung im Transformationsprozess (Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands, 31. August 1990). Auf Bundesebene war darüber hinaus das damals sogenannte Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft involviert, das die Länder förderte und unterstützte (beispielsweise in Bezug auf das Hochschulerneuerungsprogramm HEP). Ein weiterer Akteur war die Kultusministerkonferenz, die im Vorfeld beratend tätig war, in erster Linie bei der Anerkennung und Gleichstellung von (Hoch-)Schulabschlüssen.

Eine wichtige Funktion besaß der Wissenschaftsrat, der als oberste beratende Instanz tätig war und sich aus Wissenschaftlern, Repräsentanten des öffentlichen Lebens und Vertretern von Bund und Ländern zusammensetzte. Bis zum Sommer 1992 besuchten die Kommissionen des

Wissenschaftsrates die ostdeutschen Universitäten und Hochschulen und formulierten daraufhin ihre fachspezifischen Reformempfehlungen zum Erneuerungsprozess für die Länder und Hochschulen Ostdeutschlands (Mayntz 1994; Schluchter 1994; Schramm 1993; Wissenschaftsrat 2000).

Der Wissenschaftsrat empfahl, die vierundfünfzig Hochschulen zu zwölf Universitäten, zwölf Musik- und Kunsthochschulen sowie zwanzig Fachhochschulen, die es in dieser Form in der DDR vorher nicht gegeben hatte, umzugestalten (Fuchs/Reuter 1995, S. 36). Desweiteren sprach er Empfehlungen zur Lehrerbildung und zur Berufungspolitik an den Hochschulen aus und plädierte für die Einrichtung von Hochschulstrukturkommissionen, die als Verbindungsglied zwischen Wissenschaftsrat und Länderparlamenten fungieren und für die Umsetzung seiner Empfehlungen sorgen sollten.

Schließlich war der Wissenschaftsrat zuständig für die Evaluierung der außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen und setzte sich somit die Verbesserung der Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten zum Ziel (Fuchs/Reuter 1995, S. 37; Krull 1994, S. 210 f.).

Auf regionaler Ebene waren die vom Wissenschaftsrat empfohlenen Hochschulstrukturkommissionen die höchste beratende Instanz während des Transformationsprozesses. Sie bestanden aus maximal zwölf unabhängigen Sachverständigen und berieten die Hochschulen und Fachhochschulen bei den Neugründungsprozessen sowie beim Auf- und Ausbau neuer Fachbereiche, Hochschulinvestitionen und bei der Einsetzung von Berufungskommissionen.

Die Umsetzung der Empfehlungen durch die Hochschulstrukturkommissionen verlief allerdings in den jeweiligen Ländern sehr unterschiedlich. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt waren die abschließenden Empfehlungen Planungsgrundlage für die Hochschulpolitik der Länder (Teichler 1994, S. 253). Weitere Landes-Akteure im Transformationsprozess waren die Hochschulrektorenkonferenz, die Fachverbände der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen sowie diverse Kommissionen und Berater auf Hochschulebene.

Im Rückblick wird der Prozess eher kritisch betrachtet. Nach Einschätzung des ehemaligen Mitglieds des Wissenschaftsrates, Wilhelm Krull, kam es während des Transformations-

prozesses zu einigen vermeidbaren Fehlern. So hätte beispielsweise die „Abwicklungsregelung“ keine seriöse Bestandsaufnahme und Bewertung der ostdeutschen Hochschulen im Vorfeld der Umstrukturierung zugelassen. Das Hochschulerneuerungsgesetz sei demnach auf einer falschen Grundlage, nämlich den Übergangsregelungen der einzelnen Länder, beschlossen worden (Krull 1994, S. 222).

Zudem sei der Prozess durch die Dominanz westdeutscher „Missionare“ im Wissenschaftsrat, die Einmischung der Adressaten im Vorfeld der Empfehlungen sowie die politischen Aushandlungsprozesse um Standortentscheidungen erschwert worden (ebenda). Probleme sah Krull außerdem in der Integration von Einzelwissenschaftlern und Arbeitsgruppen aus den ehemaligen Akademien und der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außeruniversitären Instituten (ebenda, S. 220).

So sei eine Misere durch eine andere abgelöst worden, in dem die „Massenhochschulwelt rascher in den Osten transportiert wurde, als dass sich neuer Inhalt überhaupt entfalten konnte“ (ebenda, S. 224). Dieter Simon (1998, S. 390 ff.) drückt sich in seiner abschließenden Bewertung ebenfalls kritisch aus, wenn er betont, dass die Reform eine Schwächung der Hochschulen in Ost und West zur Folge hatte.

Dies hätte zum einen an den beteiligten Akteuren gelegen: So seien die Wissenschaftsminister weder politisch noch fachlich für diese Aufgabe ausreichend qualifiziert gewesen, ebenso wie die westlichen Berater zu wenig Kenntnisse von den östlichen Verhältnissen gehabt hätten, während die Professoren und Berater aus Ostdeutschland wiederum nur ungenügende Kenntnisse vom westlichen System besessen hätten, das eingeführt werden sollte.

Zum anderen seien die Ostverhältnisse bezüglich der Forschung und Lehre zu einfach unterteilt und dadurch falsch eingeschätzt worden. Dies gelte etwa für die Annahme, dass Forschung und Lehre prinzipiell getrennt voneinander (in Akademien und Universitäten) stattgefunden hätten. Dies habe zu Fehlentscheidungen wie beispielsweise etwa der Einrichtung des Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) geführt, das nach Simon gescheitert ist. Die rund 40.000 entlassenen Akademieforscher sollten demnach an Universitäten untergebracht werden, die aber entweder gar keinen Bedarf oder keine Kapazitäten besessen hätten.

Damit werden die seinerzeit parallel eingeleiteten finanziellen Sparmaßnahmen kritisiert. Die Soziologin Renate Mayntz spricht deshalb in ihrer Einschätzung des Transformationsprozesses von einer „Anpassung durch Abbau“ (Mayntz 1994, S. 288). Zudem betont sie, dass es zu Überschneidungen und Widersprüchen im Zuständigkeitsbereich der unterschiedlichen Akteure kam, deren Aktivitäten nur ungenügend miteinander vernetzt gewesen seien (Mayntz 1994, S. 294). Dies betont auch Ulrich Teichler, der die unkoordinierte Beratung der verschiedenen Akteure hervorhebt, das Integrationsprogramm ebenso für nicht fruchtbar hält und die Krisenstimmung des westdeutschen Hochschulsystems auf das ostdeutsche in der Erneuerungsphase übertragen sieht (Teichler 1994, S. 231). Diese hätte, so argumentiert er, durch einen internationalen Vergleich oder ein Expertenmeinungen aus anderen Ländern verhindert werden können (ebenda).

Die Erneuerung der Hochschullandschaft und akademischen Lehre im Land Brandenburg stellt im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern insofern einen Ausnahmefall dar, als es zum Zeitpunkt der Umstrukturierung keine Universitäten und lediglich vier Hochschulen im Land gab, die entweder abgewickelt oder neu gegründet wurden. Es handelt sich um die Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ (Potsdam), die Hochschule für Recht und Verwaltung (Potsdam-Babelsberg), die Hochschule für Film und Fernsehen (Potsdam-Babelsberg) und die Technische Hochschule (Wildau) (vgl. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg 1994).

Das Hochschulerneuerungsgesetz glich in Brandenburg daher eher einem Hochschulgründungsgesetz, stellt Karl-Heinrich Hall fest (Hall 1994, S. 173). Zudem gab es in Brandenburg die Besonderheit, dass das vorläufige Hochschulerneuerungsgesetz, das als Übergangsregelung nur bis zum 3. Oktober 1993 Gültigkeit haben sollte, auch danach als Hochschulgesetz für Brandenburg weiterhin in Kraft war.

Als das erste Hochschulgesetz, das in den neuen Ländern verabschiedet wurde, galt es als relativ „gewagt“, wie der ehemalige Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Hinrich Enderlein, in einem Interview rückblickend betonte. Es setzte auf eine starke Autonomie der zukünftigen Universitäten und Hochschulen, einen ausdrücklichen Verzicht auf Detailregelungen und machte, abweichend vom Hochschulrahmengesetz, von der Sonderregelung der Aufhebung des Hausberufungsverbots Gebrauch (Institut der deutschen Wirtschaft 1992, S. 26).

Diese Entscheidung sei deshalb getroffen worden, da es innerhalb Brandenburgs wenige Hochschulen und dementsprechend nur wenige Beschäftigungsplätze für Wissenschaftler gab. Ganz bewusst wollte Enderlein als Minister den Hochschulen mehr Autonomie einräumen als es das Rahmengesetz vorsah, um bestimmte „Unarten aus dem Westen nicht zu importieren“, insbesondere die ausufernde Bürokratie (Enderlein o. J.). Mit etwas mehr als hundert Paragraphen im späteren Hochschulgesetz konnte dieser Anspruch nicht eingelöst werden, gab Enderlein später zu bedenken.

Zwar war der Wissenschaftsrat gegenüber Neugründungen von Hochschulen aus finanziellen Gründen prinzipiell abgeneigt, nicht so aber im Falle Brandenburgs. Der Standort galt hochschulpolitisch als noch nicht ausreichend strukturell erschlossen und sollte zukünftig Entlastung für die Berliner Universitäten erbringen (vgl. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg 1994):

Die Universität Potsdam wurde am 15. Juli 1991 gegründet. In ihr ging die Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ (bis 1951 „Brandenburgische Landeshochschule“) und die Hochschule für Recht und Verwaltung (vorher Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“) auf. Heute ist die Universität Potsdam die einzige Hochschule Brandenburgs mit der Möglichkeit zur Lehramtsausbildung.

Die Technische Hochschule Wildau wurde 1991 zur Technischen Fachhochschule umgewandelt. Im September 2009 erfolgte die Umbenennung in TH Wildau.

Die ehemalige Cottbusser Ingenieurfachschule sollte auf Empfehlung des Wissenschaftsrates zunächst als Fachhochschule weitergeführt werden. Auf Drängen des Landes und der Unterstützung durch wichtige westdeutsche Persönlichkeiten, wie es Wilhelm Krull (1994, S. 216) beschreibt, wurde jedoch auch in Cottbus eine Universität gegründet. Von der BTU Cottbus erhoffte man sich, dass sie einen positiven Entlastungseffekt gegenüber Berlin und Dresden erbringen würde (Institut der deutschen Wirtschaft 1992, S. 30). Bei Neugründungen von Universitäten war es zwingend, dass der Wissenschaftsrat seine Zustimmung gab.

Als dritte brandenburgische Universität kam es 1991 zur Neugründung der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder (vgl. das Interview mit dem Vorsitzenden der Gründungskommission der kulturwissenschaftlichen Fakultät: von Thadden 1992). Diese

wurde als älteste Landesuniversität bereits 1506 gegründet, jedoch 1811 geschlossen (vgl. die Einleitung zu den seinerzeit grassierenden Universitätsschließungen bei Pasternack 2002). Mit der Neugründung setzte sich die Universität einen internationalen und interdisziplinären Anspruch als verbindende Hochschule in einer Grenzstadt. Die Auslegung als „Europa-Universität“ wurde zunächst durchaus kritisch gesehen, so etwa vom damaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Dieter Simon (1998).

Zu nennen ist schließlich die Hochschule für Film und Fernsehen (HFF), die zum 17. Dezember 1990 vom Land Brandenburg als Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ übernommen und in das Konzept zur Schaffung eines europäischen Medienzentrums in Potsdam-Babelsberg integriert wurde. Die Empfehlung des Wissenschaftsrates von 1992, die HFF „Konrad Wolf“ als Kunsthochschule fortzuführen, wurde nicht weiterverfolgt.

Mit den Neugründungen der Universitäten und der Einbindung ehemaliger Hochschulen, der Abwicklung aller Akademien sowie der Umwandlung von Fach- und Ingenieurschulen in Berufs- oder Fachhochschulen, sollte die Einheit von Lehre und Forschung wieder hergestellt und die in Akademien ausgelagerten Wissenschaftler wieder in den Hochschulbetrieb aufgenommen werden.

Brandenburg gehörte zu den Ländern, die sich weitgehend an die Vorgaben des Wissenschaftsrates und der Hochschulstrukturkommission hielten (vgl. Teichler 1994, S. 253) und auch Hinrich Enderlein betont, dass man sich bei der Evaluierung des Lehrpersonals an die Kriterien des Einigungsvertrages und den eben genannten Empfehlungen hielt. Wie dieser Prozess in Brandenburg verlief, wird in Kapitel 6 beschrieben (vgl. Fahlbusch 1997).

Allgemein arbeiteten gemäß des Einigungsvertrages die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Hochschullehrer, Lehrer, Polizisten, Richter und Staatsanwälte und andere nach dem 3. Oktober 1990 ohne Unterbrechung weiter, es sei denn, sie waren selbst aus persönlichen oder anderen Gründen ausgeschieden. So sollte das Interesse an der Verwaltungskontinuität und die Interessen der Beschäftigten gewahrt bleiben (von Roenne 1999, S. 549).

Um in besonderen Fällen dennoch Arbeitsverhältnisse beenden zu können, sah der Einigungsvertrag besondere Kündigungsmöglichkeiten vor: bei mangelnder fachlicher Qualifikation, mangelnder persönlicher Eignung, mangelndem Bedarf oder der Auflösung der

bisherigen Beschäftigungsstelle war eine ordentliche und fristgemäße Kündigung möglich.

Der Einigungsvertrag nannte aber auch zwei weitere wichtige Gründe, die eine außerordentliche und fristlose Kündigung ermöglichten: Dies betraf zum einen den Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit und zum anderen eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit beziehungsweise das Amt für Nationale Sicherheit (vgl. Einigungsvertrag, Anlage I, Kapitel XIX, Sachg. A, Abschnitt III, Nr. 1, Abs. 4).

Die Entscheidung aber, ihr Personal auf diese Kündigungsgründe hin überprüfen zu können, oblag den Ländern. „Unumgänglich war eine Überprüfung jedoch vor einer Verbeamtung, weil eine Einzelfallüberprüfung nach den Kriterien Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung im Grundgesetz (Art. 33 Abs. 2 GG) festgelegt ist.“ (von Roenne 1999, S. 549 f.).

Von Roenne verweist auf die Bedeutung der besonderen historischen Bedingungen, in deren Rahmen komplexe personelle Entscheidungen für die Übernahme in den Öffentlichen Dienst getroffen werden mussten:

„Die Länderregierungen mussten eine komplette neue Landesstruktur aufbauen, Länderministerien existierten noch überhaupt nicht. Es fehlte an Personal und an technischen Ausrüstungen wie Computern. Die wenigen Mitarbeiter, die zur Verfügung standen, mussten sich zunächst Kenntnisse der örtlichen Strukturen verschaffen, sofern sie aus dem Westen kamen bzw. sich mit den neuen Vorschriften vertraut machen, soweit sie aus dem Osten kamen. Eine Vielzahl von Aufgaben wollte erledigt werden, so dass manchmal nicht klar war, was zuerst begonnen werden sollte. ... in der Anfangszeit musste sehr viel improvisiert werden. Zeit für umfangreiche Analysen, Planungen und Dokumentationen bestand nicht.“ (von Roenne 1999, S. 550 f.).

So lagen etwa in den neu gegründeten Ministerien nur selten verlässliche Statistiken über die noch im Dienst stehenden Arbeitnehmer vor. Es entstand eine Situation, in der die Personalreferate der Ministerien keine Auskunft darüber geben konnten, wie viele Hochschullehrer, Lehrer oder auch Polizisten überhaupt im jeweiligen Land beschäftigt waren, wenngleich klar war, dass angesichts der knappen Haushaltsmittel zu viele Beschäftigte in den jeweiligen Bereichen tätig waren (Neie 1996).

Zusammenfassend lassen sich drei Kernaufgaben benennen, mit denen die Ministerien in Ostdeutschland zu tun hatten: Erstens der rasche Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen, die Anpassung des Personalumfangs vor dem Hintergrund zur Verfügung stehender Haushaltsmittel und die Entlassung von Beschäftigten mit einer zu hohen Belastung aus der Vergangenheit. „Diese Aufgaben auseinanderzuhalten, erwies sich als nicht einfach.“ (von Roenne 1999, S. 551). Alle Ministerien in den neuen Ländern entschieden sich für eine Einzelfallüberprüfung. In der Regel erfolgten danach Anhörungen, sofern eine Entlassung beabsichtigt war.

Für die Überprüfungen mussten Informationen über die jeweiligen Beschäftigten recherchiert werden, etwa mithilfe von Personalunterlagen aus der DDR. Die Kaderakten waren häufig nicht besonders aussagekräftig, da sie zum Teil stark ausgedünnt oder gar vernichtet worden waren (von Roenne 1999, S. 552). Als Ergänzung boten sich Fragebögen an. Inwieweit die Länder auf diese Möglichkeit zurückgriffen, variierte stark. Nicht selten wurden die Fragebögen als Zumutung interpretiert, nicht nur aus der Perspektive der Betroffenen, sondern auch von Fachjuristen aus dem Westen (von Roenne 1999, S. 553).

Eine andere zentrale Frage war, auf welche Weise Lehrer zukünftig aus- und fortgebildet werden sollten. Im Juli 1991 gab der Wissenschaftsrat die Empfehlungen zur Lehrerbildung in den neuen Ländern an die Hochschulstrukturkommissionen, die Hochschulen und den Landesregierungen und damit an die Öffentlichkeit weiter (s. Fuchs 1998, S. 264 f.). Diese sahen zunächst eine umfassende Liberalisierung vor, um die Lehreraus- und Fortbildung als Instrument der staatlichen Kontrolle und Steuerung zu lösen und zu demokratisieren. Das Grundlagenstudium Marxismus/Leninismus war bereits abgeschafft, die obligatorischen Fächer Sport, Russisch, Englisch, Zivilverteidigung und Sprecherziehung sollten als Pflichtveranstaltungen, die zwanzig Prozent des Studiums einnahmen, abgeschafft werden. Zusätzlich sollte die Fächerwahl fortan frei und nicht nach angeblich absehbarem Bedarf geregelt werden. Auch die Zugangsberechtigung zum Studium war nun mehr nur von der Leistung und Qualifikation – und nicht von politischen Kriterien – abhängig.

Grundsätzlich waren die Empfehlungen des Wissenschaftsrates bezüglich der Lehrerbildung eher allgemein gehalten und nicht als strukturiertes Modell, sondern stärker als Richtlinien formuliert worden. Demnach wurde empfohlen, das einphasige Lehramtsstudium mit seinen

diversen Praktika abzuschaffen und das Modell durch ein dreiphasiges Studium zu ersetzen.

Die erste Phase sollte der fachlichen Ausbildung je nach Schulart an den Universitäten gewidmet sein; die zweite Phase dem Erwerb fachdidaktischer Qualifikationen; die dritte Phase der Erlangung pädagogischer, psychologischer, sozialwissenschaftlicher und möglichst philosophischer Kenntnisse, um dem Erziehungsauftrag angemessen nachkommen zu können. Zudem war vorgesehen, dass die zukünftigen Lehrer im Berufsleben an Lehrerfort- und -weiterbildungen teilzunehmen hätten, für welche zusätzliche Institutionen gegründet werden sollten (vgl. Kapitel 6).

4. Untersuchungsergebnisse I: Grunddaten

4.1. Anzahl der Lehrveranstaltungen an Brandenburgs Hochschulen am Beispiel der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

4.1.1. Zwei Zugänge: Ostdeutschland und Osteuropa

Wie schon in den Vorgängeruntersuchungen hat es sich als sinnvoll erwiesen, nicht zuletzt aufgrund der dadurch möglichen Vergleichbarkeit mit den bundesweit erhobenen Daten und Ergebnissen, im Rahmen der Recherche zwei Gegenstandsbereiche in das Zentrum der Recherche und Analyse zu stellen (vgl. Pasternack 2001, S. 27):

Erstens wurden alle diejenigen Veranstaltungen erfasst, die sich mit der Geschichte und den Folgen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der DDR sowie mit Ostdeutschland nach der Revolution von 1989/1990 befassen. Zweitens wurden aber auch diejenigen Veranstaltungen recherchiert, die andere kommunistische Diktaturen des Ostblocks inklusive der Geschichte der Sowjetunion und Russland beziehungsweise auch der Transformationsgesellschaften nach 1989 in den Blick nehmen.

Für die methodische Entscheidung, Mittelost- und Osteuropaveranstaltungen (im folgenden: MOE) mit in das Rechercheset einzubeziehen, sind drei Gründe ausschlaggebend: Erstens wird die DDR häufig in Lehrveranstaltungen im Gesamtzusammenhang des damaligen sozialistischen Lagers behandelt. Zweitens gilt generell, dass der quantitative Stellenwert DDR-bezogener Lehrveranstaltungen dann besser einzuschätzen ist, wenn sie sich mit MOE-bezogenen Lehrveranstaltungen vergleichen lassen. Drittens existiert mit der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder im Land Brandenburg eine Universität, die entsprechende Veranstaltungen ohnehin zu ihrem Schwerpunkt gemacht hat.

Damit die Ergebnisse nicht verzerren, wurde jedoch diesbezüglich folgende methodische Einschränkung vorgenommen: Vorlesungen und Seminare, die zum üblichen Standard etwa der landeskundlichen, literatur- oder sprachwissenschaftlichen Studiengänge gehören, blieben unberücksichtigt. Diese Veranstaltungen finden unabhängig davon statt, ob der Seminargegenstand etwas mit Kommunismus zu tun hatte oder nicht. So wurde beispielsweise auf die Aufnahme einer Grundlagenvorlesung zum Thema „Einführung in die

russische Geschichte,, verzichtet (im Gegensatz zu einer Veranstaltung zum Thema „Geschichte des Stalinismus“).

4.1.2. Tiefenerhebung: Gesamtanzahl der DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen an der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina von 2002 bis 2010

Mit Blick auf die beiden großen Gegenstandsbereiche lässt sich für das Land Brandenburg festhalten: 76 % aller erfassten Lehrveranstaltungen hatten die SBZ/DDR/Ostdeutschland zum Thema, während MOE 24 % zuzuordnen sind. Die Aufmerksamkeit für die Geschichte der SED-Diktatur sowie dem Transformationsgeschehen nach 1990 ist demnach dreimal höher als für die anderen Staaten des kommunistischen Machtbereichs. In der großen bundesweiten Untersuchung von 2001 (Pasternack 2001, S. 28) war die Diskrepanz größer, denn 88 % beschäftigten sich mit der SBZ/DDR/Ostdeutschland und nur 12 % mit MOE.

	Universität Potsdam 2002-2010	Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder 2002-2010	Gesamt
Ostdeutschland- bezogene Veranstaltungen	408	51	459
MOE-bezogene Veranstaltungen	38	94	132
Gesamt	446	145	591

Tab. 1: Gesamtzahl recherchierter Lehrveranstaltungen in Bezug auf zwei thematische Zugänge: DDR und MOE

Es ist als positiv zu werten, dass Brandenburger Studierende vor allem an der Europa-Universität Viadrina die Möglichkeit haben, in den Lehrveranstaltungen im oben genannten Sinn Jürgen Kockas die Möglichkeit besitzen, in Sachen Kommunismus über den Tellerrand zu blicken – sofern sie an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät studieren. Denn mehr als 65 % aller dort abgehaltenen Vorlesungen und Seminare widmen sich Themen mit MOE-Bezug. Aber auch an der Universität Potsdam beträgt der Anteil von MOE-Veranstaltungen immerhin 10 %.

Für die weitere Darstellung werden im Sinne der Aufgabenstellung und aus forschungsökonomischen Gründen vorrangig die DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen ausgewertet. Die MOE-bezogenen Lehrveranstaltungen werden immer nur dann hinzugezogen, wenn sie den Stellenwert DDR-bezogener Lehre verdeutlichen können.

Für das vorliegende Gutachten wurde die Gesamtzahl der DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina der Jahre 2002 bis 2010 ermittelt. Diese Ergebnisse wurden mit dem von Christian Thönelt vorgestellten Datenrücklauf zu den Lehrveranstaltungen beider Universitäten, der BTU Cottbus sowie den Fachhochschulen abgeglichen (Thönelt 2011, S. 21ff.).⁴

Ein wesentliches Ergebnis dieses Datenabgleichs besteht darin, dass in Brandenburg mit insgesamt 591 Lehrveranstaltungen allein an der Universität Potsdam und der Viadrina wesentlich mehr Vorlesungen und Seminare zum Thema DDR und MOE seit 1990 stattgefunden haben, als von Thönelt im Rahmen seines methodischen Vorgehens recherchiert werden konnten. Thönelt verweist darauf, dass an der Universität Potsdam durchschnittlich elf, an der Viadrina und der BTU Cottbus jeweils zwei Lehrveranstaltungen pro Semester stattfinden (ebenda, S. 11).

Der deutlich niedrigere Wert hat seine Ursache darin, dass Thönelt nur diejenigen Lehrveranstaltungen erfasst hat, die im Rahmen seiner Rechercheanfrage von den jeweiligen Instituten geliefert wurden. Wie oben dargestellt, war der Untersuchungsgang des vorliegenden Gutachtens ein anderer, da systematische Onlinerecherchen als Grundlage für die Analysen dienen. Beides zusammen genommen schafft eine valide Datenlage.

Insgesamt wurden auf dem für dieses Gutachten gewählten Weg 512 Lehrveranstaltungen erfasst, nach einem Abgleich mit den Daten von Thönelt sind es sogar 591. In dieser Zahl sind

⁴ Pasternack 2001 verwies in der Vorgängerstudie darauf, "dass in vier Ländern 2000/2001 überhaupt keine Lehrveranstaltungen zur SBZ DDR/Ostdeutschland recherchierbar waren. Es handelt sich um Brandenburg, Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein." Hierzu muss ergänzt werden: Es waren, wie Pasternack, schreibt, für das Land Brandenburg mit dem seinerzeit gewählten methodischen Vorgehen – die Auswertung von gedruckten Vorlesungsverzeichnissen – keine Lehrveranstaltungen recherchierbar. Tatsächlich hatten aber, wie dem Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, an dem die Studie durchgeführt wurde, von verschiedenen Dozenten mitgeteilt wurde, zahlreiche Lehrveranstaltungen stattgefunden. Die Begründung für den gewählten Untersuchungszeitraum 2002 bis 2010 liegt wie im Gutachten dargestellt in dem online verfügbaren Datenmaterial ab 2002.

die Lehrveranstaltungen der BTU Cottbus und der Fachhochschulen noch gar nicht erfasst.

Zieht man von der Gesamtzahl der für die Universität Potsdam und die Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder recherchierten Lehrveranstaltungen diejenigen mit MOE-Bezug ab, ergibt sich eine Gesamtzahl von 459 DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen an den beiden genannten Universitäten seit 2002.

4.1.3. Quantitative Entwicklung im Zeitverlauf bundesweit 1990-2010

Die lineare Auf- und Abwärtsbewegung, die Peer Pasternack (2001, S. 32 f.) für die 1990er Jahre identifiziert hatte, ließ offen, ob das Ergebnis nach einem anfänglich hohen Maß an Aufmerksamkeit als Normalisierung oder die Abwärtsbewegung ab Mitte der 1990er Jahre als Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber der DDR-Geschichte interpretiert werden sollte. Eine weitere Deutung hob darauf ab, dass die DDR als separierter Betrachtungsgegenstand an Attraktivität verliere, während hingegen vergleichsorientierte Veranstaltungen wachsende Aufmerksamkeit erfahren würden.

Pasternack gab zu bedenken, dass es zwar „zu begrüßen wäre, wenn die DDR immer stärker integrierte Behandlung in weiter gefassten Rahmungen erfährt“. Es dürfe jedoch „nicht dazu kommen, dass explizit DDR-bezogene Lehrveranstaltungen gänzlich verschwinden. Dafür, die DDR in keinem relevanten Umfang mehr als eigenständigen Gegenstand in der akademischen Lehre zu vermitteln, war sie denn doch nicht unwichtig genug: das Kaiserreich oder die Weimarer Republik etwa sind auch sowohl integrierte Gegenstände übergreifender Lehrveranstaltungen wie separierte Gegenstände eigenständiger Lehrveranstaltungen.., (ebenda).

Wie die Nachfolgestudie ergab, hatte sich zwei Jahrzehnte nach der Überwindung der SED-Diktatur und deutschen Teilung das Interesse an der DDR und den ostdeutschen Entwicklungen nach 1990 in der akademischen Lehre auf einem mittleren Stand stabilisiert, wenngleich es auf einem höherem Niveau angesiedelt war als in den Jahren 1990 bis 2000 (Hüttmann 2010).

So zeigte die Themenkarriere der DDR in der akademischen Lehre im zweiten

Untersuchungszeitraum eine größere Ausgeglichenheit als noch im ersten Jahrzehnt nach der deutschen Einheit. Insgesamt wurden 2010 1.410 Lehrveranstaltungen recherchiert, während es in der Vorgängerstudie des Jahres 2001 1.476 Lehrveranstaltungen waren. So ließ sich schätzen, dass die damalige Hochrechnung von ca. 3.700 Vorlesungen bzw. Seminaren zu DDR-/Ostdeutschland-Themen auch für den Zeitraum von 2000-2010 angemessen sein würde, was eine Zahl – ebenso als Hochrechnung – von ca. 7.500 DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen bundesweit für den Zeitraum 1990-2010 ergeben würde.

Die DDR als Gegenstand akademischer Lehre zwischen 2000 und 2010 Themenkarriere 1990-2010

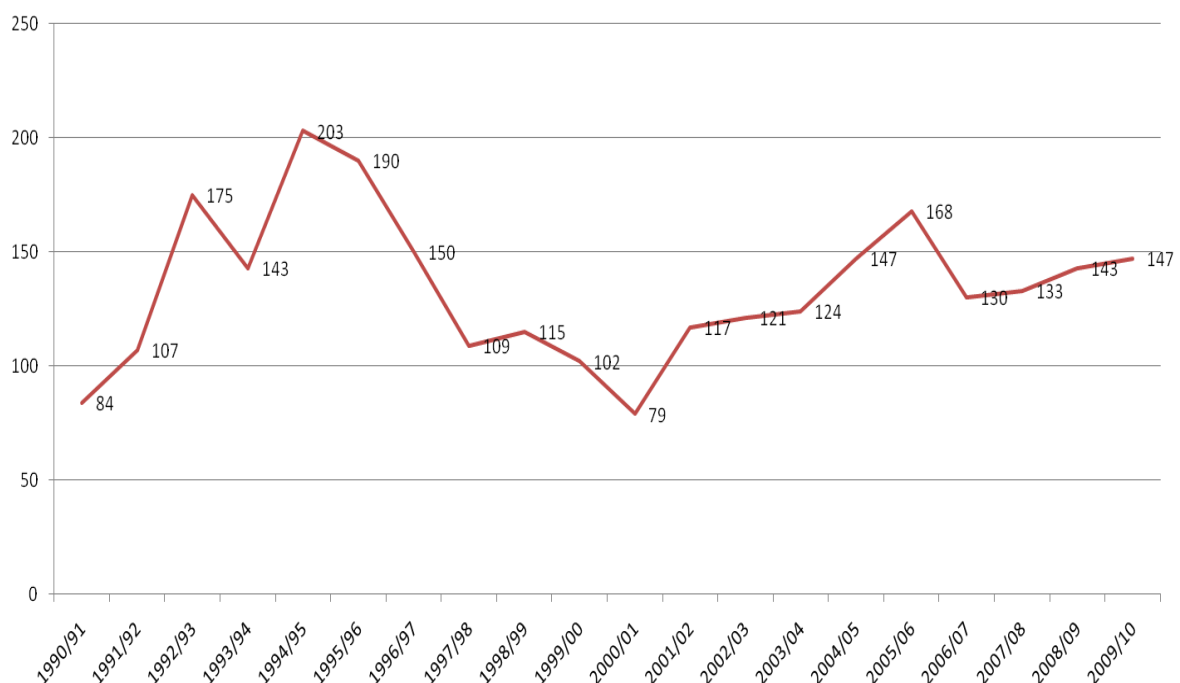


Abb. 2: Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot 1990-2010: Anzahl der Lehrveranstaltungen ermittelt für 12 exemplarische Universitäten (Themenkarriere, Tiefenprüfung).⁵

⁵ Vgl. – wie bereits oben im Text vermerkt – Hüttmann 2010.

4.2. Verteilung

4.2.1. Quantitative Entwicklung im Zeitverlauf der Hochschulen des Landes Brandenburg 2002-2010

Damit lässt sich schließen, dass Brandenburg im Zeitraum 2002 bis 2010, was die quantitative Präsenz von DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen betrifft, einen Platz in der Spitzengruppe deutscher Universitäten einnimmt, da die Ergebnisse der Studie von 2010 nahelegen, dass sich der 2001 identifizierte Trend von 2000 bis 2010 im bundesweiten Maßstab fortgesetzt, also auf einem mittleren Niveau stabilisiert hat.

Im Vergleich zum dargestellten bundesweiten Trend fanden in Brandenburg deutlich mehr Vorlesungen und Seminare statt.

Speziell für die Universität Potsdam kann festgehalten werden, dass sie sich mit insgesamt 446 Lehrveranstaltungen zwischen 2002 und 2010 durchaus mit dem Spitzenreiter der Untersuchung von 2001, der Humboldt-Universität zu Berlin, messen lassen kann. Die HU Berlin kam zwischen 1990 und 2000 auf insgesamt 657 Lehrveranstaltungen (Pasternack 2001, S. 29), wobei zu bedenken ist, dass damit vier Semester mehr erfasst wurden, als für die Universität Potsdam, an der für das Jahr 2010 nur das Sommersemester erfasst wurde.

Abb. 4 zeigt den Verlauf für die Europa-Universität Viadrina, die stärkere Schwankungen besitzt als die Universität Potsdam. Jedoch liegt selbst der niedrigste Wert von 8 recherchierten Veranstaltungen im Jahr 2003 im bundesweiten Vergleich noch im Mittelfeld, während der Höchstwert von 31 recherchierten Veranstaltungen im Jahr 2005 der Viadrina im Vergleich eine Spitzenposition verschafft.

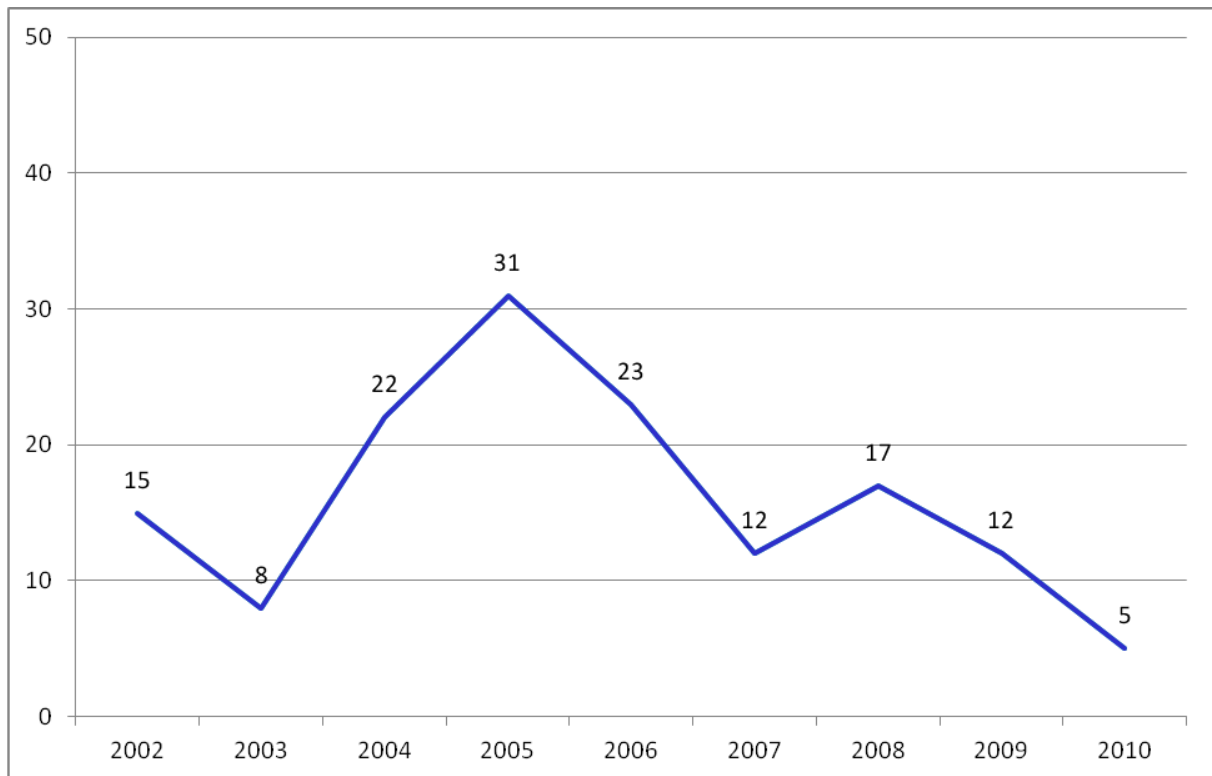


Abb. 3: Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot der Europa-Universität Viadrina 2002-2010 (Themenkarriere, Tiefenprüfung)⁶

4.2.2. Die bundesweite Totalerhebung 2000/01 im Vergleich mit den Hochschulen Brandenburgs 2002 bis 2010 (exemplarische Entwicklung)

Verglichen mit der Rangliste der Hochschulen im Rahmen der Totalerhebung 2000/2001 zeigt sich, dass die Universität Potsdam mit ihrem Lehrangebot in den Jahren 2002 bis 2010 einen Spitzenplatz einnimmt. Spitzenreiter war seinerzeit die Freie Universität Berlin (18 Lehrveranstaltungen), gefolgt von der Humboldt-Universität zu Berlin (14 Lehrveranstaltungen) und der Universität Leipzig (10 Lehrveranstaltungen) (vgl. Pasternack 2001, S. 33, Tab. 4).

⁶ In der ursprünglichen Version des vorgelegten Gutachtens war leider eine fehlerhafte Grafik für die Viadrina eingefügt worden. Vgl. mein Hinweis in der EK-Sitzung am 4.11.2011. Abb. 4 zeigt nun die korrekte Darstellung der Themenkarriere an der Viadrina.

4.2.2. Die bundesweite Totalerhebung 2000/01 im Vergleich mit den Hochschulen Brandenburgs 2002 bis 2010 (exemplarische Entwicklung)

Verglichen mit der Rangliste der Hochschulen im Rahmen der Totalerhebung 2000/2001 zeigt sich, dass die Universität Potsdam mit ihrem Lehrangebot in den Jahren 2002 bis 2010 einen Spitzenplatz einnimmt. Spitzenreiter war seinerzeit die Freie Universität Berlin (18 Lehrveranstaltungen), gefolgt von der Humboldt-Universität zu Berlin (14 Lehrveranstaltungen) und der Universität Leipzig (10 Lehrveranstaltungen) (vgl. Pasternack 2001, S. 33, Tab. 4).

Auf eine in der Regel höhere Trefferquote kam die Universität Potsdam – und ähnliches gilt abgeschwächt auch für die Europa-Universität Viadrina.

Jahr (Sommer- und Wintersemester zusammengefasst)	Universität Potsdam 2002-2010	Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder 2002-2010	Brandenburg 2002-2010
2002	36	15	51
2003	55	8	63
2004	49	22	71
2005	48	31	79
2006	53	23	76
2007	49	12	61
2008	61	17	78
2009	58	12	70
2010	37	5	42
Gesamt	446	145	591

Tab. 2: Recherchierte Lehrveranstaltungen für die Universität Potsdam und die Europa-Universität

Der niedrigste Wert, der für die Universität Potsdam gemessen wurde, lag bei 16 Lehrveranstaltungen im Sommersemester 2005. Dies wäre ausreichend gewesen, um bei der bundesweiten Untersuchung den zweiten Platz einzunehmen. Überraschend ist aber der Höchstwert, der für das Sommersemester 2010⁸ ermittelt werden konnte, als sage und schreibe 37 Lehrveranstaltungen stattfanden, also der doppelte Wert des Spitzenreiters von 2000/2001.

Auch die Europa-Universität Viadrina befindet sich – im Rahmen ihres Schwerpunkts mit Lehrveranstaltungen mit MOE-Bezug – mit der Anzahl recherchierter Lehrveranstaltungen in der Spitzengruppe. Hier lag der niedrigste Wert bei jeweils vier Lehrveranstaltungen im Sommersemester 2003 und im Wintersemester 2003/2004, ein Platz im oberen Mittelfeld, wenn die Ergebnisse der Totalerhebung von 2000/2001 zugrunde gelegt werden. Der Höchstwert des Sommersemesters 2005 mit 20 nachweisbaren Lehrveranstaltungen hätte hingegen 2000/2001 den Spitzenplatz eingenommen, lässt man in diesem Fall die Recherche für die Universität Potsdam außen vor.

Selbst bei großzügig bemessenen Abweichungen und Fehlertoleranzen lässt sich somit festhalten: Wenn es neben Berlin eine Region in Deutschland gibt, in der ein großes quantitatives Angebot an Vorlesungen und Seminaren zur DDR-Geschichte existiert, dann ist es das Land Brandenburg. Die Defizite im DDR-bezogenen Lehrbereich sind sehr viel stärker in den westlichen Bundesländern zu finden. Abb. 5 zeigt, dass im Vergleich mit dem bundesweiten Trend beide Universitäten zusammen gerechnet eine hohe Zahl DDR-bezogener Lehrveranstaltungen angeboten haben.

⁷ Tabelle 2 wurde korrigiert. In der ursprünglichen Version des Gutachtens vom 7.10.2011 hatte sich ein Fehler eingeschlichen, da es sich bei den Zahlen in der entsprechenden Zeile für die Universität Potsdam bereits um die addierten Summe der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina gehandelt hatte. Für die Viadrina waren die korrekten Zahlen angegeben, die in der Spalte für das Land Brandenburg wiederum addiert wurden. Entscheidend ist aber, dass die in der ursprünglichen Tabelle wie auch an anderer Stelle im Gutachten angegebenen Gesamtzahlen korrekt waren und das zentrale Untersuchungsergebnis von dem Zahlendreher unberührt blieb: Insgesamt konnten für den gewählten Untersuchungszeitraum 591 Lehrveranstaltungen recherchiert werden. Mit Dank an den Grünen-Abgeordneten Vogel für den Hinweis auf der Sitzung am 4.11.2011.

⁸ In der ursprünglichen Version wurde das Jahr 2008 genannt, es handelt sich aber gemäß der Tab. 2 um das Jahr 2010, in das nur das Sommersemester 2010 eingeflossen war.

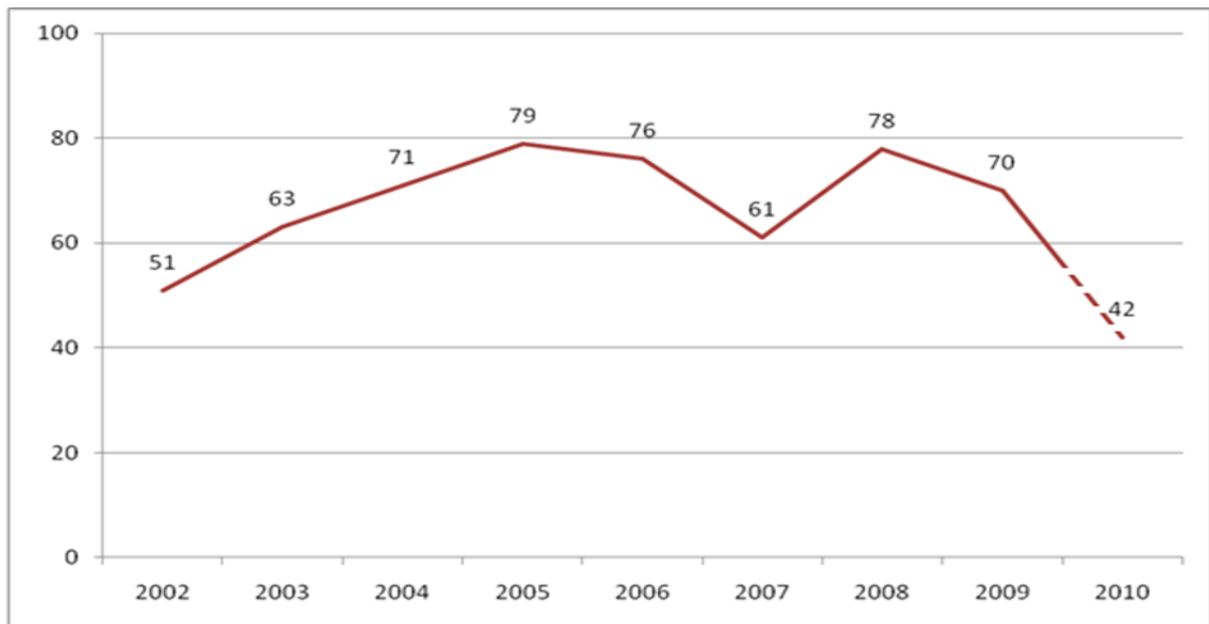


Abb. 4: Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot beider Universitäten 2002-2010
(Themenkarriere, Tiefenprüfung)

5. Untersuchungsergebnisse II: Inhaltliche Daten: Das DDR-Angebot in den Curricula an den Hochschulen.

5.1. Auswertung nach Fächerzugehörigkeit

Wie verteilen sich die vielen Lehrveranstaltungen der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina zur DDR-Geschichte beziehungsweise des Einheitsprozesses und dessen Auswirkungen in Ostdeutschland nach 1990 auf die einzelnen Fächer? In der Studie von 2001 (Pasternack 2001, S. 41) hatten sich – in dieser Reihenfolge – die Fächer Geschichtswissenschaft, Germanistik, Politikwissenschaft, Soziologie und Erziehungswissenschaften als dominierend dargestellt. Sie boten seinerzeit rund 85 % (Tiefenprüfung) beziehungsweise 78 % (Totalerhebung) aller Lehrveranstaltungen an.

Zu ähnlichen Ergebnissen kam die Nachfolgestudie von 2010 (Hüttmann 2010): Hier lag die Geschichtswissenschaft mit 29 % auf dem ersten Platz, gefolgt von der Germanistik (21 %) und Politikwissenschaft/Soziologie (zusammen gerechnet 20 %). Dahinter lagen die Erziehungswissenschaft (11 %) und die Theologie/Religionswissenschaft mit 6 % (vgl. Abb. 6).

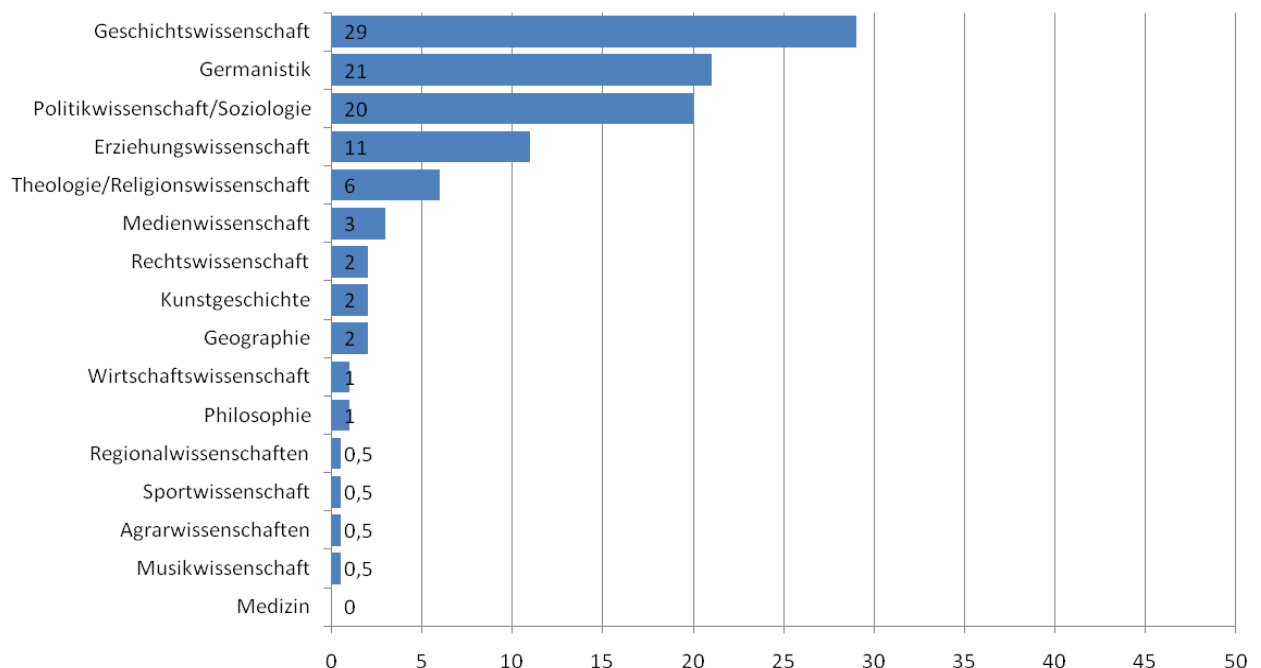


Abb. 5: Fächerhäufigkeit Tiefenprüfung 2000-2010

Wie sieht die Situation für die Erhebung an den Brandenburger Hochschulen aus? Zu bemerken ist, dass die beiden dominierenden Universitäten in Potsdam und Frankfurt/Oder sehr unterschiedlich organisiert und strukturiert sind. Während die Universität Potsdam das angesichts ihrer Größe übliche Studiengangsangebot vorweisen kann, existieren an der Europa-Universität Viadrina drei Fakultäten, die jeweils in unterschiedlich viele Bereiche gegliedert, und an die wiederum unterschiedlich viele Professuren gebunden sind.⁹ Diese Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter bieten Lehrveranstaltungen an, die teilweise in mehreren Studiengängen gleichzeitig angeboten werden. Diese Vernetzung existiert in dieser Form an der Universität Potsdam nicht.

In dem hier verfolgten Zusammenhang ist an der Viadrina die kulturwissenschaftliche Fakultät von besonderem Interesse. Sie gliedert sich in vier Bereiche, nämlich „Vergleichende Sozialwissenschaften,, (zehn Professuren), „Kulturgeschichte" (acht Professuren), „Literaturwissenschaften,, (vier Professuren) sowie „Sprachwissenschaften,, (drei Professuren). Ausschließlich an der kulturwissenschaftlichen Fakultät werden DDR- oder MOE-bezogene Lehrveranstaltungen angeboten. Aus den oben genannten Gründen empfiehlt sich eine getrennte Darstellung beider Universitäten.

Schauen wir uns zunächst die Universität Potsdam an, die, wie dargestellt, eine immense Lehrtätigkeit in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand im Zeitraum 2002 bis 2010 entfaltet hat.

⁹ Wie in der Sitzung der Enquete-Kommission am 4.11.2011 korrekt dargestellt wurde, besitzt die Europa-Universität Viadrina nur drei, nicht vier Fakultäten, wie zunächst irrtümlich im Gutachten vermerkt. Entscheidend bleibt für die Viadrina, dass allein an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät Lehrveranstaltungen angeboten werden, die zum Gegenstand des Gutachtens werden konnten.

Rang-Nr.	Fach	Anzahl der Lehrveranstaltungen	%
1.	Geschichtswissenschaft	174	41 %
2.	Germanistik	109	25 %
3.	Erziehungswissenschaft	39	9 %
4.	Sportwissenschaft	36	8 %
5.	Politikwissenschaft	32	7 %
6.	Soziologie	26	6 %
7.	Medienwissenschaft	5	1 %
8.	Rechtswissenschaft	2	0,5 %
9.	Geographie	2	0,5 %

Bemerkenswert ist der Umstand, dass die Geschichtswissenschaften in Potsdam mit 41 % aller Lehrveranstaltungen das Feld noch deutlicher dominieren, als dies in den früheren Untersuchungen der Fall war. Die Germanistik deckt mit 24 % noch fast ein Viertel des Angebots ab. Auf dem dritten Platz landen – wenn beide Fächer zusammengefasst werden – Politikwissenschaft und Soziologie mit 13 %. Angesichts der für die Universität Potsdam hohen Gesamtanzahl von Lehrveranstaltungen

Tab. 3: Fächerhäufigkeit Universität Potsdam: 446 LV

ist dies ein Hinweis darauf, dass auch Fragen und Problem der Transformation Ostdeutschlands nach 1989/1990 einen festen Platz im Lehrangebot einnehmen. Auf dem vierten Platz folgen die Erziehungswissenschaften mit 9 %, die somit auch stark vertreten sind.

Eine Überraschung, jedenfalls auf den ersten Blick, ist ein Fach, das in den bundesweiten Untersuchungen noch gänzlich marginalisiert war: die Sportwissenschaft, die mit 8 % den fünften Platz einnimmt. Jedes Semester werden sowohl überblicksartige Veranstaltungen zur deutschen Sportgeschichte, aber auch Seminare zu speziellen Themen wie etwa „Doping in der DDR“, angeboten. Die Gründe für diese erfreuliche Präsenz des Faches liegen in einer regionalen Besonderheit, nämlich in den vielfältigen Aktivitäten des Zentrums deutsche Sportgeschichte (ZdS), einem Verein, der 2004 gegründet wurde und deren Protagonisten an der Universität Potsdam regelmäßig Lehrveranstaltungen anbieten (vgl. <http://www.zentrum-deutsche-sportgeschichte.de/index.php>).

Etwa jedes vierte Semester haben die Medienwissenschaften eine Lehrveranstaltung angeboten. Die übrigen Fächer – Recht, Geografie, Philosophie, Musikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften – haben in dem untersuchten Zeitraum entweder gar nicht oder nur

vereinzelt Lehrveranstaltungen angeboten und bewegen sich allesamt unterhalb der Schwelle statistischer Wahrnehmbarkeit.

An der Viadrina ist die Lage überschaubarer, was mit der alternativen Struktur der Universität zusammenhängt: Es werden ausschließlich in der Kulturwissenschaftlichen Fakultät DDR- oder MOE-bezogene Lehrveranstaltungen angeboten. Darunter erreichten die Geschichtswissenschaft beziehungsweise die Kulturgeschichte an der Viadrina einen Anteil von 54 % an allen Lehrveranstaltungen. Die Soziologie ist ebenfalls stark vertreten mit 43 % aller Lehrveranstaltungen. Die Germanistik ist – verglichen mit Potsdam und dem Rest der Republik – mit 3 % nur schwach vertreten, was auch universitätsstrukturelle Gründe hat (vier Professuren in der Literaturwissenschaft, zehn Professuren in den vergleichenden Sozialwissenschaften).

Tab. 4: *Fächerhäufigkeit Europa-Universität
Viadrina: 145 LV*

Rang- Nr.	Fach	Anzahl der Lehrveran- staltungen	%
1.	Geschichtswissenschaft	79	54
2.	Soziologie	63	43
3.	Germanistik	3	3
Gesamt		145	100 %

Interessant bleiben sowohl an der Universität Potsdam als auch an der Viadrina neben den dominierenden Fächer auch diejenigen, in denen die DDR offenbar keine Rolle spielt. Dies gilt zum Beispiel für die Wirtschaftswissenschaften. Zwar steht außer Frage, dass das DDR-Wirtschaftssystem nur eine Negativfolie für die heutigen Verhältnisse darstellen kann. Aber trotzdem wäre die Aufklärung über die realen Bedingungen der DDR-Misswirtschaft genau deshalb von Interesse.

Eine Erklärung für die Tatsache, dass die Philosophie wiederum so gut wie gar nicht vertreten ist, bot vor einiger Zeit der damals in Leipzig lehrende (und westdeutsch akademisch sozialisierte) Ulrich Johannes Schneider, der 1996 kritisierte, dass die deutsche Universitätsphilosophie „aus einer Selbstverständlichkeit in die andere“ geraten sei, „ohne dass eine nicht bloß lokale Diskussion darüber stattgefunden hätte“ (Schneider 1996, 150, vgl. bereits Pasternack 2011, S. 42). Dass die „Veränderung von den Philosophieprofessoren schweigend akzeptiert wurde“, so Schneider resümierend, erweise „sie alle, in Ost und West, als gute Staatsbürger und disziplinierte Wissenschaftler, zu deren Wissenschaft es offenbar nicht mehr gehört, Probleme einer zwar friedlichen, aber radikalen Revolution aller Verhältnisse, gedanklich und im Hinblick auf das eigene Tun zu begleiten“ (Schneider 1996, S. 158).

5.2. Auswertung nach systematischen, chronologischen und methodischen Kriterien

5.2.1. Die DDR im Vergleich

Seit langem wird in der DDR-Forschung angemahnt, sie müsse sich in vergleichender Absicht anderen Themen gegenüber öffnen (Hüttmann 2008, S. 383 ff.). Besonders prominent war es in letzter Zeit der bereits oben erwähnte Jürgen Kocka, der sich 2003 so äußerte:

„Insgesamt ist die DDR-Forschung bei uns durch ein hohes Maß an Selbstreferenzialität und Selbstisolierung gekennzeichnet. Sie wird an wissenschaftlicher und intellektueller Relevanz gewinnen, je mehr es gelingt, ihre Fragen und Antworten mit anderen Erinnerungs- und Forschungsbereichen in Verbindung zu setzen, mit den großen Fragen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts – sei es vergleichend, sei es durch Verflechtungsgeschichte, sei es auf andere Weise. ... Das wird ihr umso besser gelingen, je mehr sie über den Rand des eigenen Tellers hinausblickt und Anschluss an die großen wissenschaftlichen und intellektuellen Fragen der Zeit findet.“ (Kocka 2004, S. 124).

Forschungsstrategisch sind klassisch der deutsch-deutsche Vergleich sowie eine integrierte Betrachtung der DDR als Bestandteil des kommunistischen Machtblocks. Aber wie bildet sich dies in der akademische Lehre in Brandenburg ab? 2001 wurde im Rahmen der bundesweiten Untersuchung gezeigt, dass die DDR mit ca. 60 % mehrheitlich als separierter Gegenstand gelehrt wird, während 25 % der Lehrveranstaltungen nachweisbar waren, in der ein deutsch-deutscher Vergleich betrieben wird. Der Vergleich mit Mittelost- oder Osteuropa war mit 3 % deutlich unterrepräsentiert. 12 % der Vorlesungen und Seminare widmeten sich MOE-Themen allein (Pasternack 2001, S. 44).

Inwieweit die DDR im Vergleich als Lehrgegenstand in den recherchierten Lehrveranstaltungen behandelt wurde, untersuchte auch die Studie von 2001. Drei Schwerpunkte wurden untersucht:

- 12,5 % der Lehrveranstaltungen verglichen die Bundesrepublik vor 1989 beziehungsweise die westlichen Bundesländer nach 1989 mit der DDR beziehungsweise mit den östlichen Bundesländern
- 1,8 % der Lehrveranstaltungen verglichen den Nationalsozialismus mit der DDR

- 0,5 % der Lehrveranstaltungen verglichen die DDR mit anderen ehemals sozialistischen Staaten.

Der niedrige Wert für den Vergleich mit anderen sozialistischen Staaten war insofern überraschend, da ihm seit langer Zeit aus forschungsstrategischer Sicht viel wissenschaftliches Erkenntnispotential zugebilligt wird:

„Das Problem der Zeitverschiebung entfällt weitgehend. Man hat es mit den gleichen weltpolitischen Rahmenbedingungen und mit Zeitgenossenschaft zu tun. Der Ausgangspunkt der politischen Determinanten des Herrschaftssystems ist ähnlich oder gleich und innerhalb dieser in Grundzügen vorgegebenen gleichen Rahmenbedingungen kann man dann sehr viel besser die Besonderheiten, die Wirksamkeit nationaler Traditionen, die Möglichkeiten und Spielräume nationaler und gruppenbezogener Akteure erfassen. Diese Forderung nach Vergleichen mit osteuropäischen Ländern wird ebenso oft erhoben wie selten realisiert.“
(Kleßmann in Deutscher Bundestag 1999, S. 133)

Der vergleichenden Betrachtung der DDR bzw. Ostdeutschlands mit anderen Ländern bzw. Systemen kommt ähnlich wie in der Forschung im Land Brandenburg eine zunehmend größere Bedeutung zu (vgl. für die Aktivitäten des ZZF und des MGFA Hüttmann 2008, S. 336 ff). Dies gilt auch für die fortschreitende Integration des Themas in allgemeine und vergleichsweise neue Frage- und Problemstellungen wie Generationengeschichte oder Gedächtnisgeschichte. Der Vergleich nach MOE ist systematisch in der Viadrina verankert. Für beide Universitäten konnten folgende Daten ermittelt werden:

- Eine integrierte Teilungsgeschichte beziehungsweise der Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern ist Gegenstand von etwa einem Fünftel aller recherchierten Lehrveranstaltungen (21 %).
- Ein hoher Wert konnte für den Vergleich zwischen DDR und anderen (früheren) sozialistischen Staaten festgestellt werden (19 %).
- Der Vergleich zwischen Nationalsozialismus und DDR spielt eine eher untergeordnete Rolle. 25 der recherchierten Veranstaltungen widmeten sich dem Thema (5 %).

5.2.2. DDR-Geschichte bis 1989 und Geschichte Ostdeutschlands nach 1990

Nach 1990 kam es innerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR zu einem Forschungsboom. Seit dem Ende der deutschen Teilung wurden einer Schätzung zufolge mindestens 1.600 Forschungsprojekte an Universitäten und einigen außeruniversitären Forschungsinstitutionen durchgeführt. Viele neue Forscher wendeten sich dieser „Bonanza der deutschen Zeitgeschichtsforschung,, (Hans-Peter Schwarz) zu. Gleichzeitig wurde das Transformationsgeschehen in Ostdeutschland zu einem beliebten Forschungsgegenstand.

Die Ergebnisse der Untersuchung von 2001 (Pasternack 2001, S. 46) zeigen, dass diese Entwicklung auch in den universitären Lehrangeboten ihren Niederschlag fand. Seinerzeit lagen Politikwissenschaft und Soziologie zusammen mit 30 % aller Lehrveranstaltungen vor der Geschichtswissenschaft mit 26 %, womit ein Hinweis darauf gegeben war, dass die Transformation Ostdeutschlands von einer Diktatur in eine Demokratie einen deutlichen Anteil in der akademischen Lehre besaß.

Prozentual war die DDR zu 65 % als historischer Gegenstand Teil der Lehrveranstaltungen, während mit 26 % Transformationsgeschehen das Thema war. Dies geschah vor allem im Sinne einer sozialwissenschaftlichen Gegenwartsanalyse, wenngleich auch Veranstaltungen aus der Germanistik recherchiert wurden, in denen etwa die literarische Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Umbruch gelehrt wurde.

Für Brandenburg lässt sich ein ähnlicher Trend – wenngleich auf einem höheren Niveau angesiedelt – zeigen, denn 69 % aller Lehrveranstaltungen behandeln die DDR als historischen Gegenstand, während 31 % sich dem Transformationsgeschehen widmen (vgl. Abb. 7).

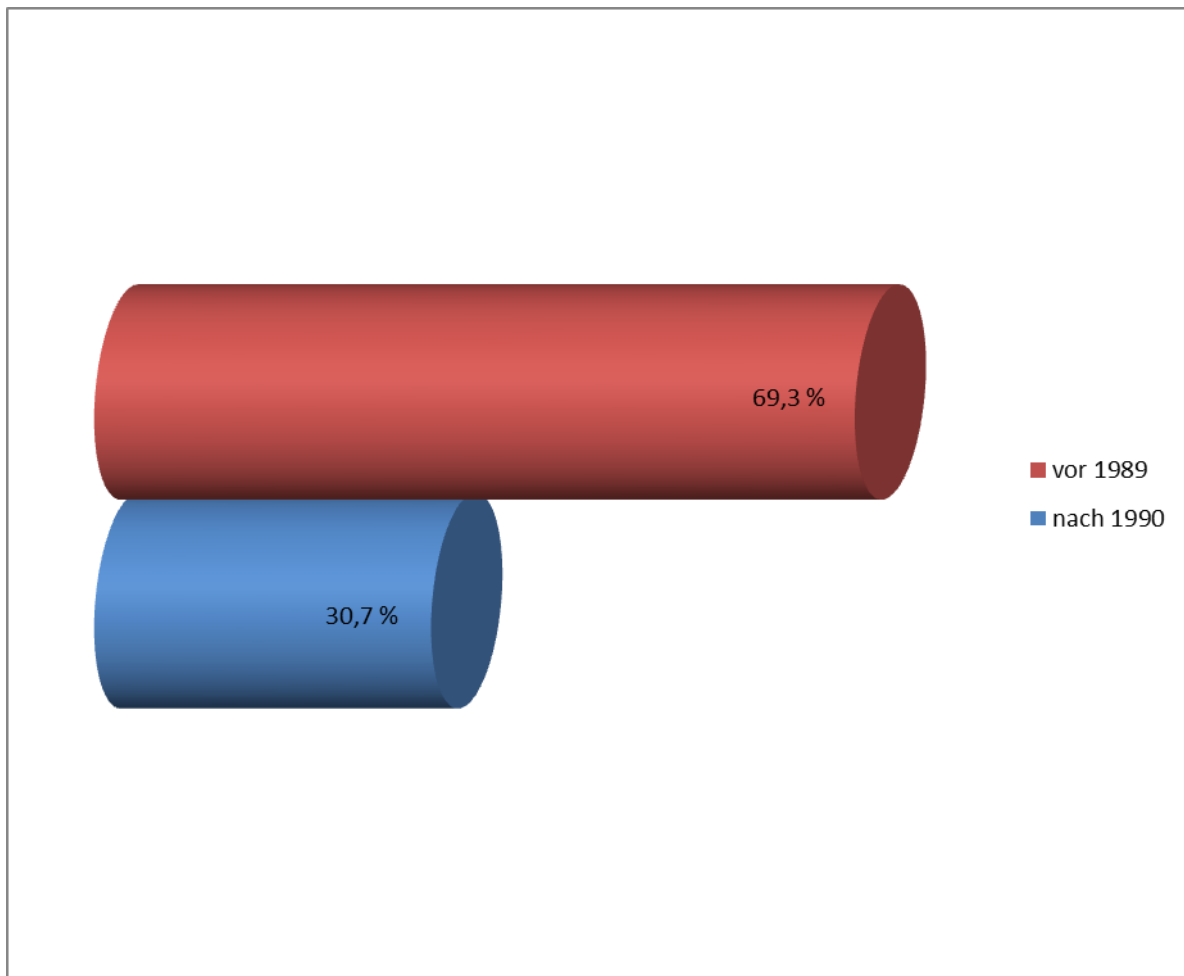


Abb. 6: Recherchierte Lehrveranstaltungen vor und nach 1989 im Vergleich

Es ergibt sich ein Kontrast, wenn die MOE-bezogene Hochschullehre betrachtet wird. Schon bei Pasternack (2001, S. 47) ließ sich konstatieren, dass nur 33 % aller recherchierten Lehrveranstaltungen sich mit historischen Themen, dafür aber 67 % mit Gegenwartsanalysen beschäftigten. Dies gilt auch für die beiden hier untersuchten Universitäten. Dazu passt, dass dieser Zusammenhang auch in den Forschungen zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Osteuropa beobachtbar ist, wie die einschlägige Bibliographie zum Thema zeigt (Pasternack 1999). In Brandenburg liegt das Verhältnis bei 50/50.

5.2.3. DDR-Geschichte im zeitlichen Kontext

Ulrich Mählert (1999) analysierte für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags die Schwerpunkte in der Forschung zu einzelnen Phasen der DDR-Geschichte. 25 % nahmen den

gesamten Zeitraum der DDR in den Blick. Ebenfalls 25 % der Projekte erforschten die Zeit vor dem Mauerbau, wobei hier eine Dominanz von Forschungen zur Diktaturdurchsetzung in den Jahren 1945 bis 1952 feststellbar war. 20 % befassten sich mit den 1970er und 1980er Jahren, mit einem Schwerpunkt auf der Zeit der friedlichen Revolution und deutschen Einheit 1989/1990. Auffällig hingegen war demnach die nur geringe Aufmerksamkeit für die 1960er und 1970er Jahre.

Inwieweit wird dieser Befund auch in den Lehraktivitäten widergespiegelt? Zunächst wiederum zur bundesweiten Analyse von 2001. Bereits dort war seinerzeit auffällig, dass Vorlesungen und Seminare sehr viel weniger als Forschungsprojekte eindeutig einzelnen zeitlichen Phasen zu zuordnen sind. 2001 waren nur 31 % aller Vorlesungen und Seminare zeitlich genau spezifizierbar. Dies hängt mit den besonderen Anforderungen universitärer Lehre zusammen, die nicht zuletzt aus curricularen und didaktischen Gründen die Themen eher problemzentriert als zeitlich spezifiziert behandeln (also zum Beispiel zu Themen wie „Militär in der DDR“ oder „Jugend in der Diktatur“).

Mählerts Auswertung zeigte, dass 30 % der Forschungsprojekte zur DDR sich dem gesamten Zeitraum widmeten. Bei den Lehrveranstaltungen waren es 69 %, insgesamt 478 Vorlesungen und Seminare, gewesen (Pasternack 2001, S. 48). Ein Vergleich der Angaben zur Forschung und den recherchierten Lehrveranstaltungen ergab, dass die Aufmerksamkeit für die zeitlichen Abschnitte der DDR-Geschichte in Forschung und Lehre in den 1990er Jahren ähnlich verliefen.

Für die Universität Potsdam und die Europa-Universität Viadrina waren rund 40 % der recherchierten Veranstaltungen zeitlich spezifizierbar. Unter dem Aspekt, welche Phasen der ostdeutschen Nachkriegsgeschichte mehr oder weniger Interesse finden, ist festzuhalten, dass in Brandenburg mit 35 % die Gesamtschau auf die DDR dominiert, während die Betrachtungen einzelner Jahrzehnte sich mit je ca. 10 % ausgeglichen darstellt: Die Jahre der Transformationsphase seit 1989, die SBZ-Jahre 1945-1949 und die 1950er Jahre. Etwas weniger intensiv finden sich in der akademischen Lehre die 1960er, 1970er und 1980er Jahre berücksichtigt.

5.3. Auswertung nach thematischen Kriterien: Häufigkeitsauswertung der Hauptschlagworte

Die recherchierten Lehrveranstaltungen wurden darüber hinaus nach Themenbereichen verschlagwortet. Dies geschah mit dem Ziel, neben der Bedeutung des Themas selbst innerhalb der akademischen Lehre, der Fächerpräsenz sowie chronologischen und methodischen Gesichtspunkten auch inhaltliche Schwerpunkte und Trends näher bestimmen zu können. Die Schlagworte wurden im Rahmen einer zweistufigen Liste vergeben (vgl. dazu die Schlagwortliste im Anhang, Anlage 1 und 2).

Auf ein methodisches Problem sei an dieser Stelle hingewiesen: Manche Titel von Lehrveranstaltungen bieten keinen Hinweis darauf, welches Thema konkret behandelt wurde. Ein Seminar etwa mit dem Titel „15 Jahre deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz“ weist die Veranstaltung zwar eindeutig als für das Gutachten einschlägig aus, bietet jedoch keine weitere inhaltliche Spezifikation. Somit konnten keine inhaltserschließenden Schlagworte wie etwa „Politisches System“ oder „Wirtschaft/Wirtschaftspolitik“ vergeben werden.

Im Folgenden wird zunächst die Häufigkeitsanalyse Brandenburgs vorgestellt und zur früheren bundesweiten Untersuchung in Beziehung gesetzt.

Für die Häufigkeitsanalyse wurden kein, ein oder auch mehrere Schlagworte vergeben. Aus diesem Grund ergibt sich eine Summe von 703 Hauptschlagwortzuweisungen, obwohl die Anzahl der Lehrveranstaltungen nur bei 591 lag. Dieses Verfahren ist deshalb gerechtfertigt, da die entscheidende Frage lautet, welche Themen in der akademischen Lehre viel, und welche wenig Aufmerksamkeit erhalten. So wurden die 703 Zuweisungen gleich Hundert gesetzt und die einzelnen Anteile entsprechend ausgewiesen.

In bundesweiter Perspektive galt vor zehn Jahren (Pasternack 2001, S. 52 f.), dass an der Spitzenposition mit 24 % aller Lehrveranstaltungen das Thema ostdeutsches Kulturleben beziehungsweise die DDR-Kulturpolitik lag, was wiederum unter anderem mit dem hohen Anteil (19 %) an Veranstaltung in der Germanistik zusammenhing.

Dahinter lag seinerzeit das Themenfeld „Politisches System/Verwaltung“ mit 22 %, was die Felder der Außenpolitik, des Rechtssystems, der Geschichte der SED, Blockparteien und Massenorganisationen, der Repressionsinstrumente wie MfS und Polizei, der Militär- und

Verteidigungspolitik sowie der Medienpolitik umfasst.

Sozialgeschichtliche Themen und das Verhältnis von Herrschaft und Alltag nahmen vor zehn Jahren den dritten Platz mit 15 % ein, dahinter folgten Lehrveranstaltungen zum Bildungssystem mit 10 %, zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik mit 6 % und dem Themenfeld „Wirtschaft/Wirtschaftspolitik“ mit ebenfalls 6 %.

Diskutiert wurde nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des Zeitraum 1990 bis 2000, worin die Gründe für den offenbar nur geringen Stellenwert des Themas „Opposition“ liegen, das seinerzeit nur 3 % aller Lehrveranstaltungen ausmachte. So hatte bereits Kowalczyk (1999, S. 113) während der Bundestags-Enquete-Verhandlungen kritisiert, dass Opposition, Widerstand und Repression nicht zu den zentralen Gegenständen der Lehre an den deutschen Hochschulen zählten:

„Das ... Monitum von Kowalczyk, Opposition, Widerstand und Repression zählten nicht zu den zentralen Gegenständen der Lehre an den deutschen Hochschulen, ist nun empirisch bestätigt worden: 60 Lehrveranstaltungen zum Thema Opposition und Widerstand ... sind in der Tat kein Ausweis von Zentralität im Lehrangebot. Erhärtet wird dies für den dritten Aspekt aus Kowalczyks Aufzählung – die Repression – ... : Das Schlagwort „MfS/Polizei“ konnte nur 12 Lehrveranstaltungen zugewiesen werden.“ (Pasternack 2001, S. 55).

Die spannende Frage hinsichtlich dieser Ergebnisse ist, ob sich die Gegenstandsbereiche der Lehrveranstaltungen der Jahre 2002 bis 2010 im Land Brandenburg nennenswert unterscheiden, oder ob hier ähnliche Schwerpunkte gesetzt wurden.

Die Betrachtung der inhaltlichen Themen, die in den Vorlesungen und Seminaren behandelt werden, ergeben vor allem Kontinuitäten zu den Ergebnissen des ersten Untersuchungszeitraums, wenn auch sichtbar wird, dass fachkulturelle Entwicklungen in der DDR-bezogenen Forschung Niederschlag in der Hochschullehre gefunden haben: Herrschafts- und Organisationsgeschichte liegen auf einer Ebene wie die Sozialgeschichte der DDR. Deutlich zugenommen haben Lehrveranstaltungen, die einen Gesamtüberblick über 40 Jahre DDR-Geschichte liefern.

An der Spitze rangieren Lehrveranstaltungen zum politischen System (22%) sowie zu

Themen der Sozialgeschichte und des Alltags (21 %). Es folgen mit 18 % Veranstaltungen zum ostdeutschen Kulturleben/-politik.

Das Themenfeld Kulturleben und Kulturpolitik wird zu mehr als drei Vierteln von der DDR-Literatur besetzt. Die übrigen Veranstaltungen haben Theater, Spielfilm, Bildende Kunst und Architektur/Städtebau zum Thema.

Innerhalb der Veranstaltungen zum politischen System der DDR finden die Außenpolitik, die Staatssicherheit, das Rechtssystem der DDR und die DDR-Massenmedien sowie Militärgeschichte, auch die SED, die Massenorganisationen und die Blockparteien gleichmäßige Aufmerksamkeit.

Das Thema Sport steht mit 8 % an vierter Stelle, was vor allem – wie oben erwähnt – mit dem an der Universität Potsdam ansässigen Zentrum deutsche Sportgeschichte zusammenhängt. Aber auch an anderen Instituten und Fakultäten werden sportspezifische Lehrveranstaltungen angeboten. Dahinter folgt das Bildungswesen (6 %).

Opposition, Widerstand und Repression zählen erneut nicht zu den zentralen Gegenständen der Lehre an den untersuchten Hochschulen: 4% der Lehrveranstaltungen seit 1990 galten diesen Themen. Ähnlich schneiden die Geschlechterverhältnisse (3,5 %), Sozial- (3 %), Wirtschafts- (3 %) und Geschichtspolitik sowie Kirchen/Religion ab (2,5 %) (vgl. Tab. 4).

Es stellt sich die Frage, warum Themen wie Opposition und Repression weiterhin offenbar keine große Rolle in der akademischen Lehre einnehmen, auch nicht in vergleichender Hinsicht.

Als Erklärung denkbar sind erstens hochschulspezifisch-systematische Gründe, die nichts mit Vorbehalten oder Ähnlichem gegenüber dem Inhalt an sich zu tun haben. Denn Lehrende an der Universität neigen dazu, und sind zum Teil auch dazu aufgefordert, in ihren jeweiligen Seminaren und Vorlesungen den Studierenden Überblickswissen zu vermitteln. Ein Thema wie Opposition, Widerstand und Repression erscheint vor diesem Hintergrund womöglich als zu kleinteilig. Allerdings wäre es leicht vorstellbar, mithilfe eines vergleichenden Ansatzes die Reichweite dieses für die Auseinandersetzung mit einer Diktatur wichtigen Themas beträchtlich zu erhöhen.

Zweitens laufen auch Rufe nach Lehrschwerpunktsetzungen ins Leere, da die Forderung nach standardisierten Lehrinhalten immer der Gefahr ausgesetzt ist, die grundsätzlich anerkannte Lehrfreiheit zu unterhöhlen. Schon jetzt mehren sich seit einiger Zeit in der Hochschulforschung und an den Universitäten selbst vielerorts die Stimmen, da viele Wissenschaftler argumentieren, dass die im Zuge der Bachelor- und Masterreform verstärkte Modularisierung die Lehrfreiheit vor Herausforderungen stellt, die geeignet sind, sie abzuschaffen.

Tab. 5: Häufigkeitsauswertung der Hauptschlagworte

	Hauptschlagwort	Anzahl der Schlagwort-zuweisungen*	%
1.	Politisches System/Verwaltung	156	22 %
2.	Sozialgeschichte/Alltag	149	21 %
3.	Kulturleben/-politik	128	18 %
4.	Freizeit/Sport	57	8 %
5.	Bildungswesen	43	6 %
6.	Opposition	29	4 %
7.	Geschlechterverhältnisse	25	3,5 %
8.	Sozialpolitik / Gesundheitspolitik	22	3 %
9.	Wirtschaft/Wirtschaftspolitik	21	3 %
10.	Geschichtspolitik	17	2,5 %
11.	Religion/Kirchen	17	2,5 %
12.	Wissenschaftsgeschichte/-politik	14	2 %
13.	Ideologie	10	1,5 %
14.	Ökologie/Umweltpolitik	8	1 %
15.	Ländliches Leben	4	0,5 %
16.	Entnazifizierung/Antifaschismus	3	0,5 %
	Summe	703	100

* Tiefenprüfung

6. Untersuchungsergebnisse III: Die universitäre Erneuerung unter dem Aspekt der personellen Situation der Lehrerbildung und den Lehrerfortbildungsangeboten des Landes Brandenburg

6.1. Evaluierung der Lehrkräfte nach 1990

Laut einer Statistik der BStU wurden von 1991 bis 1995 rund 1,6 Millionen Anträge auf Überprüfung von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gestellt. Von diesen wurden rund 80 % bearbeitet, und bei 5,8 % der Überprüften Hinweise auf eine Stasitätigkeit festgestellt. Andere tauchen in der Statistik wegen Rente, Frührente, Beurlaubung oder freiwilligem Rückzug aus dem Öffentlichen Dienst nicht auf (von Plato 1999, S. 318). Die Belastungsquote innerhalb des Lehrpersonals lag demnach je nach Bundesland bei ca. 2,5-5 % und der Anteil der tatsächlich entlassenen bei 1 %. Für die Abwicklung von Lehrpersonal mussten eine weitgehend hohe Parteifunktion sowie der Missbrauch der eigenen Stellung nachgewiesen werden (Webler 1992, S. 54). Explizite staatliche Vorgaben gab es jedoch nicht. Von Plato (1999, S. 322) weist daraufhin, dass im Land Brandenburg 85 % derjenigen, die nach 1989 den Staatsdienst verließen, freiwillig gingen.

Die personelle Erneuerung an den Hochschulen war ein in politisch-moralischer Hinsicht komplizierter und konfliktbeladener Prozess. Genaue institutionelle Vorgaben und Verfahrensweisen, um Belastungen einschätzen zu können, existierten nicht.

Hingegen existierten allgemeine Empfehlungen des Wissenschaftsrates; ebenso waren im Einigungsvertrag entsprechende Passagen zu finden. Die Durchführung oblag den Hochschulstrukturkommissionen. Diese schlugen die Einberufung einer Berufungskommission sowie ihre Besetzung vor. Die Landesregierung schließlich berief eine Kommission, die aus sechs Professoren bestand, von denen mindestens drei von „auswärts“ kommen mussten sowie einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und einem Studierenden (Fuchs/Reuter 1995, S. 262).

Die Kommissionen waren zuständig für die Prüfung und fachlichen und persönlichen Eignung des Lehrpersonals. Zudem existierte eine sogenannte inneruniversitäre Personalkommissionen, die ein „Führungszeugnis für die berufliche Vergangenheit als Hochschullehrer zu ermitteln und eine Prognose über die berufliche Eignung im Rahmen der künftigen Hochschulaufgaben“ (Webler 1992, S. 53) abzugeben hatte.

Einheitliche Kriterien für diese Begutachtung existierten länderübergreifend nicht, grundsätzlich aber sollte geprüft werden, ob es Konflikte im Widerspruch zur Menschenrechtskonvention der UNO von 1966 gegeben hätte (ebenda, S. 54). Dies erfolgte über die Auswertung von Fragebögen und persönlichen Gesprächen. Die zu evaluierende Person hatte das Recht auf Stellungnahme zum Gutachten sowie zur Nennung einer Person ihres Vertrauens, die an der Anhörung vor der Begutachtungskommission teilnehmen und ebenfalls ein Recht auf Stellungnahme besitzen sollte (ebenda, S. 55).

Erst wenn alle Evaluierungsprozesse durchlaufen waren und am Ende ein positives Ergebnis stand, konnte die Berufungsliste der Kommissionen an den Senat und den Landesminister weitergeleitet werden, und ein Angebot der Weiterbeschäftigung seitens des Kultusministers unterbreitet werden. Die jeweilige Fakultät und der Senat besaßen ein Recht auf Stellungnahme (Fuchs/Reuter 1995, S. 37). Bei der Abwicklung von gesamten Fachbereichen oder Hochschulen, wie beispielsweise der Pädagogischen Hochschule Potsdam, wurde das Lehrpersonal zunächst entlassen, dann geprüft und konnte sich erst nach bestandener Evaluation auf neue Stellen bewerben (Wenzel 1998, S. 240).

Wie der ehemalige Kultusminister Hinrich Enderlein betont, erfolgte die Lehrpersonal-Evaluierung in Brandenburg nach den Kriterien des Einigungsvertrages und den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Demnach errichtete man gemischte Kommissionen, führte Einzelgespräche mit den jeweiligen Personen und überprüfte deren wissenschaftliche Veröffentlichungen nach den entsprechenden Kriterien (Institut der deutschen Wirtschaft 1992, S. 27). Dies schloss eine zusätzliche Überprüfung des Lehrpersonals durch die damalige Gauck-Behörde mit ein.

Renate Mayntz merkt an, dass die Personalerneuerung in Ostdeutschland von Sparzwängen durchkreuzt wurde, sodass auch eine positive Evaluation wegen des Personalabbaus (von 1989 bis 1993 um etwa 48,8 % in Gesamtdeutschland) keine Sicherung einer Stelle im Hochschulbetrieb versprach (Mayntz 1994, S. 299 ff., S. 303).

In Brandenburg sah die Situation insofern anders aus, denn es wurde eher auf- als abgebaut. Da die Anzahl der brandenburgischen Professoren bei etwa sechzig lag, kam es in Ausnahmefällen zu internen Hausberufungen in Potsdam, beispielsweise um durch die SED

entstandene Benachteiligungen wieder gut zu machen, aber auch um einer, zwar geringen und dennoch nachweisbaren, Abwanderung von Professoren aus Berlin nach Brandenburg im Rahmen des Wissenschaftler-Integrations-Programmes vorzubeugen (Krauth/Scherer 1992, S. 203).

Zudem gab es aber vor allem auch eine große Nachfrage von Wissenschaftlern aus dem Westen: Auf sechs Lehrstühle an der neu gegründeten juristischen Fakultät Potsdam bewarben sich etwa hundert Personen aus dem gesamten Bundesgebiet. Gerade innerhalb der Erziehungswissenschaften, auch in Potsdam, kam es bei Neuberufungen in Ostdeutschland beinahe ausschließlich zur Besetzung der Stellen durch westdeutsche Professoren (Wenzel 1998, S. 240). Der akademische Mittelbau bestand durchschnittlich zu 30 % aus Westdeutschen (ebenda).

Dass an der Universität Potsdam die „Weichen in Richtung Erneuerung tatsächlich gestellt“ wurden, war die These von Manfred Görtemaker, seit 1992 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam. Er legte in seiner Funktion als Prorektor für Lehre und Studium 1995 eine 120seitige Dokumentation zur personellen Erneuerung vor, die den Zeitraum von 1991 bis 1994 umfasste (Universität Potsdam 1995). Dadurch wollte die Universität ihr Ziel verdeutlichen, dass ein hohes Maß an Transparenz im Bereich der universitären Vergangenheitsaufarbeitung unverzichtbar ist. Gegenstand von Görtemakers Analyse waren die Art und Weise der Überprüfung der Mitarbeiter. Er identifizierte gleichzeitig Leistungen, Mängel und Probleme der Erneuerung.

Anlass hierfür waren seit der Umgründung vorgetragene Vorwürfe, dass die Universität Potsdam aus DDR-Zeiten übernommenes Personal nur sehr unzulänglich oder gar nicht überprüft hätte (Kunert 1995). Görtemaker listete in seiner Dokumentation sämtliche der zur personellen Erneuerung erfolgten Maßnahmen chronologisch auf und ordnete sie thematisch zu. Im Einzelnen berücksichtigte er die Rahmenbedingungen der Gründung der Universität Potsdam, den Ist-Bestand bezüglich des Personals der jeweiligen Vorgängereinrichtungen, die Ausmaße des Personalabbaus im Zeitraum 1991 bis 1994, die Maßnahmen der Brandenburger Landeshochschulen sowie das Verhalten der Universität in der Zeit eingeschränkter Personalhoheit und danach. Abgeschlossen wurde die Expertise durch einen aktuellen Teil, in dem er den Status Quo des Personalbestands zum Zeitpunkt 31. Januar 1995 und damit die Konsequenzen der personellen Erneuerung darlegte.

Die Potsdamer Universitätszeitung bilanzierte nach der Veröffentlichung der Dokumentation, dass sie „auch nach Einschätzung bisheriger Kritiker“ eines belege: „Die Bilanz der personellen Erneuerung an der Brandenburgischen Landeshochschule und der Universität Potsdam in den Jahren 1991 bis 1994 fällt positiv aus.“ (PUTZ, 1995, S. 33).

Trotz dieser positiven Beurteilung darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die personelle Erneuerung der Universität Potsdam seit ihrer Gründung bis heute kritisiert wird (PUTZ 1994; Kunert 1995; Haase 2011; vgl. auch Hahn 1993). Kritiker waren und sind etwa die Protagonisten der Initiative „Hochschulerneuerung von innen“. Letztere wurden wiederum universitätsintern seit Anfang des Erneuerungsprozesses als „Kopffäger“ bezeichnet (PUTZ 1994).

Im Sommer 1994 fand eine Podiumsdiskussion zu Bilanz und Perspektiven des personellen Erneuerungsprozesses der Universität Potsdam statt. Als dessen Ergebnis entwickelte sich eine Debatte, die unter anderem in den Ausgaben der Potsdamer Universitätszeitung dokumentiert ist (ebenda). Beteiligte waren sowohl Lehrende und Lernende. So stellte etwa die Biologie-Studentin Heike Kunert fest: „Es war längst an der Zeit, dass sich die Universität ihrer Vergangenheit und ganz besonders der ihrer Mitarbeiter annahm. Bevor aber Vergangenheit bewältigt werden kann, muss sie aufgearbeitet werden. Das ist mit einer Podiumsdiskussion nicht getan. Auch wir Studenten sollten bestrebt sein, den Erneuerungsprozeß an unserer Uni voranzutreiben.“ (Kunert 1995, S. 34).

Görtemaker selbst listete in seiner Analyse Mängel und Probleme auf, die seiner Meinung nach von der Universität zu verantworten waren. Er verwies aber auch darauf, dass es überraschend gewesen wäre, wenn es bei der Bewältigung des Übergangs von der Diktatur in eine Demokratie, von der Pädagogischen Hochschule zur Universität Potsdam, keinerlei Fehler oder Versäumnisse aufgetreten wären.

Im Einzelnen belegte Görtemaker auf der Grundlage eines 70seitigen Quellenanhangs, dass die Potsdamer Universität nur marginal von der früheren Juristischen Hochschule des MfS in Golm oder auch der ehemaligen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Babelsberg geprägt sei, auch wenn sie deren Gebäude und Liegenschaften nutze. In Wahrheit seien beide Stützpfeiler des SED-Regimes nahezu völlig abgewickelt worden. Jedoch gelte dies nicht für

die frühere Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“, deren Personal – so das Görtemakersche Ergebnis – zu mehr als drei Viertel in die Universität Potsdam überführt worden sei.

Dies wiederum hieße aber nicht, so fuhr der Autor fort, dass der Vorwurf eines nur ungenügenden Abbaus an Personal zutreffend sei. So seien zum 30. September 1994 von ehemals im Oktober 1990 an den früheren Brandenburger Hochschulen beschäftigten 123 Hochschullehrern, 647 wissenschaftlichen Mitarbeitern und 742 Personen des nichtwissenschaftlichen Personals lediglich noch 43 Hochschullehrer, 554 wissenschaftliche Mitarbeiter und 399 Personen im Bereich des nichtwissenschaftlichen Personals beschäftigt gewesen. Bereits bei der Gründung der Universität Potsdam am 15. Juli 1991 sei die Personalreduzierung drastisch gewesen. Hinzu sei gekommen, dass zwischen 1991 und 1994 beschlossen wurde, das gesamte Pädagogische Institut der BTU Cottbus in die Universität Potsdam zu integrieren. Insofern sei die tatsächliche Reduzierungsleistung in Potsdam noch größer gewesen, als dies in den eben genannten Zahlen zum Ausdruck komme.

Bemerkenswert sei aber auch gewesen, dass es im Rahmen dieses Personalabbaus nur in Ausnahmefällen – in den anderen neuen Bundesländern sei dies anders gewesen – zu arbeitsrechtlichen Gerichtsverfahren gekommen sei. Dies führte Görtemaker auf die strikte Einzelfallprüfung zurück, in deren Rahmen die jeweiligen Personen sowohl fachlich evaluiert als auch im Hinblick auf ihre persönliche Integrität überprüft worden seien. Letztere habe vor allem aus zwei Punkten bestanden: Lag eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit vor? Hatten sich die jeweiligen Personen insofern schuldig gemacht als ihr Verhalten anderen Mitarbeitern oder Studierenden zum Schaden gereicht hatte? (vgl. Doyé/Haberland 1992, S. 27 ff. für zwei Beispiele einer Einzelfallprüfung von Lehrern).

Zudem verwies der Autor darauf, dass die ehemalige Sektion Marxismus-Leninismus der Pädagogischen Hochschule Potsdam aufgelöst wurde und Anfragen bei der damaligen Gauck-Behörde korrekt und ohne zeitlichen Verzug gestellt worden seien: Versäumnisse und Verzögerungen seien nicht der Universität anzulasten, fasste Görtemaker zusammen (Universität Potsdam 1995, S. 41 ff.; vgl. auch PUTZ 3/1995, S. 33). Zum Zeitpunkt des Erscheinungsdatums der Dokumentation über die personelle Erneuerung habe es lediglich bei vier Professoren und sechs wissenschaftlichen Mitarbeitern zu einer Entlassung geführt, da belastendes Material gefunden wurde.

Negativ zu bewerten sei jedoch, dass es zum Zeitpunkt der Evaluierungen an schriftlich fixierten Kriterien gefehlt habe, so dass es wenigstens teilweise zu Zufallsentscheidungen gekommen sei. Ebenso sei zu bemängeln, dass es bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern lediglich schematische Eignungsfeststellungen gegeben habe, die später nicht selten als fachliche Evaluierungen gedeutet worden seien.

Bemerkenswert war auch das Fazit, dass Görtemaker aus seinen Untersuchungen zog, indem er deutlich machte, dass der Prozess der personellen Erneuerung aus seiner Sicht abgeschlossen sei:

„Schon heute läßt sich absehen, daß die Probleme dieser Universität künftig weniger im Personalbereich liegen werden als vielmehr im Bereich der materiellen Infrastruktur, d.h. im Bau- und Verkehrsbereich sowie in der Versorgung mit Bibliotheken und bezahlbaren Wohnungen für Studenten.“ (Universität Potsdam 1995, S. 43 f.). Damit brachte der Autor zum Ausdruck, dass die wahren Probleme der Universität zukünftig woanders liegen würden. Wie die bis heute andauernden Debatten um die personelle Erneuerung zeigen, irrte er an diesem Punkt. Bis zum heutigen Tag gibt es entsprechende Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit an ostdeutschen Hochschulen (vgl. Hechler/Pasternack 2011).

Zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit fanden Mitte der 1990er Jahre an der Universität Potsdam in unterschiedlichen Fachbereichen weitere Veranstaltungen statt. Bärbel Bohley referierte etwa im Dezember 1994 auf Einladung der Juristischen Fakultät über das „Problem der Aufarbeitung und Wiedergutmachung der von der SED-Diktatur geschehenen Verbrechen“ (PUTZ 1995, S. 11). Stets berichtete die Universitätszeitung.

Zu bedenken ist aber, dass die „Universitätszeitungen ein Medium der Verteidigung der Universität nach außen“ darstellen: „Sichtbar wird dies vor allem bei Konfliktlagen, in denen sich die Hochschulen massiven Kritiken oder Eingriffen von außen ausgesetzt sehen. ... 1994 wehrt sich die Universität Potsdam mittels ihrer Hochschulzeitschrift gegen Vorwürfe mangelhafter Erneuerung. Spätestens 1995 gelangt die Auseinandersetzung um die Zeitgeschichte in ruhigeres Fahrwasser. ... Für die Universität Potsdam lässt sich festhalten, dass nach einer gelegentlichen Berichterstattung über den Stand des Hochschulumbaus und einigen oft selbstkritischen Rückblicken der Juristischen Fakultät auf ihre DDR-Geschichte

die zeitgeschichtliche Selbstthematisierung fast völlig verebbt.“ (Hechler/Pasternack 2011, S. 95, 98).

6.2. Lehrer-Personalüberprüfungen, das Potsdamer Modell für Lehrerbildung und Abbau der Fachdidaktiken nach 1990

Die Lehrerschaft der DDR umfasste etwa 180.000 bis 200.000 Personen, wenngleich eine zuverlässige Zahl bis heute unbekannt ist (Fahlbusch 1997). Für Brandenburg lässt sich von einer Zahl ausgehen, die etwa 35.000 Personen umfasst, wie das zuständige Ministerium in einer Pressemitteilung vom 18. Januar 1993 bekannt gab (von Roenne 1999, S. 577).

„Der Alltag der Lehrer war geprägt von den Umstellungsschwierigkeiten auf neue Lernpläne und Existenzangst um den eigenen Arbeitsplatz. Der unmittelbar nach der Wende entstandene Reformwille und der Fortbildungseifer wichen alsbald einer allgemeinen Resignation. Es fehlte an neuen Lehrbüchern (die Verwendung der alten Schulbücher wurde zum Teil untersagt), viele Lehrpläne existierten noch nicht oder ließen sich mit den bestehenden Unterrichtsmitteln nur schwer umsetzen. Zudem bedeutete die größere Freiheit in der Unterrichtsgestaltung für viele Lehrer eine enorme Umstellung.“ (ebenda; vgl. auch Fahlbusch 1997; Neumann 1997).

Für den Personalabbau generell gilt, dass sich die „Bedarfszahlen“ jeweils an den Verhältnissen in den westlichen Bundesländern orientierten, so wurde ein Stellenabbau in Ostdeutschland unumgänglich, bei den Brandenburger Lehrkräften etwa um ein Viertel (von Roenne 1999, S. 577).

„Eine rechtliche Vorgabe, alle Lehrer zu überprüfen, gab es weder in der Schlußzeit der DDR noch für die Zeit nach dem Beitritt“ (ebenda, S. 578). Die Entscheidung über eine Überprüfung (oder nicht) oblag den Ländern, was damit zusammenhing, dass die Lehrer in der DDR Angestellte waren und auch bleiben konnten. Damit unterlagen sie nicht den strengen Regelungen für Beamte, die das Grundgesetz vorgibt. „Wollten die Länder freilich Lehrer verbeamten, so musste eine Eignungsprüfung gemessen an den grundgesetzlich verankerten Anforderungen (Art. 33, Abs. 4 GG) erfolgen.“ (ebenda)

In Brandenburg wurde versucht, mit der sogenannten „80 Prozent-Lösung“ die Überprüfung, die alle Kultusminister der neuen Länder beschlossen hatten, von den Zwängen des Stellenabbaus zu befreien. Das Ministerium und die Interessenvertretungen der Lehrer, zum Beispiel die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, hatten einen Sozialpakt geschlossen, der zum einen eine Arbeitsplatzgarantie beinhaltete, zum anderen eine Stundenreduzierung von 20 Prozent vorsah (von Roenne 1999, S. 579). So sollten Kündigungen auf diejenigen Lehrer beschränkt werden, die als belastet eingestuft wurden.

Im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport war nach der deutschen Einheit ein „Referat für Vergangenheitsaufarbeitung/Förderung demokratischer Kultur“ gegründet worden, welches die Lehrerüberprüfungen koordinieren sollte (vgl. dazu aus Binnenperspektive: Doyé/Haberlandt 1992, S. 25 ff.; Peter 1997). Dem Selbstverständnis nach ging es dem Referat darum, das Nachdenken „jedes einzelnen, gleich ob Lehrer, Mutter, Vater, Schüler oder ehemalige Schülerin, über seine Rolle, die er im Volksbildungswesen der DDR gespielt hat, über den Grad der Anpassung, der Verinnerlichung der von ihm gelernten und durch ihn verbreiteten Dogmen“ zu fördern. Ziel sei die „Einübung einer demokratischen Kultur“ gewesen (ebenda, S. 26).

Mit der tatsächlichen Durchführung der Überprüfungen wurden die Schulämter beauftragt (vgl. Pädagogisches Landesinstitut 1997).

„Zweifel an der Eignung konnten sich in Brandenburg aus einer Tätigkeit als Parteifunktionär und aus der Mitgliedschaft in der Kreis- und Bezirksleitung der SED oder der FDJ (wobei die Art und Weise der Ausübung eine entscheidende Rolle spielte) ergeben. Die Funktionen des Schulleiters und Stellvertreters galten nicht als belastend. Allerdings bekamen Schulleiter Leitungsfunktionen nur dann übertragen, wenn der Kreisschulrat dies gegenüber dem Ministerium besonders befürwortete“ (von Roenne 1999, S. 580).

In einer Pressemitteilung des Ministeriums vom 18. Januar 1993 wurde bekannt gegeben, dass mittels Auflösungsvertrag 5.247 Personen zwischen dem 1. Januar 1990 und dem 1. September 1992 ausgeschieden seien, 141 davon wegen mangelnder persönlicher Eignung, 207 wegen mangelnder fachlicher Eignung und ungefähr 100 wegen ihrer im Fragebogen eingestandenen MfS-Kontakte. Danach kamen personelle Veränderungen aufgrund mangelnder persönlicher Eignung nicht mehr vor (ebenda, S. 581). Nach Anfragen an die

damalige Gauck-Behörde wurden weitere 397 Lehrer entlassen. Bei rund 3,3 % von ihnen ließen sich somit MfS-Kontakte nachweisen, von denen etwa die Hälfte im Dienst verblieb. Insgesamt waren 95 % der Lehrkräfte bereits zu DDR-Zeiten im Schuldienst.

Der zuständige Abteilungsleiter Reiner-Maria Fahlbusch stellte 1995 auf einer Tagung des Pädagogischen Landesinstituts Brandenburg (PLIB) fest, dass für 33.856 Lehrer Anfragen bei der Gauck-Behörde gestellt worden seien, bei 1.018 Rückläufen wurden Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS festgestellt, 165 Beschäftigten wurde daraufhin per Auflösungsvertrag gekündigt, 319 Lehrer erhielten eine Kündigung (Fahlbusch 1997, S. 181).

Zum Aufbau der Kultusministerien gehörten die Überprüfungen als wesentlicher Bestandteil dazu. Damit war die Absicht verbunden, auch die Lehrerschaft in den demokratischen Erneuerungsprozess einzubinden: „Die Überprüfungen entwickelten sich jedoch zu einer Belastung aller Beteiligten, die jeder von ihnen froh war wieder loszuwerden. Für die Ministerien bedeuteten die Überprüfungen eine immense organisatorische Belastung, für die Prüfer auf der lokalen Ebene einen psychischen Druck, ständig über Einzelschicksale entscheiden zu müssen. ... Die von ihnen [den Lehrern, jh] häufig selbst herbeigeführte Tabuisierung der Vergangenheit, der Biografiebruch mit dem Tag der Vereinigung, ist von staatlicher oder dritter Seite anscheinend nicht hinreichend durchbrochen worden“ (von Roenne 1999, S. 596).

Die damalige Ministerin Marianne Birthler kommentierte die personelle Erneuerung auf einer Tagung des Pädagogischen Landesinstituts Brandenburgs 1995 so: „Aber es ging ja nicht nur darum, Lehrkräfte aus den Schulen zu entfernen, die nicht mehr tragbar waren. Viel wichtiger schien mir immer, dass an den Schulen ein Klima von Offenheit entsteht, das die Auseinandersetzung mit dem Bildungssystem der DDR und den eigenen Fehlern der Vergangenheit notwendig mit einschließt.“ (Birthler 1997, S. 166).

Ein solcher Neuanfang sollte auch mit einem neuen Modell der Lehrerbildung gemacht werden, denn mit der Umgründung der Universität Potsdam wurde die Lehrerbildung auf einen Ort fokussiert, während zu DDR-Zeiten die Pädagogische Hochschule (Ausbildung für den Unterricht in Klassenstufe 5-12) und die Institute für Lehrerbildung (Ausbildung für den Unterricht in Klassenstufe 1-4) gemeinsam für die Lehrerausbildung zuständig waren (Wenzel 1998, S. S. 240).

Das Potsdamer Modell für Lehrerbildung wurde im September 1992 implementiert (Universität Potsdam 1992). Es wurde eine Arbeitsgruppe Lehrerbildung unter der Beteiligung aller Fachbereiche gebildet, die die konzeptionellen Fragen des Modells, der Studienordnung und die Abstimmung zwischen den einzelnen Fachbereichen klären sollte (Rechenschaftsbericht 1996, S. 32). Es wurde mit dem zuständigen Ministerium eine Lehramtsprüfungsordnung beraten sowie eine Praktikumsordnung entwickelt, da die Beziehungen zwischen Theorie und Praxis einer der Kernpunkte des Potsdamer Modells darstellte (Behrmann/Neumann 2007, S. 127). Ein Beispiel für den gleichzeitigen Forschungs- und Praxisbezug stellt die Untersuchung „Demokratisierungsprozesse im Schulwesen seit 1990“ von Lehramtsstudenten der Universität Potsdam dar, die selbst mehrheitlich die DDR-Einheitsschule kennengelernt hatten (Lange 1995, S. 23).

Früh wurde seitens des Rektors moniert, dass die jeweiligen Fachdisziplinen nur ungenügend einbezogen worden seien: „So erscheint das Potsdamer Modell nach außen als eine Sache der erziehungswissenschaftlichen Disziplinen und nicht als ein konzeptionelles Anliegen aller an den Lehramtsstudiengängen Beteiligten“ (Rechenschaftsbericht 1996, S. 33). Wesentliche diskutierte Fragen bezogen sich auf die fachdidaktischen Anteile in den Studienordnungen, hier lag die Zuständigkeit bei der Senatskommission für Lehre und Studium sowie auf die Lehramtsspezifika der Fachausbildung (vgl. die studentische Sicht bei Finke/Lipphard 1996 sowie Jahnke 1996).

Die Fächer wurden dazu aufgefordert, die Studieneingangsphase neu zu gestalten, Tutoren- und Mentorensysteme einzurichten, regelmäßig und folgenreich zu evaluieren sowie aktive Lernformen und Praxiselemente einzubringen (Rechenschaftsbericht 1996, S. 33).

Der damals zuständige Minister fasste das Potsdamer Modell Ende 1994 so zusammen: „Wir suchen eine Form, bei der die einzelnen Teile der Lehrerausbildung, also die „harten Fächer“, die Pädagogik – die im bisherigen System viel zu kurz kommt – und die fachpraktische Ausbildung innerhalb eines Studiengangs zusammengefasst sind. Das schlägt sich nieder in den Semesterwochenstunden, die für Didaktik, Pädagogik und Fachausbildung vorgesehen sind. Wir meinen, dass man durch eine solche, bessere Vorbereitung den „Praxisschock“ vermeiden kann, vor dem doch viele Lehrer stehen, wenn sie aus dem Studium in die Schulen kommen“ (DUZ 17 1994, S. 15).

Das derzeitige Lehramtsstudium in Potsdam ist in zwei Phasen gegliedert. Es nimmt Bezug auf die Vorgaben des Wissenschaftsrates. In der ersten Phase ist ein Bachelor- und Masterstudium mit einem insgesamt sechsmonatigen Schulpraktikum vorgesehen. Daran schließt sich in der zweiten Phase das Referendariat an, das entweder achtzehn oder vierundzwanzig Monate dauert und mit der zweiten Staatsprüfung abschließt. Die dritte Phase umfasst Lehrerfort- und -weiterbildungen. Sie ist nicht obligatorisch und soll ein ständiger Begleiter im späteren Berufsleben sein: (vgl. Universität Potsdam: http://www.uni-potsdam.de/studienmglk1/faecher/lehramt_studium.html).

Das Potsdamer Modell, das die fach- und berufswissenschaftlichen und praktischen Anteile verbinden wollte, wird heutzutage kontrovers beurteilt. Der Wissenschaftsrat lobte im Jahr 2000 das Modell folgendermaßen: „Der Wissenschaftsrat ist überzeugt, dass das Potsdamer Modell der Lehrerbildung innovative Ansätze in Forschung und Lehre beinhaltet und für die Lehramtsausbildung in Deutschland Vorbildcharakter hat. Dieser betrifft den hohen Stellenwert der Praxis ebenso wie die Bedeutung der pädagogischen, psychologischen und sozialwissenschaftlichen Grundlagen sowie der Didaktik.“ (Wissenschaftsrat 2000, S. 56). Andere Beobachter sehen dessen Ziele nur teilweise erreicht: „Verschiedentlich wurde und wird sogar von einem Scheitern des Modells gesprochen. ... Die Gewinne liegen auf Seiten der zumeist gut ausgebauten Fachwissenschaften. In vielen Fachdidaktiken ist das Lehrangebot hingegen unzulänglich“ (Behrmann/Naumann 2007, S. 128).

Das Zurückdrängen der Fachdidaktiken wurde mit der diktaturtypischen und stark ideologisch geprägten DDR-Hochschuldidaktik begründet (vgl. Tenorth 1997). Allerdings existierte in dieser Frage kein Konsens. So stellte der stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins der Deutschen Nationalstiftung, Peter Kreyenberg, fest, dass die ideologische Überformung nicht überall das gleiche Ausmaß besessen hätte und verwies darauf, dass die Kultusministerkonferenz die Möglichkeit gehabt hätte, stärker auf den Erhalt und die Übernahme der Fachdidaktiken zu drängen (Kreyenberg 1994, S. 203).

Der Erziehungswissenschaftler Hartmut Wenzel sieht im Abbau fachdidaktischer Studien zugunsten der fachwissenschaftlichen und der beinahe strikten Trennung von erster und zweiter Phase ein Gefahrenpotential für die Lehre, da so die Bedeutung der Fachdidaktiken im späteren Berufsfeld nicht angemessen gewürdigt seien (Wenzel 1998, S. S. 240). Daher

betont Wenzel die Notwendigkeit der Vermittlung von Fachdidaktiken im Rahmen von Lehrerfortbildungen (ebenda, S. 241).

Zudem sieht Wenzel Hilfestellungen für Lehrer innerhalb der Fortbildungsangebote zur Aufarbeitung der eigenen Biographie als hilfreich an. Schließlich verwies er auf den Umstand, dass nach der Revolution 1989/1990 keine neuen Schulbücher im Sinne des neuen politischen Systems vorgelegen hätten, was eine Diskrepanz zwischen Vorgabe und Verwirklichungsmöglichkeiten dargestellt hätte (ebenda, S. 244).

6.3. Lehrerfortbildungseinrichtungen und Angebote für Lehrkräfte im Land Brandenburg

Der Bedarf zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit war vorhanden, die Bereitschaft nicht überall. Dies zeigt ein Videofilm, der 1995 Interviews mit Brandenburger Lehrern und deren offenbar zunehmend positive Rückbesinnung auf die DDR auf einer Tagung im Pädagogischen Landesinstitut präsentierte („In der Erinnerung nicht mehr so schlimm“, vgl. Neumann 1997). Hinzu kam, dass für viele Lehrer „Weiterbildung“ ein nach der entsprechenden und ideologisch durchsetzten Weiterbildungspflicht in der DDR ein Reizwort war. Gleichzeitig gab es andere Lehrer, die die neuen Freiräume für sich nutzten: „Von November 1989 bis Mitte 1991 geschah in der ganzen ehemaligen DDR auf dem Gebiet von Lehrerfort- und spontaner Lehrerweiterbildung unglaublich viel, kaum organisiert oder koordiniert, sondern von den Lehrerinnen und Lehrern selbst gesteuert.“ (Fuhrmann 1997, S. 101).

Im folgenden Abschnitt werden die Aktivitäten im Hinblick auf Lehrerfortbildungsmaßnahmen und entsprechende Angebote in den Fächern Geschichte und Politische Bildung seit 1990 skizziert. Zu bedenken ist, dass neben den revolutionären Veränderungen zwischen 1989 und 1991 auch Kontinuitäten zu konstatieren sind, die „für die Lehrerfortbildung von entscheidender Bedeutung sind. Relevant ist vor allem die personelle Kontinuität.“ (ebenda, S. 102). Neueinstellungen waren die Ausnahme: „Das bedeutete, dass die curriculare und pädagogische Ausgestaltung des Neuansatzes mit Lehrkräften in Angriff genommen werden musste ... , die in der Regel bereits zu DDR-Zeiten Lehrerinnen und Lehrer waren.“ (ebenda).

Akteur der Fortbildungsangebote war seit 1990 neben den Schulämtern mit einem Beauftragten für Lehrerfortbildung vor allem das Pädagogische Landesinstitut Brandenburg (PLIB), das aus dem 1973 in der DDR gegründeten Zentralinstitut für Weiterbildung der Lehrer, Erzieher und Schulfunktionäre (ZIW) hervorgegangen war. 1990 wurde das ZIW geschlossen, ein Jahr später wurde im Juli 1991 das PLIB unter der Direktion von Prof. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann gegründet.

Die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit war von Anfang an ein zentrales Anliegen des PLIB. Bereits im Januar 1992 wurde eine Tagung mit dem Titel „Erinnerung für die Zukunft“, initiiert, die die Geschichte der DDR-Volksbildung in den Blick nahm. Bald darauf erschien die Tagungsdokumentation (Pädagogisches Landesinstitut 1992, s. darin u. a. zu den Personalüberprüfungen: Doyé/Haberlandt 1992). Exemplarisch genannt für diese Bemühungen sei auch das Fortbildungsprogramm für Lehrer „Fortbildung durch Erinnerung: Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung“, mit dessen Hilfe die Lehrkräfte dazu angeregt werden sollten, sich mit ihrer eigenen Biografie und ihrer Funktion in der DDR kritisch auseinanderzusetzen (Fuhrmann 1997b).

Der PLIB-Gründungsdirektor beschrieb darin das Selbstverständnis der neu gegründeten Einrichtung so: „Es geht in Brandenburg um einen demokratischen Neuanfang im Bildungswesen, für den das PLIB wesentliche Impulse geben soll. Das geht nur, wenn die pädagogischen Referenten und Referentinnen einen solchen Neuanfang auch selber glaubwürdig vertreten können.“ Die Folge waren aufwändige Bewerbungs- und Einstellungsverfahren für 22 pädagogische Referentenstellen (Tillmann 1992, S. 34).

Bis 1995 entstanden zehn Außenstellen des PLIB, die Fortbildungen vor Ort durchführten. Ebenso wurde 1998 das „Zentrum für Aus- und Weiterbildung GmbH“ (ZAL) gegründet. Das PLIB war somit ein zentraler Akteur seit 1990, da es die Aufgabe besaß, das Schulpersonal fortzubilden und schulische Rahmenlehrpläne, die eine Abkehr von den „stoffüberzogenen, ideologiezentrierten DDR-Lehrplänen“ bedeuteten (Leutert 1997, S. 115), zu entwickeln. Beides sollte mithilfe eines eigens entwickelten fachdidaktischen Konzepts eng miteinander verzahnt werden (Fuhrmann 1997a, S. 4; Tomaszek 2007, S. 113 ff.). Das PLIB war zuständig für die fachliche und organisatorische Betreuung von Modell- und Schulversuchen. Mit seinen zehn Außenstellen initiierte das PLIB eine Vielzahl von Fortbildungsangeboten. Somit war vor der späteren Gründung des LISUM die Lehrerweiterbildung in Brandenburg dezentral

organisiert, was den praktischen Vorteil bot, dass die jeweiligen Nutzer dieser Angebote kurze Anfahrtswege hatten (Bergemann 1997, S. 108).

Fünf Jahre nach seiner Gründung hatte das PLIB bereits das elfte Fortbildungsprogramm vorgelegt. Rund 200.000 Teilnehmer nutzten nach Angaben des Instituts die mehr als 12.000 Veranstaltungen, um sich fortzubilden (Fuhrmann 1997a, S. 105).

2003 wiederum fusionierten das Medienpädagogische Zentrum Brandenburg (MPZ), seit 1992 tätig, und PLIB zum Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg (LISUM), unter der Leitung von Dr. Jan Hofmann. Heute ist das LISUM bundesweit ein Solitär unter den pädagogischen Landesinstituten, da es seit 2007 für zwei Länder, Berlin und Brandenburg, wirkt. Das LISUM versteht sich als Ansprechpartner für Unterrichts-, Schul- und Personalentwicklung sowie für Medienbildung und soll die Qualitätsentwicklung im Bildungswesen unterstützen. Es entwickelt Konzepte für Fachberater, Multiplikatoren und qualifiziert Lehrkräfte. Die jeweiligen Angebote werden im Fortbildungsnetz auf dem Bildungsserver veröffentlicht (vgl. <http://www.lisum.berlin-brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb2.c.423855.de>). Das LISUM erarbeitet Handreichungen und Materialien, die die praktische Arbeit ebenso wie die sogenannten Fachbriefe für die jeweiligen Fachberater (vgl. <http://www.bjsinfo.verwalt-berlin.de/index.aspx?id=130>) unterstützen. Darüber hinaus ist das LISUM an der Unterrichtsentwicklung beteiligt, in dem es bei der Entwicklung und Umsetzung von Rahmenlehrplänen und curricularen Materialien sowie der Evaluierung und Implementierung von Rahmenlehrplänen mitwirkt (vgl. zu den Rahmenlehrplänen: <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/rahmenlehrplaene.html>).

Der Bildungsserver informiert schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen in Berlin und im Land Brandenburg. Er ist seit Anfang 2009 online. Der Bildungsserver stellt „zielgruppenorientierte, strukturierte und qualifizierte Informationsauswahl von pädagogischen Angeboten und Themen, die sowohl die jeweils landesspezifischen Themen abbilden als auch die Vernetzung in Berlin und im Land Brandenburg befördern,, ins Netz und will Pädagoginnen und Pädagogen, Institutionen und Organisationen unterstützen und „versteht sich als pädagogischer Wegweiser zu den Online-Angeboten von bildungsrelevanten Institutionen und Organisationen in den Ländern Berlin und Brandenburg“. (vgl. <http://www.lisum.berlin-brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb2.c.423764.de>). Zudem werden auf der Plattform überregionale pädagogische Angebote von Bildungsportalen anderer

Bundesländer sowie dem deutschen Bildungsserver vernetzt. Der Bildungsserver ermöglicht per alphabetischer Suche den Zugang zu Materialien der verschiedenen Unterrichtsfächer wie etwa Geschichte und Politische Bildung sowie anderen Themenbereichen wie etwa der Demokratiepädagogik. Das „Fortbildungsnetz“ gibt einen Überblick zu entsprechenden Veranstaltungen (vgl. exemplarisch das Fortbildungsangebot 2011, Anhang 3).

Es gibt neben dem LISUM wohl wenige andere Institute in Deutschland, die eine solche Vielfalt von differenzierten und dem wissenschaftlichen Stand der Forschung zur Geschichte der SED-Diktatur und deutschen Teilung entsprechenden didaktischen Materialien erarbeitet haben, wie Anlage 2 und 3 zeigen. Das LISUM kooperiert mit unterschiedlichen Institutionen aus dem Bereich der historischen-politischen Bildung in Berlin und Brandenburg, so etwa mit Archiven, Bildungseinrichtungen staatlicher wie internationaler Organe, Gedenkstätten, Museen und Stiftungen, Vereinen und Verbänden.

Neben der staatlichen Stelle sollte an dieser Stelle auch das Engagement des Geschichtslehrerverbandes Brandenburgs nicht außer Acht gelassen werden. Der Verband, der sich selbst als „aktiven und kritischen Begleiter der historischen Bildung an den Schulen Brandenburgs,“ sieht, hat seit Ende der 1990er Jahre eine Vielzahl von Aktivitäten, Maßnahmen und Angeboten entwickelt, die einerseits auf Lobbyarbeit bei dem zuständigen Ministerium (etwa im Hinblick auf ein angemessenes Stundendeputat für das Fach Geschichte), andererseits auf die praktische Vermittlung von Lehrqualifikationen zur DDR-Geschichte zielt, wie die zahlreichen Fortbildungsangebote des Verbandes seit über zehn Jahren dokumentieren (vgl. „Mat. für die Anhörung in der Enquete-Kommission d. LT am 20. Mai 2011“, erstellt vom Landesvorsitzenden Dr. Kolende).

Auch hatte der Verband, wie Dr. Günter Kolende im Gespräch am 11. September 2011 berichtete, in den 1990er Jahren ein Konzeptionspapier vorgelegt, das dafür plädierte, die normativen Vorgaben des Landes Brandenburg für den Schulunterricht und die Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte, eng miteinander verzahnt zu entwickeln. Die Aktivitäten des Geschichtslehrerverbandes werden regelmäßig dokumentiert in der Rubrik „Berichte aus den Landesverbänden“ der Verbandszeitschrift des Geschichtslehrerverbandes Deutschland e.V., die bis vor kurzem zweimal jährlich unter dem Titel „Informationen für den Gemeinschaftskunde- und Geschichtsunterricht“, heutzutage viermal im Jahr unter dem Titel „Geschichte für heute“, erscheint.

Seit 1999 wirkt im Bereich der Politischen Bildung auch die Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB), Landesverband Brandenburg, unter dem Vorsitz von Dieter Starke. Das Fach „Politische Bildung“, das gemäß des Rahmenlehrplans für die Jahrgangsstufe 13 ab 1992/1993 auch historische Aspekte umfasste, wurde 1991 in Brandenburg eingeführt (Rohmer-Stänner/Huschka 2007, S. 106 ff.). Für diese schulische Politikbildung mussten Lehrer qualifiziert werden (Muszynski 2007, 120 ff.). Damit war die Hoffnung und Erwartung verbunden, auf diesem Wege die Demokratieerziehung des Landes zu stärken (Orlowski 2006). Die hohen Erwartungen der Politik gingen nicht immer mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung des Unterrichtsfachs Politische Bildung in den Schulen einher.

Auch der DVPB organisierte gemeinsam mit dem Partnerverband in Nordrhein-Westfalen entsprechende Fortbildungen. Dieter Starke, der im Februar 1992 zusammen mit dreißig weiteren Kollegen aus Nordrhein-Westfalen kommend in Brandenburg zunächst als Fachseminarleiter seinen Dienst aufnahm, wies im Gespräch (30.9.2011) darauf hin, dass im Rahmen der Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte seit 1990 vor allem Wert auf die Erweiterung ihrer methodisch-didaktischen Fähigkeiten gelegt wurde. Es habe Zeit gebraucht, bis die ehemals in der DDR tätigen Lehrkräfte ihre Scheu in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, die ihre eigene Biographie umfasste, abgelegt hätten.

Gegenwärtig scheint ein zentrales Problem zu sein, dass die Durchführung des Unterrichts in Geschichte und Politischer Bildung von fachfremden Lehrkräften übernommen werde. Die Pflichtbindung an die jeweiligen Fächer würde nicht selten aufgrund von personellen Engpässen an den Schulen des Landes wegfallen (siehe die Bewertung im Gutachten von Prof. Ingo Juchler 2011, S. 52 ff.).

7. Zusammenfassung

I.

Zwei Jahrzehnte nach der Überwindung der SED-Diktatur und deutschen Teilung zeigt sich innerhalb der akademischen Lehre des Landes Brandenburg ein hohes Interesse an der DDR und den ostdeutschen Entwicklungen nach 1990. Die Universität Potsdam allein nimmt den Untersuchungsergebnissen zufolge in quantitativer Hinsicht im bundesweiten Vergleich eine Spitzenposition ein. Rechnet man die zahlreichen Lehrveranstaltungen an der Europa-Universität Viadrina hinzu, in der die DDR als Teil des sozialistischen Blocks beziehungsweise anderer kommunistischer Diktaturen gelehrt wird, nimmt Brandenburg bundesweit den Spitzenplatz ein.

- Die Brandenburger Themenkarriere der DDR in der akademischen Lehre zeigt im Untersuchungszeitraum ein hohes Maß an Ausgeglichenheit auf einem hohen Niveau.
- Insgesamt wurden für die Universität Potsdam und die Europa-Universität Viadrina 591 Lehrveranstaltungen recherchiert. Zum Vergleich: In der bundesweit durchgeführten Untersuchung (Pasternack 2001) waren es 1.476 Lehrveranstaltungen, die in einem Zeitraum von zehn Jahren an zwölf Universitäten stattfanden.

II.

Die Fächerpräsenz des diesbezüglichen Lehrgeschehens weist darauf hin, dass die DDR in Brandenburg noch stärker als in anderen Bundesländern ein Thema für Historiker und Literaturwissenschaftler ist.

Für die Universität Potsdam sind folgende Daten auffällig:

- Die Geschichtswissenschaft allein erreicht einen Anteil von 41 % an allen Lehrveranstaltungen.
- Die Germanistik ist mit 25 % Anteilen gleichfalls prominent vertreten.
- Politikwissenschaft und Soziologie stellen zusammen nur 13 % aller Vorlesungen und Seminare – ein Hinweis auf die relativ abnehmende Stärke der Systemtransformation als Thema der universitären Lehre in Brandenburg. Im bundesweiten Vergleich liegt Brandenburg hingegen auch hier in der Spitzengruppe.
- 9 % der Lehrveranstaltungen sind in der Erziehungswissenschaft verortet.
- Der mit 8 % hohe prozentuale Anteil von Lehrveranstaltungen innerhalb der

Sportwissenschaft ist in Deutschland einzigartig und hat seine Gründe in den vielfältigen Aktivitäten des Zentrums für Sportgeschichte.

- In den Wirtschafts- und die Rechtswissenschaften sowie in der Philosophie waren kaum Veranstaltungen zum Thema feststellbar, was erstaunlich ist, wenn man an die mediale Präsenz von Themen wie DDR-Misswirtschaft oder der Debatte darüber, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, denkt.

An der Viadrina ist die Lage aufgrund der universitären Struktur überschaubarer:

- Die Geschichtswissenschaft beziehungsweise die Kulturgeschichte erreicht einen Anteil von 55 % an allen Lehrveranstaltungen.
- Die Soziologie ist ebenfalls stark vertreten mit 43 % aller Lehrveranstaltungen.
- Die Germanistik ist – verglichen mit Potsdam und dem Rest der Republik – mit 3 % nur schwach vertreten.

III.

Die DDR wird in der akademischen Lehre zunehmend historisiert. War das Verhältnis zwischen Veranstaltungen, die sich der Zeit vor oder nach 1990 widmeten, zwischen 1990 und 2000 noch ausgeglichen, lässt sich für den Zeitraum 2000-2010 ein deutliches Übergewicht an vergangenheitsbezogenen Zugriffen auf das Thema beobachten.

- Im Land Brandenburg behandelten im Zeitraum 2002 bis 2010 fast 70 % aller Lehrveranstaltungen die DDR als historischen Gegenstand.
- Zu 30 % wurden Analysen des Transformationsgeschehens in den ostdeutschen Bundesländern betrieben.
- Unter dem Aspekt, welche Phasen der ostdeutschen Nachkriegsgeschichte mehr oder weniger Interesse finden, ist festzuhalten, dass in Brandenburg mit 35 % die Gesamtschau auf die DDR dominiert, während die Betrachtungen einzelner Jahrzehnte sich auf je 10 % verteilt: Die Jahre der Transformationsphase seit 1989, die SBZ-Jahre 1945-1949 und die 1950er Jahre. Etwas weniger intensiv finden sich in der akademischen Lehre die 1960er, 1970er und 1980er Jahre berücksichtigt.

IV.

Die Betrachtung der inhaltlichen Themen, die in den Vorlesungen und Seminaren behandelt werden, ergeben auf den ersten Blick Kontinuitäten zu den Ergebnissen des ersten Untersuchungszeitraums, wenn auch sichtbar wird, dass fachkulturelle Entwicklungen in der

DDR-bezogenen Forschung Niederschlag in der Hochschullehre gefunden haben:

Herrschafts- und Organisationsgeschichte liegen auf einer Ebene wie die Sozialgeschichte der DDR. Deutlich zugenommen haben Lehrveranstaltungen, die einen Gesamtüberblick über 40 Jahre DDR-Geschichte liefern.

- An der Spitze rangieren Lehrveranstaltungen zum politischen System (22%) sowie zu Themen der Sozialgeschichte und des Alltags (21 %). Es folgen mit 18 % Veranstaltungen zum ostdeutschen Kulturleben/-politik.
- Das Themenfeld Kulturleben und Kulturpolitik wird zu mehr als drei Vierteln von der DDR-Literatur besetzt. Die übrigen Veranstaltungen haben Theater, Spielfilm, Bildende Kunst und Architektur/Städtebau zum Thema.
- Innerhalb der Veranstaltungen zum politischen System der DDR finden die Außenpolitik, die Staatssicherheit, das Rechtssystem der DDR und die DDR-Massenmedien sowie Militärgeschichte, auch die SED, die Massenorganisationen und die Blockparteien eine ähnlich hohe Aufmerksamkeit.
- Das Thema Sport steht mit 8 % an vierter Stelle, was vor allem – wie oben erwähnt – mit einer Brandenburger Spezialität, dem an der Universität Potsdam ansässigen Zentrum deutsche Sportgeschichte zusammenhängt. Aber auch an anderen Instituten und Fakultäten werden sportspezifische Lehrveranstaltungen angeboten. Dahinter folgt das Bildungswesen (6 %).
- Opposition, Widerstand und Repression zählen erneut nicht zu den zentralen Gegenständen der Lehre an den deutschen Hochschulen: 4% der Lehrveranstaltungen seit 1990 galten diesen Themen. Wie oben dargestellt, ist es plausibel, universitätsstrukturelle Gründe als Erklärung heranzuziehen, die die Eigenlogik der akademischen Lehre berücksichtigen.

V.

Der vergleichenden Betrachtung der DDR bzw. Ostdeutschlands mit anderen Ländern bzw. Systemen kommt ähnlich wie in der Forschung im Land Brandenburg eine zunehmend größere Bedeutung zu. Dies gilt auch für die fortschreitende Integration des Themas in allgemeine und vergleichsweise neue Frage- und Problemstellungen wie Generationengeschichte oder Gedächtnisgeschichte. Ein weiterer Grund liegt in der Struktur der Europa-Universität Viadrina.

Für beide Universitäten konnten folgende Daten ermittelt werden:

- Eine integrierte Teilungsgeschichte beziehungsweise der Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern ist Gegenstand von etwa einem Fünftel aller recherchierten Lehrveranstaltungen (21 %).
- Ein hoher Wert konnte für den Vergleich zwischen DDR und anderen (früheren) sozialistischen Staaten festgestellt werden (19 %).
- Der Vergleich zwischen Nationalsozialismus und DDR spielt eine eher untergeordnete Rolle. 25 der recherchierten Veranstaltungen widmeten sich dem Thema (5 %).

VI.

Die diskutierten Defizite und Probleme des Landes Brandenburg im Hinblick auf die personelle Erneuerung erweisen sich in vielerlei Hinsicht als typisch für den ostdeutschen Transformationsprozess insgesamt. Dies gilt, obwohl Brandenburg aufgrund seiner vor 1989 nur dünn besiedelten Hochschullandschaft zu Recht als „Sonderfall“, bezeichnet wird, weil der Hochschulerneuerungsprozess mit guten Gründen als Hochschulgründungsprozess bezeichnet werden kann.

Für eine Beurteilung des Erneuerungsprozesses ist die Bedeutung des historischen Kontextes, in dem komplexe personelle Entscheidungen für die Übernahme in den Öffentlichen Dienst getroffen werden mussten, unverzichtbar. Das macht die Defizite nicht besser, jedoch wird die Entwicklung auf diese Weise verständlicher. Die unterschiedlichen Aufgaben – rascher Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen, Anpassung des Personalumfangs vor dem Hintergrund begrenzter Haushaltsmittel und Entlassung von Beschäftigten mit einer zu hohen Belastung aus der Vergangenheit – konnten wie auch in anderen ostdeutschen Ländern nicht gleichzeitig befriedigend gelöst werden.

Die bis zum heutigen Tag anhaltende Debatte über den personellen Erneuerungsprozess zeigt, dass die zeitgeschichtliche Selbstthematisierung an der Universität Potsdam weiterhin von zentraler Bedeutung ist. Sie sollte nicht verebben, sondern vielmehr anknüpfen an die entsprechenden Aktivitäten Mitte der 1990er Jahre.

VII.

Die Breite und Vielfalt der vom Land unternommenen Anstrengungen, um Lehrer im Hinblick auf DDR-Geschichte fortzubilden, ist beispielhaft, wie die Darstellung der entsprechenden Aktivitäten des Pädagogischen Landesinstituts Brandenburg (PLIB) und späteren

Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) gezeigt hat.

Das Gutachten von Prof. Juchler (2011, S. 57 ff.) und die Einschätzungen der Vorsitzenden des Geschichtslehrerverbands und des Verbands der Politiklehrer weist vielmehr daraufhin, dass die personelle Ausstattung an den Brandenburger Schulen ein größeres Problem darstellt, denn demnach werde an vielen Schulen Brandenburgs der Geschichts- und Politikunterricht von fachfremden Lehrkräften angeboten, die keine entsprechende Ausbildung und Qualifikationen erworben haben.

Insgesamt werden mit den Erkenntnissen des vorliegenden Gutachtens die bestehenden Defizite im Bereich des Schülerwissens nicht in Abrede gestellt. Jedoch zielen Vermutungen, es habe im Land Brandenburg im Hinblick auf die Curricula oder die Lehrerbildung keinen Willen und entsprechende Aktivitäten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gegeben, offenbar ins Leere.

8. Handlungsempfehlungen

Die Untersuchungsergebnisse regen zum einen dazu an, die empirische Grundlage der Problemstellung in zukünftigen Untersuchungen zu verbreitern (1.). Zum anderen lassen sich aber auch auf der Grundlage der bisherigen Analyse praktische Möglichkeiten entwickeln, um den Brandenburger Studierenden Anreize und Anstöße zu vermitteln, sich kritisch mit dem Thema SED-Diktatur und deutsche Teilung auseinanderzusetzen (2.).

1.

- Durchführung von teilnehmenden Beobachtungen sowie mündlichen und schriftlichen Befragungen von Lehrenden und Studierenden zur Praxis DDR-bezogener Lehrveranstaltungen.
- Nutzung von Daten des PULS-Systems der Universität Potsdam, um die Belegung von Lehrveranstaltungen auszuwerten.
- Durchführung einer repräsentativen empirischen Untersuchung des Studierendenwissens zur Geschichte von Demokratie und Diktatur in Deutschland nach 1945: Lässt sich sagen, dass das Wissen der Studierenden ähnlich schlecht ist wie in den Untersuchungen zum Schülerwissen festgestellt wurden? Hat die Vielzahl an Lehrangeboten zur Folge, dass die Studierenden der Brandenburger Universitäten auch mehr über das Thema wissen?

2.

- Evaluierung der Möglichkeiten um die an der Universität Potsdam vorhandenen Potentiale besser zu nutzen: Können Fachbereiche wie beispielsweise Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft stärker vernetzt werden, wie dies an der Viadrina der Fall zu sein scheint?
- Durchführung einer Veranstaltungsreihe zum Streitthema personelle Erneuerung nach 1990. Ebenso sollten sich Studierende im Rahmen eines Wettbewerbs ein eigenes Bild von der personellen Erneuerung an der Universität Potsdam nach 1990 machen können.
- Durchführung eines filmischen Wettbewerbs: Wie läuft die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte im Unterricht konkret ab? Anregungen könnte der oben zitierte Film über die Stimmung unter Brandenburger Lehrerinnen und Lehrern vor dem Hintergrund von DDR-Schulerfahrungen geben.

Literaturverzeichnis

Arnswald, Ulrich (2004), Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer, Berlin.

Behrmann, Günter C./Naumann, Rosemarie (2003), Sozialwissenschaften und Politische Bildung an der Universität Potsdam, in: Wallraven, Klaus (Hg.) (2003), Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern, Schwalbach/Ts., S. 127-132.

Bergemann, Erika (1997), Zentrales Fachberater-System – dezentrales Moderatoren-System, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 107-108.

Birthler, Marianne (1997), Der Anfang: Bildungsreform in Brandenburg, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 163-168.

Biskupek, Sigrid (2002), Transformationsprozesse in der politischen Bildung. Von der Staatsbürgerkunde in der DDR zum Politikunterricht in den neuen Ländern, Schwalbach/Ts.

Blömeke, Sigrid (2000), Zentren für Lehrerbildung. Element universitärer Organisationsentwicklung, in: Das Hochschulwesen. Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik (Neuwied) 48 (4), S. 124-130.

Blömeke, Sigrid (2002), Universität und Lehrerausbildung, Bad Heilbrunn/Obb.

Buck-Bechler, Gertraude/Jahn, Heidrun (Hg.) (1994), Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren, Weinheim.

Buck-Bechler, Gertraude/Schaefer, Hans-Dieter/Wagemann, Carl-Hellmut (Hg.) (1997), Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim.

Denkschrift zur Gründung der Universität Potsdam (1992), Potsdam.

Demantowsky, Marko (2009), Geschichtsbild, in: Pandel, Ulrich Mayer/Pandel, Hans-Jürgen/Schneider, Gerhard u.a. (Hg.) (2009), Wörterbuch Geschichtsdidaktik, Schwalbach/Ts., S. 82.

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Neun Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995.

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Acht Bände in 14 Teilbänden, Baden-Baden 1999.

Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus (2008), Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – Ein Ost-West-Vergleich, Berlin/München.

Dietrich, Gerd (2004), Rezension zu: Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mählert, Ulrich (Hg.) (2003), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn, in: H-Soz-u-Kult, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-1-034>, [12.07.2011].

Doyé, Katharina/Haberland, Helmut (1992), Personal für ein demokratisches Bildungswesen – Vergangenheitsaufarbeitung im Ministerium und den nachgeordneten Einrichtungen, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1992), Erinnerung für die Zukunft. Zur Geschichte der Volksbildung in der DDR. Ludwigsfelde-Struveshof, S. 25-33.

Eckstein, Andreas (1997), Bildungsreformansätze im Vorfeld der „Wende„?, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 153-161.

Enderlein, Hinrich (o. J.), Als Westler gegen Westimporte, in: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/landeskunde-brandenburg/geschichte/neuanfang->

brandenburg/hinrich-enderlein, [11.07.2011].

Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mählert, Ulrich (Hg.) (2003), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn.

Fahlbusch, Reiner-Maria (1997), Lehrer-Personalüberprüfungen in Brandenburg – eine Zwischenbilanz, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 177-182.

Finke, Kathrin/Lipphardt, Veronika (1996), Potsdamer Modell der Lehrerbildung – die studentische Sicht, in: hochschule ost, H. 1, S. 29-36.

Fuchs, Hans Werner/Reuter, Lutz R. (Hg.) (1995), Bildungspolitik seit der Wende. Dokumente zum Umbau des ostdeutschen Bildungssystems (1989-1994), Opladen.

Fuhrmann, Elisabeth (1997a), Lehrerfortbildung in den neuen Bundesländern, in: Kell, Adolf/Olbertz, Jan-Hendrik (Hg.) (1997), Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim, S. 172-192.

Fuhrmann, Elisabeth (1997b), Fortbildung durch Erinnerung – Projektprogramm des Landes Brandenburg: „Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung“, in: Kell, Adolf/Olbertz, Jan-Hendrik (Hg.) (1997), Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim, S. 331-350.

Fuhrmann, Elisabeth (1997c), Lehrerfortbildung in der DDR und in Brandenburg, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 95-106.

Gruner, Petra/Hofmann, Jan (1997), Einleitung, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis

8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 7-10.

Haase, Jana (2011), Uni Potsdam. Alte Lasten, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 12.8.2011.

Hahn, Peter (1993), Hohe Schule der Partei-Senioren. Die Universität Potsdam leidet unter ihrer Erblast an DDR-Professoren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.10.1993, S. 36.

Hall, Karl-Heinrich (1994), Die Hochschulgesetzgebung der neuen Länder als Rahmenbedingung der Neustrukturierung, in: Mayntz, Renate (Hg.) (1994), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/Main, S. 165-189.

Hechler, Daniel/Pasternack, Peer (2011), Deutungskompetenz in der Selbstanwendung. Der Umgang der ostdeutschen Hochschulen mit ihrer Zeitgeschichte, Wittenberg.

Hüttmann, Jens (2004a), Die „Gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten, Wittenberg.

Hüttmann, Jens (2004b), Deutungskonflikte über die DDR-Geschichte aus Akteursperspektive, in: Hüttmann, Jens/Mählert, Ulrich/Pasternack, Peer (Hg.) (2004), DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politische Bildung, Berlin, S. 185-200.

Hüttmann, Jens (2008), DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung, Berlin.

Hüttmann, Jens (2010), Die „Gelehrte DDR“ 2000-2010. Vortrag auf der Tagung des Instituts für Zeitgeschichte am 23. und 24. September 2010, Berlin (unveröffentlichtes Manuskript).

Hüttmann, Jens/Mählert, Ulrich/Pasternack, Peer (Hg.) (2004), DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung, Berlin.

Hüttmann, Jens/Pasternack, Peer (2008), Geschichte, die noch qualmt, in: HoF Wittenberg

(Hg.), die hochschule. journal für wissenschaft und bildung, <http://www.peer-pasternack.de/texte/Zeitgesch%20am%20HoF.pdf>, [21.09.2011].

Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) (1992), Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel, Köln, S. 25-42.

Jahnke, Thomas (1996), Forschen und Lehren – nach guter Lehre forschen. Das Potsdamer Modell der Lehrerbildung. Bilder und Gedanken aus dem westlichen Osten, in: hochschule ost, H. 1, S. S. 17-28.

Jaraus, Konrad H. (2004), Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, Frankfurt a.M. 2004.

Juchler, Ingo (2011), Inhalte des Schulunterrichts in Brandenburg bezüglich der DDR-Geschichte, der friedlichen Revolution sowie des Wiedervereinigungsprozesses. Gutachten für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ des Landes Brandenburg, 01.05.2011, http://www.landtag.brandenburg.de/sixcms/media.php/5701/Gutachten%20Juchler_01.pdf, [16.09.2011].

Kell, Adolf/Olbertz, Jan-Hendrik (Hg.) (1997), Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim.

Kienel, Hartmut (1997), Resümee der Tagung Erinnerung für die Zukunft I und des MBJS-Forschungsprogramms zur Geschichte der Volksbildung, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 21-26.

Kleßmann, Christoph/Lautzas, Peter (Hg.) (2006), Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Schwalbach.

Kocka, Jürgen (2003), Der Blick über den Tellerrand fehlt. DDR-Forschung – weitgehend

isoliert und zumeist um sich selbst kreisend, in: Deutschland Archiv 36, S. 764-769.

Kowalczyk, Ilko-Sascha (1999): [Zum Schwerpunkt „Opposition und Widerstand sowie Repression“], in: Stand der Forschung über die DDR-Geschichte sieben Jahre nach der Wiedervereinigung, in: Deutscher Bundestag (Hg.) (1999), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. VII, Baden-Baden, S. 111-125.

Krauth, Wolf-Hagen/Doris Scherer (1992), Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm. Hochschul-Erneuerung und Sicherheit von Forschungspotentialen, in: Das Hochschulwesen 5 (1992), 202-204.

Kreyenberg, Peter (1994), Die Rolle der Kultusministerkonferenz im Zuge des Einigungsprozesses, in: Mayntz, Renate (Hg.) (1994), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/Main, S. 191-204.

Krull, Wilhelm (1994), Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: Mayntz, Renate (Hg.) (1994), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/Main, S. 205-225.

Kunert, Heike (1995), Eine ganz subjektive Bilanz. Im fünften Jahr der deutsch-deutschen Vereinigung, in: PUTZ. Die Potsdamer Universitätszeitung, 1/1995, S. 34.

Lange, Klaus (1995), „Fliegenbeine“ zählen am Wochenende. Studenten erforschen Demokratisierungsprozesse im Schulwesen, in: PUTZ. Die Potsdamer Universitätszeitung, 1/1995, S. 23.

Leutert, Hans (1997), Lehrpläne als staatliche Vorgaben in der DDR und Rahmenpläne heute. Wie gehen LehrerInnen mit den veränderten Bedingungen um?, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 109-118.

Levine, Tom (1994), Kleinere Einheiten – total integriert. DUZ-Interview mit Wissenschaftsminister Hinrich Enderlein über das Verhältnis zu Berlin und Bonn, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ 17, 1994), S. 14-15.

Mählert, Ulrich (1999): Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. VII, Baden-Baden, S. 857-887.

Mayntz, Renate (Hg.) (1994), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/Main.

Mayntz, Renate (1994), Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: dies. (Hg.) (1994), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß. Frankfurt/Main, S. 283-312.

Mayer, Ulrich/Pandel, Hans-Jürgen /Schneider, Gerhard u.a. (Hg.) (2006), Wörterbuch Geschichtsdidaktik, Schwalbach.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hg.) (1994), Empfehlungen und Stellungnahmen zur Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft in Brandenburg, Potsdam.

Muszynski, Bernhard (2003), Neue Lehrer für ein neues Fach: Lehrerqualifizierung für die schulische Politikbildung, in: Wallraven, Klaus (Hg.) (2003), Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern, Schwalbach/Ts., S. 120-126.

Neie, Thomas (1996), Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990-1993, in: hochschule ost 1/1996, S. 133-148.

Neumann, Thomas W. (1997), „In der Erinnerung nicht mehr so schlimm“. Ein Film über die Stimmung unter Brandenburger Lehrerinnen und Lehrern vor dem Hintergrund von DDR-Schulerfahrungen, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung

für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 119-124.

Orlowski, Manja (2006), Das Unterrichtsfach „Politische Bildung“ in Brandenburg – eine qualitative und quantitative Studie, Berlin.

Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1992), Erinnerung für die Zukunft. Zur Geschichte der Volksbildung in der DDR. Bericht über ein Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 9. bis 11. Januar 1992, Ludwigsfelde-Struveshof.

Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigsfelde-Struveshof.

Pasternack, Peer (1994), DDR-Wissenschaftsgeschichte & Umbau von Hochschule und Wissenschaft in Ostdeutschland. Bibliographie 1989-1993, Leipzig.

Pasternack, Peer (1999), Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990-1998, Wittenberg.

Pasternack, Peer (1999a), Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990-1998, Weinheim.

Pasternack, Peer (2001), Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990-2000, Wittenberg.

Pasternack, Peer (2002), 177 Jahre. Zwischen Universitätsschließung und Gründung der Stiftung Leucorea: Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817-1994, Wittenberg.

Pehnke, Andreas/ Röhrs, Hermann (Hg.) (1998), Die Reform des Bildungswesens im Ost-West-Dialog. Geschichte, Aufgaben, Probleme, Frankfurt/Main.

Peter, Angelika (1997), Begrüßung, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995, Ludwigfelde-Struveshof, S. 17-20.

PUTZ (Die Potsdamer Universitätszeitung) (1994), Wider die Kopfkörper... aber für Aufarbeitung der Vergangenheit an der Universität Potsdam. Wiederabdruck in: hochschule ost, Sept./Okt., S. 122-125.

PUTZ (Die Potsdamer Universitätszeitung) (1995), „Weichen in Richtung personelle Erneuerung tatsächlich gestellt. Prof. Dr. Görtemaker legte Dokumentation zur personellen Erneuerung vor, H. 3, S. 33.

Plato, Alexander von (1999), „Entstasifizierung“ im Öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer nach 1989. Umorientierung und Kontinuität in der Lehrerschaft, in: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung, Bd. 5, Bad Heilbrunn/Obb., S. 313-342.

Reinhardt, Sybille (1992), Kontroverses Denken, Überwältigungsverbot und Lehrerrolle, in: Breit, Gotthard/Massing, Peter (Hg.) (1992), Grundfragen und Praxisprobleme der politischen Bildung: ein Studienbuch, Bonn, S. 140-147.

Reinhardt, Sybille (2006b), Die Transformation der politischen Bildung in Ostdeutschland – Stand der Forschung, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) 3/2007, S. 431-432.

Roenne, Hubertus von (1999), Die Praxis der Entscheidungen über die Übernahme von Personal in den öffentlichen Dienst im Beitrittsgebiet während der Übergangsphase nach 1990 – unter Berücksichtigung der Bereiche der Justiz, der Bildung sowie der Polizei auf Ebene des Innenressorts am Beispiel der Landesverwaltungen in den neuen Ländern und Berlin, in: Deutscher Bundestag (Hg.) (1999), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. IV, Baden-Baden, S. 544-649.

Rohmer-Stänner, Hilda/Huschka, Hans-Jürgen (2003), Schulreform im Land Brandenburg – das Beispiel Politische Bildung, in: Wallraven, Klaus (Hg.) (2003), Handbuch politische

Bildung in den neuen Bundesländern, Schwalbach/Ts., S. 106-112.

Rüsen, Jörn (1994), Historisches Lernen. Grundlagen und Paradigmen, Köln.

Sabrow, Martin/ Jessen, Ralph / Große Kracht, Klaus (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003

Sauer, Michael (2001), Geschichte Unterrichten. Eine Einführung in die Didaktik und Methodik.

Schluchter, Wolfgang (1994), Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang, Frankfurt a.M.

Schneider, Ulrich Johannes (1996), Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1/1996, S. 149-159.

Schramm, Hilde (Hg.) (1993), Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin.

Schroeder, Klaus (2000), Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München.

Simon, Dieter (1998): Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens, in: Führ, Christoph/Furck, Carl-Ludwig (Hg.) (1998), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte: 1945 bis zur Gegenwart, Bd. 6, München, S. 390-396.

Teichler, Ulrich (1994), Zur Rolle der Hochschulstrukturkommission (HSK) der Länder im Transformationsprozess, in: Mayntz, Renate (Hg.) (1994), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/Main, S. 228-257.

Tenorth, Heinz-Elmar (1997), Politisierung des Schulalltags im historischen Vergleich – Grenzen der Indoktrination, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1997), Erinnerung für die Zukunft II. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995,

Ludwigsfelde-Struveshof, S. 37-48.

Thadden, Rudolf von (1992), Gründung einer Europa-Universität in Frankfurt/Oder. Gespräch mit Rudolf von Thadden. Konzeptionspapier für eine Fakultät für Kulturwissenschaften an der Universität Frankfurt/Oder, in: hochschule ost, April 1992, S. 41-54

Thönelt, Christian (2010), „Die DDR als Gegenstand in Lehre, Forschung und politischer Bildung. Eine Analyse für das Land Brandenburg“. Gutachten für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat“, 8.11.2010.

Tillmann, Klaus-Jürgen (1992), Vergangenheitsaufarbeitung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg, in: Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Hg.) (1992), Erinnerung für die Zukunft. Zur Geschichte der Volksbildung in der DDR. Ludwigsfelde-Struveshof, S. 34-36.

Tomaszek, Viola (2003), Lehrkräftefortbildung im Land Brandenburg, in: Wallraven, Klaus (Hg.) (2003), Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern, Schwalbach/Ts., S. 113-119.

Universität Potsdam (Hg.) (1992), Potsdamer Modell der Lehrerbildung, Potsdam.

Universität Potsdam (1995), Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam. Autor: Prof. Manfred Görtemaker, 22. Februar 1995, Potsdam.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag),
Ausfertigungsdatum: 31.08.1990, <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/einigvtr/gesamt.pdf>, [28.08.2011].

Wallraven, Klaus Peter (Hg.) (2003), Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern. Schwalbach/Ts.

Webler, Wolff-Dietrich (1992), Eine Schlacht für den Rechtsstaat gewonnen?
Personalkommissionen an ostdeutschen Hochschulen, in: Das Hochschulwesen 2 (1992), S. 52-

Wenzel, Hartmut (1998), Erneuerungen der Aus- und Weiterbildung, in: Pehnke, Andreas/Röhrs, Hermann (Hg.) (1998), Die Reform des Bildungswesens im Ost-West-Dialog. Geschichte, Aufgaben, Probleme, Frankfurt/Main, S. 231-248.

Wissenschaftsrat (1994), 10 Thesen zur Hochschulpolitik, in: Empfehlungen und Stellungnahmen 1993, Köln, S. 7-46.

Wissenschaftsrat (2000), Stellungnahme zu den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Universität Potsdam, Berlin, 21. Januar 2000.

Anhang

Anlage 1

Fachzugehörigkeit

Geschichtswissenschaft incl. Archivwissenschaft, historische Kulturwissenschaft
Politikwissenschaft
Soziologie incl. soziologische Kulturwissenschaft, Europäische Ethnologie, Stadt- und Regionalplanung
Erziehungswissenschaft incl. Fachdidaktiken
Sportwissenschaft
Germanistik incl. literaturbezogene Theaterwissenschaft
Kunstgeschichte
Musikwissenschaft
Rechtswissenschaft
Wirtschaftswissenschaft
Regionalwissenschaften incl. nichtgermanistische Philologien
Medienwissenschaft incl. Kommunikations-, Film-, Bibliotheks- sowie medientheoretische Theaterwissenschaft
Philosophie
Theologie/Religionswissenschaft
Geographie
Agrarwissenschaften
Medizin

Anlage 2

Schlagwortliste

Entnazifizierung/Antifaschismus

Geschichtspolitik

Religion/Kirchen

Opposition

Politisches System/Verwaltung:

 Außenpolitik

 SED Blockparteien/Massenorganisationen

 MfS/Polizei

 Recht/Justiz

 Militär/Verteidigungspolitik

 Massenmedien

Wirtschaft/Wirtschaftspolitik:

 Industrie

 Landwirtschaft

 Technologie/Technologiepolitik

Ökologie/Umweltpolitik

Sozialpolitik

Gesundheitspolitik

Sozialgeschichte/Alltag

Geschlechterverhältnisse

Ländliches

Leben

Freizeit/Sport

Ideologie

Kulturleben/-politik:

 Literatur

 Theater

 Bildende Kunst

 Spielfilm

 Architektur/Städtebau

 Sonstiges

Bildungswesen:

 Schule/Schulpolitik

 Hochschule/Hochschulpolitik

 Andere Bereiche

Wissenschaftsgeschichte/-politik

Anlage 3

Angebote des Fortbildungsnetzes im Jahr 2011 mit Schwerpunkt DDR-Geschichte:

18.01.2011 in Frankfurt (Oder), StSchAFF

Die Rolle der Opposition in der ehemaligen DDR in den Jahren 1988/89

16.02.2011 in Berlin, StSchAFF

„Der Mensch und die Gesellschaft,, am Beispiel der DDR-Geschichte im Rahmen der Fachkonferenz Gesellschaftswissenschaften

21.-22.02.2011 in Ludwigsfelde-Struveshof, LISUM

Arbeitstreffen der Länderkonferenz Medienbildung - Transferprojekt „20 Jahre DDR im DEFA-Film,,

16.04.2011 in Poznan, StSchAFF

Fachexkursion nach Poznan - Rezeption brandenburgisch-preußischer Geschichte im Deutschen Kaiserreich - eine Stadt „erzählt,, (Dr. Klein spricht über die Rolle der Opposition in der ehemaligen DDR 1988/89 und Prof. Benecke wird schließlich aktuelle Fragen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte behandeln.)

27.05.2011 in Oranienburg, StSchAPB

8. Forum für zeitgeschichtliche Bildung in der Gedenkstätte Sachsenhausen (In zwei Plenarveranstaltungen und mehreren Workshops können sich Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler mit den stufenspezifischen Angeboten der auf die NS- und SBZ/DDR-Geschichte bezogenen Gedenkstätten vertraut machen und ihre Erwartungen und Meinungen einbringen.)

09.06.2011 in Berlin, LISUM

Mauer und DDR-Staatssicherheitsdienst

14.06.2011 in Frankfurt (Oder), StSchAFF

Herausbildung moderner Strukturen in Gesellschaft und Staat am Beispiel des Absolutismus

in Preußen (Herr Prof. Wegmarshaus, Politikwissenschaftler an der Universität Viadrina, wird eine Vorlesung zur Berlin-Frage halten, Dr. Klein spricht über die Rolle der Opposition in der ehemaligen DDR 1988/89 und Prof. Benecke wird schließlich aktuelle Fragen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte behandeln.)

29.09.2011 in Berlin, LISUM

Mauer und Flucht von DDR-Bürgern: Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde

01.11.2011 in Berlin, StSchAFF

Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bewertung in der Geschichtsschreibung der DDR und BRD

01.11.2011 in Berlin, LISUM

Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte aus Berlin und Brandenburg - Speziell: Fachlehrer für Geschichte und Politik/Sozialkunde/Politische Bildung (in Sek. I und II) -

„Staatssicherheit und Mauerbau“

Anlage 4

Übersicht zu den vom LISUM erstellten didaktischen Materialien für die Jahre 2009 bis 2011.

Der Bildungsserver Berlin-Brandenburg des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg ist eine Service- und Informationsplattform und „bietet eine zielgruppenorientierte, strukturierte und qualifizierte Informationsauswahl von pädagogischen Angeboten und Themen“. Unter der Internetadresse <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/> finden sich neben Informationen zu Schule, Schulqualität, Berufliche Bildung oder Aus- und Fortbildung auch Informationen zum Themenbereich Unterricht. Zu den für im Rahmen dieses Gutachtens relevanten Unterrichtsfächern Geschichte und Politische Bildung bietet der Bildungsserver Berlin-Brandenburg folgende Informationen bzw. didaktische Materialien.

Fach Geschichte (<http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/geschichte.html>):

Jahrgangsstufe 1-4

- Praxishandbuch zum Projekt „Treffpunkt Geschichte – Geschichte entdecken“ für Grundschulkinder (Anleitungsbuch zum kindgerechten Zugang zur jüngsten deutschen Geschichte, v.a. zur Geschichte der DDR, aber auch zur Geschichte des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit mit lokalgeschichtlichen Bezügen zu Potsdam.)

Jahrgangsstufe 5/6:

- Grundschulmaterialien zur deutschen Teilungs- und Einheitsgeschichte (Unterrichtseinheit zur deutschen Teilungs- und Einheitsgeschichte)

Jahrgangsstufe 11/13

Themenblöcke zu:

- „20 Jahre Friedliche Revolution“ (Informationsangebot und Materialien zu Ausstellungen, Fortbildungen, Rahmenlehrplanbezüge, Historischer Projektarbeit, Außerschulischen Lernorten, Publikationen/Literatur, Medien, Online-Angebote,

didaktische Materialien für den Unterricht)

- „20 Jahre Brandenburg“ (Informationen und Materialien zum Jubiläum, Daten und Fakten zur Geografie, Geschichte und Politik des Landes Brandenburgs, Sorben (Wenden) im Land Brandenburg, Links zu Projekten, Veranstaltungen, unterrichtsbezogene Hinweise und Literatur-Tipps, Leitfaden für Projekte in der Schule)
- „Opposition und Repression in der DDR“ (Zeitzeugeninterviews, Informationen, Dokumente, multimediale Arbeitsmappe, didaktisches Material)
- „50 Jahre Berliner Mauer“ (Unterrichtsmaterialien, Projekte, Linksammlungen, Ausstellungen, Museen, Gedenkstätten, audio-visuelle Medien aufgelistet, Publikationen)

Fach Politische Bildung (http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/politische_bildung.html):

Themenblöcke zu:

- „Die DDR als Unterrichtsthema in Sozialkunde, Politische Bildung und Politikwissenschaft“ (Weiterleitung zum Themenblock „20 Jahre Friedliche Revolution“ (Geschichte))
- „Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte Deutschland im Ost-West-Konflikt und die Friedliche Revolution von 1989“ (Materialien zur Implementation der Rahmenlehrpläne Geschichte und Politische Bildung im Land Brandenburg)

Die genannten Informationsangebote und Materialien sind über die Gliederungsleiste (Unterricht → Fächer → Gesellschaftswissenschaften → Geschichte bzw. Unterricht → Fächer → Gesellschaftswissenschaften → Politische Bildung), über den Reiter „A-Z“ sowie über die Stichwortsuche zu finden.

Zusätzlich lassen sich über die Stichwortsuche Materialien zum gesuchten Themenbereich finden, beispielsweise zum Stichwort „DDR“ (http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/suche_bildung_berlin_brandenburg.html - 359 Treffer) [23.09.2011]

Themenblöcke u.a. zu:

- „*DDR im Unterricht. Audio-visuelle Medien und Printmedien*“ (pdf-Bibliographie)
- „*Vergangenheit verstehen, Demokratiebewusstsein stärken: Die DDR im (DEFA)-Film*“ (didaktisches Unterrichtsmaterial)
- „*DDR Museum*“ (Veranstaltungsüberblick, Sammeldatenbank)

Zudem gibt es Links zu den Bildungsservern der anderen Bundesländer, die wiederum alternative Angebote an DDR-spezifischen Veranstaltungen und Materialien aufweisen.

Anlage 5

Initiativen des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) zur Aufarbeitung der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte

Gliederung:

- I. Publikationen
- II. Ausstellungen
- III. Tagungen
- IV. Bildungsserver
- V. Rahmenlehrpläne
- VI. Kooperationspartner

I. Publikationen

2010/2011 wird erscheinen:

Zeitgeschichte in Längsschnitten (mit Schwerpunkten NS und DDR), Ludwigsfelde 2011.

Der Berliner Mauer. Quellen – Fragen – Kontexte, Ludwigsfelde/Berlin 2011

2007 – 2011 wurden den Schulen in Brandenburgs folgende Publikationen zur Verfügung gestellt:

1. **Vergangenheit verstehen, Demokratiebewusstsein stärken. Die DDR im (DEFA-)Film.** Projektbericht und Materialien für den Unterricht, hrsg. von Filmernst und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), Ludwigsfelde 2010.
2. **Astrid Rose/Birgit Wenzel: Opposition und Repression in der DDR**
(Kooperationsprojekt mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.), Berlin/Ludwigsfelde 2010.
3. **Die DDR im (DEFA-)Film. Vergangenheit verstehen. Demokratiebewusstsein**

stärken. Eine Veranstaltungs- und Publikationsreihe. Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, hrsg. LISUM Berlin-Brandenburg und Filmernst, Ludwigsfelde 2009/2010.

4. **Flyerserie: „Die DDR als Unterrichtsthema“** Fächer/Bereiche: Sport, Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung, Politikwissenschaft, Künstlerisch-ästhetischer Bereich, Deutsch, Medienpädagogik - Film, Außerschulische Lernorte Berlin, Außerschulische Lernorte Brandenburg, 2009. <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/2852.html>
5. **Flyer: „Die Berliner Mauer im Grundschulunterricht. Eine Exkursion zur Open-Air-Ausstellung am Checkpoint Charlie“**
6. **„Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte“**. Deutschland im Ost-Westkonflikt und die Friedliche Revolution von 1989. Materialien zur Implementation der Rahmenlehrpläne Geschichte und Politische Bildung im Land Brandenburg, Ludwigsfelde 2009. http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/faecher/gesellschaftswissenschaften/geschichte/pdf/Realitaet_ueberholt_Phantasie.pdf
7. **Elena Demke: Die Friedliche Revolution 1989/90**. Quellen, Fragen, Kontexte, hrsg. vom Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), Ludwigsfelde 2009.
8. **Renè Wiese/Jörg Ziegenhagen (Hrsg.): Deutschland – einig Fußballland**. Deutsche Geschichte nach 1949 im Zeichen des Fußballs , Ludwigsfelde 2008 (gemeinsame Herausgabe mit Cultus e. V., Bundesstiftung Aufarbeitung und dem Zentrum für deutsche Sportgeschichte)
9. **Michele Barricelli/Christoph Hamann u. a. (Hrsg.): Historisches Wissen ist narratives Wissen**. Aufgabenformate für den Geschichtsunterricht in den Sekundarstufe I Ludwigsfelde, 2008 (u.a. Rezeption des Bombenkriegs in Schulbüchern BR Deutschland, DDR, GB)
10. **Brigitte Dehne: Gender**. Ein Lese- und Arbeitsbuch für den historisch-politischen Unterricht in der Sekundarstufe, Ludwigsfelde 2008 (u. a. Stellung der Frau in der DDR und der BR Deutschland)

11. Christoph Hamann / Axel Janowitz (Hrsg.): Feindliche Jugend. Verfolgung und Disziplinierung Jugendlicher durch das Ministerium für Staatssicherheit

(gemeinsame Herausgabe mit „Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“), Berlin/Ludwigsfelde 2006 (2. Aufl. 2007; 3. Aufl. 2011).

12. Politische Verfolgung in der DDR

Die zentrale Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen – das Gefängnis der Staatssicherheit (gemeinsame Herausgabe mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 2004

(nur Online verfügbar unter:

<http://bildungsserver.berlin->

brandenburg.de/fileadmin/bbs/service/bebis/uh/geschichte/handreichungen-sek1/hsh_2004.pdf).

13. Elena Demke/Christoph Hamann/Falco Werkentin: Der 17. Juni 1953. Eine Handreichung für den Unterricht, hrsg. vom Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und dem Berliner Landesinstitut für Schule und Medien, Berlin 2003.

Alle Publikationen wurden/werden aufgenommen in:

Bildungskatalog. SED-Diktatur und deutsche Teilung. Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit, hrsg. Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Schwalbach/Ts. 2009;

vgl. Online-Version: <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/bildungskatalog/index.php>.

II. LISUM-Ausstellungen (Laufzeit: Mai 2009 – Dezember 2011)

14. „20 Jahre Friedliche Revolution“ (Literatur, Filmen und didaktischen Unterrichtsmaterialien)

15. „Für Freiheit und Einheit“ (Plakatausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur)

16. „50 Jahre Berliner Mauer“. Fotografien

III. Tagungen

- 1. Berlin-Brandenburgische Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung 2007**
Thema: „Zeitgeschichte interkulturell – historisch-politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ (NS / DDR; November 2007)
- 2. LISUM-Fachkonferenz: DDR als Thema im Unterricht** (Juni 2008)
- 3. Berlin-Brandenburgisches Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung 2008,**
Thema: Gedenkstättenpädagogik in Zeiten der Bildungskrise (NS/DDR; Juni 2008)
- 4. LISUM-Fachkonferenz: Herrschaft und Alltag / Friedliche Revolution 1989,**
Diskussion mit der Bundesbeauftragten Unterlagen Staatssicherheitsdienst, Frau Marianne Birthler (Oktober 2008)
- 5. Fachtagung: Repression und Eigensinn. Historisch-politische Bildung zur DDR im Spannungsfeld zwischen Biografien und Herrschaftssystemen,** u. a. in Kooperation mit dem ZZF und der Friedrich-Ebert-Stiftung (März 2009)
- 6. LISUM-Fachkonferenz: Historische Projektarbeit und deutsche Nachkriegsgeschichte,** (März 2009)
- 7. Fachtagung: Geschichtsforum 1989/1990,** Beteiligung des LISUM durch den LISUM-Vortrag „Das Brandenburger Tor. Der historische und der mediale Ort“ (Mai 2009)
- 8. Berlin-Brandenburgisches Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung 2009,**
Thema: Die neuen Prüfungsformen in der Schule und die NS- und DDR-Gedenkstätten (Juni 2009)
- 9. LISUM-Fachkonferenz: Die friedliche Revolution 1989/90** (Dezember 2009)
- 10. Schülerveranstaltungen zum Thema „Die DDR im (DEFA-)Film“** (November 2009 – April 2010; 1500 Schülerinnen und Schüler)
- 11. „Ein Volk unter Verdacht“: (zwei) Filmvorführungen und Podiumsdiskussionen** mit der Bundesbeauftragten (BStU) Marianne Birthler und der Brandenburger Landesbeauftragten (LakD) Ulrike Poppe u. a. (März 2010)
- 12. Fachtagung: Stasi-Aufarbeitung als Thema für die historisch-politische Bildung;**
Kooperation mit der Bundesbeauftragten (BStU) und dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsgesetzes (LStU) (März 2010)
- 13. LISUM-Vortrag: Die DDR-Geschichte in der historisch-politischen Bildung: Lernformen und Ressourcen** bei der Fachtagung „Reise in ein fernes Land?“ Die DDR

als Teil gesamtdeutscher Geschichte in der Bildungspraxis (Mai 2010)

14. Berlin-Brandenburgisches Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung 2010,

Thema: Kreative Formen der Gedenkstättenarbeit (NS / DDR, Juni 2010)

15. Fachtagung der Länderkonferenz MedienBildung: Der Einfluss von Medien auf das Geschichtsbewusstsein. DDR-Vergangenheit und Friedliche Revolution (Juni 2010)

16. Tagung: Lehrerinnen und Lehrer als Zeitzeugen – Chancen, Probleme,

Herausforderungen, in Kooperation mit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der komm. Diktatur Ulrike Poppe und Dr. Christoph Classen (ZZF) (2.11.2010)

IV. Bildungsserver Berlin Brandenburg

Auf dem **Bildungsserver Berlin-Brandenburg** wurde unter: <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/ddr.html> ein Portal zum Thema

“20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

eingrichtet. Siehe dort: <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/1924.html>; weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des LISUM unter:

http://www.lisum.berlin-brandenburg.de/sixcms/detail.php?template=publikat_gew

V. Rahmenlehrpläne

Schuljahr 2010: Verabschiedung der Rahmenlehrpläne (RLP) Geschichte und Politische Bildung der Sekundarstufe I: Stärkung der zeithistorischen Bezüge laut KMK-Empfehlung „Zur Stärkung der Demokratieerziehung“

VI. Partner des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

- Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
- Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Bundeszentrale für politische Bildung
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik

- Berliner Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
- Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
- Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR
- Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ in der Gedenkstätte für Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert
- Gedenkstätte Berliner Mauer
- Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde
- Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen
- Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße
- Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.
- Berlin: Freie Universität, Humboldt-Universität, Technische Universität, Universität Potsdam, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wilhelms-Universität Münster
- Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)
- Verband der Geschichtslehrer Deutschlands, Landesverband Brandenburg
- Deutsche Vereinigung für Politische Bildung, Landesverband Brandenburg
- RAA Brandenburg
- Landeshauptarchiv Brandenburg, Landesarchiv Berlin
- Filmernst

Anlage 6

Übersicht der Studiengänge an der Universität Potsdam und Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder

Quelle: Land Brandenburg (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur)

Universität	Zu untersuchende Studiengänge
Universität Potsdam	- Angewandte Romanische Literaturwiss. - Deutsch (Lehramt) - Germanistik - Geschichte - Interdisziplinäre Russlandstudien - Kulturwissenschaft - Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde - MilitärGe/MilitärSozi/Military Studies (MA) - Vergleichende Literatur- und Kunstwiss. - Zeitgeschichte (MA) - Arbeitslehre - Politik und Verwaltung - Politikwissenschaft - Politische Bildung - Soziologie - VWL - BWL - Erziehungswissenschaft
Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder	- Kulturwissenschaften - German & Polish Law - Rechtswissenschaften - Betriebswirtschaftslehre - Volkswirtschaftslehre - International Business Administration - Internationale Betriebswirtschaftslehre

	- Europäische Kulturgeschichte (MA) - Kultur und Geschichte Mittel- und Osteuropa - Soziokulturelle Studien ³ - Intercultural Communication Studies ³ - Literaturwissenschaft: Ästhetik/Lit./Philosophie - Kulturmanagement und Kulturtourismus ^{1, 2} - Schutz europäischer Kulturgüter ^{1, 2} - Komplementäre - Medizin/Kulturwiss./Heilkunde ^{1, 2} - German and Polish Law - Deutsches Recht für ausländische Juristen - Internat. Human Rights and Humanitarian Law ¹ - Human Rights & Genocide Studies ¹ - Europäisches Wirtschaftsrecht - International Business Administration ³ - Management for Central and Eastern Europe ^{1, 2} - Business Informatics ¹ - European Studies ³ - Mediation ^{1, 2} - Public Policy ^{1, 2} ¹ gebührenpflichtiger Weiterbildungsstudiengang ² berufsbegleitend ³ zulassungsbeschränkt
--	---